

Wirtschaft *und* Gesellschaft

Wirtschaftspolitische Zeitschrift
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

AK

AUS DEM INHALT

Editorial Wohlfahrtsindikatoren gesucht

Ferdinand Lacina Steuerliche Investitionsförderung –
Ausbau oder Umbau?

Kazimierz Laski Zur Theorie der fallenden Profitrate

Hannes Swoboda Umverteilung durch
den öffentlichen Sektor

Michael Wagner Multiplikator, Relation
und Wirkungskoeffizient

Kommentar Zur Kapitalismuskritik (Ota Šik)

Aspekte gesellschaftlicher
Ungleichheit (Walter Mayer)

Stellungnahme des Kartellgerichtes
(Rudolf Heil)

3/76

2. Jahrgang
Heft 3

	Die in »Wirtschaft und Gesellschaft« veröffentlichten Artikel geben nicht notwendigerweise die Meinung der Arbeiterkammer Wien wieder.	
	»Wirtschaft und Gesellschaft« wird redaktionell von der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien betreut.	
REDAKTIONSKOLLEKTIV	Günther Chaloupek Irene Geldner Wilhelmine Goldmann Erich Haas Rainer Juch Peter Kreisky	Ferdinand Lacina Theodor Prager Hannes Swoboda Susanne Valter Hans Wehsely Erwin Weissel
REDAKTIONELLE LEITUNG	Maria Szecsi	
VERANTWORTLICHER REDAKTEUR	Ferdinand Lacina	
REDAKTIONSBEIRAT	Helfried Bauer Paul Blau Felix Butschek Peter Fleissner Helmut Frisch Rupert Gmoser Oskar Grünwald Heinz Kienzl Fritz Klenner Herbert Krämer Thomas Lachs Kazimierz Laski	Eduard März Egon Matzner Ewald Nowotny Herbert Ostleitner Claus J. Raidl Hans Reithofer Philipp Rieger Gerhard Schwödiauer Josef Steindl Julian Uher Karlheinz Wolff
VERLEGER UND VERWALTUNG	Europa Verlags-AG A-1232 Wien, Altmannsdorfer Straße 154–156 Telefon 0222 / 67 26 22	
EIGENTÜMER, HERAUSGEBER UND REDAKTION	Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien A-1040 Wien, Prinz-Eugen-Straße 20–22 Telefon 0222 / 65 37 65	
DRUCK	Thalia, A-1160 Wien, Brunnengasse 29	
PREISE	Einzelnummer öS 60,— (inkl. MwSt.) Jahresabonnement öS 200,— (inkl. MwSt.) Ermäßigtes Studenten-Jahresabonnement öS 100,—	
BANKVERBINDUNG	Postsparkassenkonto 1591.013	

Wirtschaft und Gesellschaft

Wirtschaftspolitische Zeitschrift
der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien

2. Jahrgang · Nummer 3/76

Inhalt

EDITORIAL:

Auf der Suche nach Wohlfahrtsindikatoren 3

Ferdinand Lacina

Ausbau oder Umbau der steuerlichen
Investitionsförderung? 9

Kazimierz Laski

Zur Marxschen Theorie des tendenziellen
Falles der Profitrate 27

Hannes Swoboda

Zur Umverteilung durch den
öffentlichen Sektor 43

Michael Wagner

Multiplikator, Relation und
Wirkungskoeffizient 63

KOMMENTAR:

Ota Šik

Zur Kapitalismuskritik und
Kapitalismusüberwindung 83

Walter Mayer

Aspekte gesellschaftlicher Ungleichheit .. 95

Dr. Rudolf Heil

Zum Artikel »Alte Kartelle neu geprüft« 101

Unsere Autoren

FERDINAND LACINA ist Leiter der Wirtschaftswissenschaftlichen Abteilung in der Arbeiterkammer Wien

KAZIMIERZ LASKI ist Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in Linz

HANNES SWOBODA ist Leiter des Kommunalpolitischen Referates in der Arbeiterkammer Wien

MICHAEL WAGNER ist Assistent am Institut für Höhere Studien in Wien

OTA ŠIK ist Professor an der Hochschule für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften in St. Gallen

WALTER MAYER ist freier Publizist in Wien

RUDOLF HEIL ist Vorsitzender des Kartellgerichtes in Wien

Diskussionsbeiträge für die Rubrik »Kommentare« sind willkommen. Sie sollten jedoch die Länge von 12 Standard-Maschinseiten (à 30 Zeilen) nicht überschreiten.

Die Redaktion

Auf der Suche nach Wohlfahrtsindikatoren

Vor uns liegt die jüngste Studie des Wirtschafts- und Sozialbeirates: »Qualitative Aspekte der wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Entwicklung (Wohlfahrtsindikatoren)«. Schon vor mehreren Jahren, noch inmitten des langen Booms von 1969 bis 1973 initiiert, erscheint sie gerade zurecht, um das seither angesichts der bedrohlichen Wirtschaftsentwicklung fast vergessene Thema des »qualitativen Wachstums« neuerlich in Erinnerung zu rufen. Was damit gemeint war, definiert der Beirat vorsichtig, aber nicht unzutreffend als »ein wirtschaftliches Wachstum, das auch auf seine außerökonomischen Auswirkungen im Rahmen einer umfassenden Zielvorstellung von den Bedürfnissen der Menschen Rücksicht nimmt.« Übersieht man die verfremdende Sprache — es ist natürlich nicht das »Wachstum«, das Rücksicht nehmen soll, sondern die Menschen, die es steuern — so deckt diese Definition sicher die allgemeinen, mehr oder minder vagen Vorstellungen, die in diesem Zusammenhang schon seit langem Gegenstand der Diskussion sind. Wer jedoch erwartet hätte, daß der Beirat auch schon die Konturen einer solchen »umfassenden Zielvorstellung« für Österreich umreißen würde, muß enttäuscht werden. Tatsächlich hätte ein solcher Auftrag ja den Beirat bei weitem überfordert, nicht nur hinsichtlich seiner personellen Ressourcen, sondern vor allem auch hinsichtlich seiner Fähigkeit, in einer Frage von solcher Tragweite einen Konsens herzustellen.

Schon die bescheidenere Aufgabe, die ihm gestellt wurde, erwies sich als schwierig genug, nämlich die Sammlung und Sichtung der verschiedenen Ansätze zur *Messung* eben jener »qualitativen Aspekte« der Wohlfahrt, die nicht in das Bruttonationalprodukt eingehen. Es handelt sich also im wesentlichen um die Lösung statistischer Probleme, dementsprechend richten sich die Empfehlungen des Beirates diesmal nicht wie sonst an die Wirtschaftspolitik, sondern an das Statistische Zentralamt — eine Verwaltungsbehörde, die nur sehr mittelbar mit den wirtschaftspolitischen Entscheidungen zu tun hat.

Man könnte nun — bevor auf den Inhalt der Studie eingegangen wird — fragen, ob es überhaupt Sache des Beirates sein kann, technische Probleme dieser Art in An-

griff zu nehmen. Wäre nicht im konkreten Fall das Statistische Zentralamt, das Institut für Höhere Studien oder das Wirtschaftsforschungsinstitut der richtige Adressat für einen Forschungsauftrag über die in dieser Studie behandelten, größtenteils höchst abstrakten und überdies keineswegs abgeschlossenen Theorien zur Entwicklung von gesamtgesellschaftlichen Kriterien der Wohlfahrt und deren Beschreibung durch meßbare Indikatoren gewesen? Grundsätzlich trifft es sicher zu, daß der Beirat seiner ganzen Konstruktion nach, als ein von den Interessenvertretungen beschicktes Gremium der Sozialpartnerschaft, nicht so sehr zur Beackerung theoretischen oder statistischen Neulands als zur Darlegung wohl theoretisch fundierter, aber doch praktisch anwendbarer wirtschaftspolitischer Handlungsalternativen berufen ist. Dieser Richtschnur sind auch die meisten bisherigen Arbeiten des Beirates, die sich vor allem mit den Fragen der Preisstabilisierung, der Budget-, Industrie- und Arbeitsmarktpolitik beschäftigten, gefolgt.

Es ist kein Geheimnis, daß die Tätigkeit des Beirates in diesem, seinem eigentlichen Funktionsbereich nach dem Regierungswechsel 1970 empfindlich erschwert, ja zeitweise praktisch lahmgelegt wurde. Vielleicht war es sogar unvermeidlich, daß die einschneidende Änderung der Machtverhältnisse auf beiden Seiten von jenen Politikern, die dem Beirat eher skeptisch gegenüberstanden, zum Anlaß genommen wurde, diese letztgeborene Institution der Sozialpartnerschaft — der übrigens sogar ein so kritischer Geist wie Egon Matzner einmal eine gewisse »innovative Produktivkraft« zugebilligt hat — beiseitezuschieben. Vor allem der Bundeskammer fiel es schwer, sich in der neuen Situation zurechtzufinden, auf die sie zunächst mit einem pauschalen Mißtrauen gegen alles Expertentum — die eigenen Experten nicht ausgenommen — reagierte. Doch soll über die Verantwortung für die eingetretenen Schwierigkeiten an dieser Stelle nicht weiter gerechtet werden, zumal sich gerade jetzt erfreulicherweise wieder eine Aktivierung dieser letztgeborenen Institution der Sozialpartnerschaft abzuzeichnen scheint. Sie berühren unser Thema ohnehin nur soweit, als die Entstehung der Studie »Wohlfahrtsindikatoren« eben in diese Pause fällt, die dem Beirat Zeit und Gelegenheit gab, ein für die längerfristige Orientierung der Wachstumspolitik zweifellos wichtiges Thema anzuschneiden, ohne dabei die politischen Sensibilitäten herauszufordern, an denen bereits einige aktuellere Projekte gescheitert waren. Vom Standpunkt der Verbandsspitzen war es vielleicht eine Verlegenheitslösung, vom Standpunkt einer weiter vorausschauenden Sicht aber

sicher kein unnützbare Unterfangen. Zu den im Empfehlungsteil zusammengestellten konkreten Vorschlägen — Verbesserung der Einkommens- und Verbrauchsstatistiken, Zeitbudgeterhebungen, Sammlung von Daten zur Umweltqualität, Verlaufsstatistiken in den Bereichen Gesundheit und Bildung und anderes — hätte man zwar vielleicht auch auf kürzerem Weg gelangen können, vielfach handelt es sich um längst angemeldete Wünsche von Regierungsstellen und Arbeitnehmervertretungen. So nützlich es war, diesen Wünschen durch die Autorität des Beirates Nachdruck zu verleihen, so soll doch der Hauptzweck der Untersuchung in der Aktualisierung der ihr zugrunde liegenden Problematik gesehen werden. Die gleichzeitig mit den Arbeiten des Beirates bereits erfolgte Einrichtung eines Referates »Sozialindikatoren« im Statistischen Zentralamt sowie einer zugehörigen permanenten Arbeitsgruppe läßt übrigens hoffen, daß den Intentionen des Beirates zumindest teil- und ansatzweise Rechnung getragen werden wird. Eine erste Publikation des Zentralamtes, in der allerdings nur bereits bekannte Daten zusammengestellt wurden, ist ein Zeichen dafür.

Allerdings, der analytische Teil der Beiratsstudie ist nicht gerade ermutigend für jene, die sich von dieser — oder irgendeiner anderen — Untersuchung eine einfache Antwort auf die Frage erwartet haben, worin denn nun die »Qualität des Lebens«, die »Wohlfahrt« eigentlich bestehe und wie ihre Zu- oder Abnahme durch geeignete Indikatoren, gegebenenfalls sogar durch einen einzigen Indikator analog dem Bruttonationalprodukt, darzustellen wäre. So leicht es ist, die Unzulänglichkeit der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die im Bruttonationalprodukt gipfelt, für die Messung des menschlichen Glücks nachzuweisen, wofür sie auch gar nicht geschaffen wurde, so unergiebig erweist sich die Suche nach einem theoretischen Instrumentarium, welches den Sprung von der — manchmal allerdings gewiß nur scheinbaren — Objektivität von Produktionsergebnissen zum subjektiven Aspekt des Nutzens von Produktionsleistungen schaffen könnte. Der häufig wiederholten Feststellung, daß dieses Problem »bislang keiner Lösung zugeführt werden konnte«, ja daß man nicht einmal über die Ansätze einer solchen universalen, anthropologisch fundierten Gesellschaftstheorie verfügt, die hierfür notwendig wäre, ist zweifellos zuzustimmen. Die Diskussion über die Meßbarkeit der Wohlfahrt ist ja keineswegs etwas Neues in der Geschichte der ökonomischen Theorie, haben doch schon ganze Generationen von Anhängern und Gegnern der Wohlfahrtsökonomik diesen steinigen Boden beackert. Wer diese Diskussionen

kennt, wird nicht unbedingt die Hoffnung der Autoren teilen, daß die Sozial- und Humanwissenschaften dieser Herausforderung vielleicht doch in »jahrzehntelanger, intensiver Forschungsarbeit« begegnen werden können. Mehr für sich dürfte die Auffassung haben, daß die Suche nach einer solchen *objektiven* Gesamtheorie zu den oft angesprochenen »nie endenden« Bemühungen des menschlichen Geistes in seinem Streben nach Universalität der Einsicht gehören wird, selbst wenn es möglich sein sollte, die in unserer Gesellschaftsordnung begründeten Interessenkonflikte zu überwinden.

Wie weit ist aber eine solche Theorie überhaupt Voraussetzung für die Erstellung von Wohlfahrts- oder Sozialindikatoren, die ja zunächst einmal als praktische Orientierungshilfen für die Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik dienen sollen? An dieser Gretchenfrage scheiden sich die Geister. Auf der einen Seite stehen die Anhänger großer Gesamtmodelle, die nur ein Indikatorsystem gelten lassen wollen, das auf einer theoretischen Gesamtschau aufgebaut ist, die solche schwer zu fassenden Zustände wie Persönlichkeitsentfaltung, Freiheit, Sicherheit und so weiter — kurzum den »existentiellen Totalanspruch« der Wohlfahrt — einschließen. Auf der anderen die »Praktiker«, die darauf hinweisen, daß es eine ganze Anzahl von unumstrittenen gesellschaftlichen Bedürfniskategorien gibt, deren bessere oder schlechtere Erfüllung zunächst einmal mit handfesten Einzelindikatoren verfolgt werden sollte, auch wenn diese weder vollständig sind noch ihren Gegenstand — sagen wir zum Beispiel den Komplex Gesundheit oder Umwelt, Bildung und so weiter — vollständig beschreiben. Das Wort »Praktiker« ist hier in Anführungszeichen gesetzt, um seinen sonst meist abwertenden Charakter abzuschwächen. Mit dieser Auffassung können sich nämlich auch diejenigen identifizieren, die aus den oben erwähnten, durchaus theoretischen Gründen an der Möglichkeit und Wünschbarkeit solcher »Gesamtmodelle« zweifeln. Aus dieser Sicht erscheinen manche der Aussagen im einleitenden Teil der Beiratsstudie vielleicht allzu stark modelltheoretisch orientiert. So etwa, wenn eindringlich betont wird, daß die Erstellung von Datenunterlagen, die nicht auf einer tragfähigen Theorie beruhen, der »Trivialisierungsgefahr« ausgesetzt ist, die ihren Erklärungswert »bis zum Nichtssagenden« herabsetzen könnte. Nun soll nicht geleugnet werden, daß jedes operationalisierte System der Erfolgsmessung die Tendenz hat, der Politik eine diesem System konforme Optik zu suggerieren. Dennoch könnten solche Feststellungen, da ja die tragfähigen Theorien eingestandenermaßen nicht existieren, allzu leicht ein

willkommenes Alibi für die konservative Lösung des Gar-nichtstuns abgeben. In den Schlußfolgerungen allerdings ringt sich der Beirat doch trotz dieser Warnungen zu einem positiven Bekenntnis zu Einzelindikatoren für eine Reihe von »gesellschaftlichen Anliegen« — »deskriptive Sozial-indikatoren« — durch, die womöglich in den Rahmen der von der UNO und OECD angestrebten internationalen Be-richterstattung passen sollen.

Damit wurde auch eine einseitige Ausrichtung auf das Konzept der *erweiterten Volkseinkommensrechnung* verworfen. Dieses Konzept beruht auf dem Gedanken, die bestehende Volkseinkommensrechnung so zu adaptieren und zu erweitern, daß sie einerseits den negativen Folgen der Produktion durch Abzüge vom Produktionsergebnis Rechnung trägt, also zum Beispiel Entsorgungsleistungen (Umweltschutz und anderes mehr) nicht in die Wertschöpfung, sondern in den Intermediärverbrauch eingehen läßt, andererseits auch nicht-monetäre Leistungen bewertet und strukturellen Merkmalen Rechnung trägt. Ohne hier näher auf die Einzelheiten dieser überaus komplexen Materie einzugehen, über die im analytischen Teil der Beiratsstudie ein sehr guter Überblick gegeben wird, soll hier nur an-gemerkt werden, daß nicht nur die in diesem Zusammenhang auftretenden Probleme unlösbar scheinen, sondern auch daß die ganze Systematik der volkswirtschaftlichen Ge-samtrechnung sich vom Grunde her für die Einbeziehung von normativ postulierten Anliegen und Zielen ebenso-wenig eignet wie für die Messung des Grades der Zielver-wirklichung — statt der monetären Kosten — eines sozia-len Systems. Eben diese beiden Eigenschaften sollte aber jedes noch so unvollkommene System von Wohlfahrts-oder Sozialindikatoren haben. So notwendig es ist, für eine ganze Reihe von sozialstatistischen Daten eine strukturelle Feingliederung sowohl nach regionalen wie nach schicht-spezifischen Merkmalen durchzuführen, so wenig sinnvoll scheint es, alle diese Aussagen in das für andere Zwecke erdachte Schema der VGR pressen zu wollen. Dazu kommt, daß Regeln der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, selbst wenn man sich über solche einigen könnte, einmal aufgestellt, in absehbarer Zeit kaum mehr abgeändert werden können. Demgegenüber bedarf es auf diesem Gebiet gerade in unserer Zeit des raschen Wandels und der gerade erst beginnenden Artikulierung von Wohlfahrtsbedürfnis-sen größter Flexibilität.

So kann man dem Beirat nur zustimmen, daß er sich diesem technokratischen Statistikerideal nicht angeschlos-sen, sondern die bescheidenere Lösung der Bereichsindi-katoren empfohlen hat. Man wird schon zufrieden sein

können, wenn auch nur einige der Hauptzielbereiche — vor allem personen- und haushaltsbezogene Daten — statistisch besser aufgearbeitet werden, und wenn die Ergebnisse dieser Bemühungen für die Entscheidungen der Politiker und für das öffentliche Bewußtsein dieselbe Signalwirkung erlangen wie bisher die Zahlen über die Entwicklung des Bruttonationalprodukts. Schon die intensivere Beschäftigung, die ständige Vor-Augen-Führung von Daten, die solche unzweifelhafte Wohlfahrtsbedingungen betreffen wie die Gesundheit, das Bildungs- und Berufsausbildungssystem, die Einkommensverteilung, die Wohnungsverhältnisse, die Netto-Freizeit und die Umweltbelastung könnte in Österreich außerordentlich heilsam sein. Vielleicht könnte sie sogar zur Entwicklung jener »umfassenden Zielvorstellung« eines qualitativ orientierten Wachstums, von dem bisher mehr die Rede als die Tat ist, einiges beitragen.

Ausbau oder Umbau der steuerlichen Investitionsförderung?

Ferdinand Lacina

Die Stagnation der industriellen Investitionen seit dem Jahre 1972 und der Konjunkturrückschlag haben eine lebhafte Diskussion zum Thema Investitionsförderung ausgelöst. In diesem Beitrag soll nicht auf die mit dieser Frage verbundene Strukturproblematik der österreichischen Wirtschaft, die Wirksamkeit antizyklischer Ausgabenpolitik des Staates und der direkten Förderungsmaßnahmen zur Erleichterung der Fremdfinanzierung (Kreditkostenzuschüsse, verbilligte Kredite und Haftungsübernahmen) eingegangen werden. Vielmehr beschränken sich die weiteren Ausführungen auf eine nähere Betrachtung der steuerlichen Finanzierungsförderung und ihrer Entwicklung in den letzten Jahren sowie auf alternative Möglichkeiten im Rahmen dieses Instrumentariums.

Unter den steuerlichen Finanzierungserleichterungen kommt der Förderung der Innenfinanzierung der Unternehmen die größte Bedeutung zu. Durch vorzeitige Abschreibungen, Sonderabschreibungen, Einräumung von Investitionsfreibeträgen, Bildung von Rücklagen für Investitionen, nicht entnommene Gewinne und künftige Abfertigungen wird die Grundlage für die Besteuerung vermindert. In diesem Sinne wirkt auch das sogenannte Strukturverbesserungsgesetz, das bei der Einbringung von Unternehmen oder Unternehmensteilen eine Aufwertung des Anlagevermögens erlaubt und damit die Abschreibungsbasis der folgenden Jahre erhöht. Auf eine Förderung der Außenfinanzierung zielt der »gespaltene Körperschaftsteuersatz«, die steuerliche Begünstigung von Dividendenausschüttungen der Kapitalgesellschaften. In der Praxis wird jedoch häufig ein großer Teil der ausgeschütteten Mittel vom Groß- oder Alleinaktionär der beherrschten Gesellschaft durch das sogenannte »Schütt aus-Hol zurück-Verfahren« wieder zugeführt, so daß im Endeffekt eine steuerliche Förderung der Eigenkapitalbildung beim gewinnausschüttenden Unternehmen zu verzeichnen ist.

Vorzeitige Abschreibung

Die am häufigsten in Anspruch genommene Form der steuerlichen Investitionsbegünstigung ist nach wie vor die vorzeitige Abschreibung. Gegenwärtig ist sie mit 50 Prozent der Anschaffungs- oder Herstellungskosten für bewegliche Wirtschaftsgüter und mit 50 Prozent für bauliche Investitionen festgesetzt. Mit der Differenzierung des Abschreibungssatzes — 60 Prozent für bewegliche Anlagegüter konnten von Betrieben im Burgenland sowie in bestimmten Teilen von Kärnten, Niederösterreich, Oberösterreich und der Steiermark abgesetzt werden, für das restliche Staatsgebiet lag der Höchstsatz bei 45 Prozent — war ursprünglich eine regionalpolitische Förderung wirtschaftlich rückständiger Gebiete beabsichtigt, ab dem Jahre 1974 wurden diese Sätze vereinheitlicht. Für die Jahre 1974 bis 1976 wurde darüber hinaus eine zusätzliche Sonderabschreibung in der Höhe von 25 Prozent eingeführt, so daß nunmehr für bewegliche Wirtschaftsgüter eine vorzeitige Abschreibung von insgesamt 75 Prozent zusätzlich zur Normalabschreibung vorgenommen werden kann.

Die vorzeitige Abschreibung für bauliche Investitionen wurde für das Jahr 1975 aufgehoben. Gleichzeitig wurde zur teilweisen Kompensation dieser Maßnahme im Wege der Verordnung die Abschreibungsdauer für Jahr 1975 aufgehoben. Gleichzeitig wurde zur teilweisen Kompensation Gebäude beträchtlich verringert. Im Jahre 1976 wurde jedoch durch eine Novelle zum Einkommensteuergesetz die vorzeitige Abschreibung für Bauten in der Höhe von 50 Prozent, befristet für die Jahre 1976 und 1977, wieder eingeführt.

Die vorzeitige Abschreibung könnte — formal — lediglich als zinsenloser Kredit der Steuerbehörde an das Unternehmen betrachtet werden. Dieser »Kredit« würde bei rückläufiger Investitionstätigkeit fällig gestellt werden, wobei lediglich der Zinsgewinn als Förderung angesehen werden könnte.¹ Dies gilt jedoch nur für den unwahrscheinlichen Fall, daß keine Erneuerungs- und Ersatzinvestitionen vorgenommen werden. Zutreffender ist die Annahme, die von einer Studiengruppe des Grazer Instituts für industrielle Unternehmensforschung getroffen wird, daß dem Unternehmen langfristig ein bestimmter Stock an stillen Reserven zur Verfügung steht (der sich bei Expansion des Unternehmens laufend vergrößert) und außerdem erfahrungsgemäß in größeren Abständen durch gesetzliche Regelungen eine Offenlegung stiller Reserven ohne oder mit ermäßigter Nachversteuerung (Schillingseröffnungsbilanzgesetz, Strukturverbesserungsgesetz) erfolgen kann.² Schließlich muß darauf hingewiesen werden, daß in Verlustjahren (und über den Verlustvortrag auch in den Folgejahren) der »Steuerkredit« zumindest teilweise zu einer echten Steuerersparnis führt.

Den Ergebnissen der Statistik der Aktiengesellschaften kann entnommen werden, daß mehr als die Hälfte aller Industrie-Aktiengesellschaften sich laufend des Instruments der vorzeitigen Abschreibung bedient. Die folgende Tabelle zeigt die Bedeutung, die der vorzeitigen Abschreibung im Rahmen der Innenfinanzierung zukommt.

Tabelle 1

	1973 ³	1972	1971	1970	1969	1968	1968—1973
Abschreibungen insgesamt (in Mrd. Schilling)	6.650	6.960	5.585	4.719	4.159	3.263	31.336
vorzeitige Abschreibungen (in Mrd. Schilling)	1.871	2.990	2.120	1.628	1.384	1.137	11.130
vorzeitige Abschrei- bungen in Prozent der gesamten Abschreibungen	28,1	43,0	38,0	34,5	33,3	28,7	35,5

Quelle: Statistik der Aktiengesellschaften, Österreichisches Statistisches Zentralamt.

Die vorzeitigen Abschreibungen haben im Durchschnitt der Jahre 1968 bis 1973 mehr als die Hälfte des Betrages der Normalabschreibungen erreicht. Die Ergebnisse der Jahre 1972 und 1973 müssen jedoch mit Vorsicht interpretiert werden. Der außerordentlich hohe Satz von 43 Prozent im Jahre 1972 und der äußerst niedrige Satz von 28 Prozent im Jahre 1973 kann durch die Einführung der Investitionsteuer im Rahmen der Reform des Umsatzsteuersystems erklärt werden, der zahlreiche Unternehmen zur Vorziehung von Neuinvestitionen veranlaßte. Zieht man die Ergebnisse beider Jahre zusammen, so ergibt sich ein Anteil der vorzeitigen an den Gesamtabschreibungen von 35,7 Prozent.

Gegen das Instrument der vorzeitigen Abschreibung werden eine Reihe von Argumenten ins Treffen geführt. Zum ersten die »Gießkannenwirkung«, die auf eine ungezielte Förderung aller Investitionen hinausläuft. So kritisiert das SPÖ-Wirtschaftsprogramm 1968 die traditionelle Form der steuerlichen Investitionsförderung und verlangt eine Differenzierung »entsprechend der Vorhaben für die strukturellen Umstellungen und das Wirtschaftswachstum«. ⁴ Noch weiter geht die Kritik, die vom Wissenschaftlichen Beirat beim deutschen Bundesfinanzministerium am System der Sonderabschreibungen geübt wurde. In seinem 1967 veröffentlichten Gutachten spricht der Beirat von einer »Pervertierung der Progression«, die durch die Anwendung dieses Instruments entstehe und empfiehlt den Übergang auf ein System offener Zuwendungen. Begründung für diesen Vorschlag ist eine Entzerrung des geltenden Steuerrechts, eine gleichmäßige Besteuerung und Förderung aller Staatsbürger und schließlich die Erwartung, daß die Parlamente bei der Bewilligung direkter Subventionen zurückhaltender sein würden. ⁵ Allerdings erfordert ein System direkter Investitionsförderung durch Gewährung von Zuschüssen wesentlichen administrativen Mehraufwand.

Ein weiterer Einwand, der gegen die vorzeitige Abschreibung vorgebracht wurde, ist der »Investitionszwang«, unter den das Unternehmen bei günstiger Ertragslage gestellt wird. Entsprechend einer Anregung

des Wirtschafts- und Sozialbeirates⁶ wurde 1967 das System der vorzeitigen Abschreibung durch die Investitionsrücklage ergänzt, die im Ausmaß von 25 Prozent des Gewinnes steuerfrei gebildet wird und im Laufe der folgenden vier Jahre gegen Investitionen einer Höhe aufzulösen ist, die der vorzeitigen Abschreibung dieser Wirtschaftsgüter entspricht.

Das gewichtigste Argument gegen die Förderung von Investitionen durch ein System von Sonderabschreibungen liegt jedoch zweifellos in seinen stabilitätspolitischen Auswirkungen. Vorzeitige Abschreibungen müssen im Jahr der Investition voll verdient werden, soll dieses Instrument der Investitionsförderung zum Tragen kommen. Im konkreten österreichischen Fall bedeutet dies, daß 75 Prozent vorzeitige und 10 Prozent (bei Annahme einer 10jährigen Nutzungsdauer) oder gar 20 Prozent (bei 5jähriger Nutzungsdauer) Normalabschreibung bei der Investition beweglicher Güter verdient werden müssen. Dies bedeutet, daß vor allem jene Betriebe bevorzugt werden, denen eine geschützte Position einen ausreichenden Spielraum für die Preisfestsetzung einräumt; die Folge ist ein entsprechend hoher Preiseffekt. Die Möglichkeit, vorzeitige Abschreibungen zumindest teilweise als buchmäßige Verluste entstehen zu lassen, wird für jene Gesellschaften, die eine Mindestverzinsung ihres Kapitals ausschütten müssen (ein Teil der börsennotierten Aktiengesellschaften) nicht in Betracht kommen. Überdies birgt diese Praxis das Risiko einer wesentlichen Verschlechterung des Bilanzbildes in der Rezession in sich.

Neben dieser unerwünschten Auswirkung auf das Preisniveau ist es der bereits erwähnte »Investitionszwang« in der Hochkonjunktur, der destabilisierend auf die Entwicklung der Investitionsgüternachfrage wirkt. In der Rezession, in der Unternehmensverluste oder zumindest starke Gewinneinbrüche zu verzeichnen sind, fehlt dagegen nicht nur der steuerliche Anreiz zu weiterer Investitionstätigkeit, bis zu einem gewissen Grad kann auch darüber hinaus von einer »Bumerangwirkung der vorzeitigen Abschreibungen in Folgejahren mit verringerter Investitionstätigkeit« gesprochen werden, wie H. Knapp in einem jüngst veröffentlichten Kommentar vermerkt.⁷

Aiginger meint, daß die Abschreibungsmöglichkeiten einen »sehr entscheidenden Prellbock« gegen die Kürzung von Investitionsplänen in der Abschwungsphase darstellen: »Solange die Abschreibungen verdient werden können, stellen sie eine so große Möglichkeit zur Steuerersparnis dar, daß sie auch in einer Phase geringerer Kapazitätsauslastung einen starken Druck zur Investition darstellen. Es kann gezeigt werden, daß die Investitionen in kapitalintensiven Unternehmungen in Jahren geringer Ausbauprogramme fast genau auf das Niveau der Abschreibung gesenkt werden. Ebenso kann für arbeitsintensive Branchen gezeigt werden, daß die Vermeidung von Steuerzahlungen für überraschende Gewinne ein wesentliches Motiv für die kurzfristigen Erhöhungen der Investitionspläne ist.«⁸ Eine von Aiginger erstellte Tabelle von Cash-flow- und Investitionsentwicklung der Aktiengesellschaften in den Jahren 1955—1971 zeigt eine doch relativ große Schwankungsbreite: im Jahre 1969 liegt der Anteil des Cash-flows an den Investitionen bei 161,5 Prozent, im Jahre 1971 bei 61,6 Prozent.

Die relativ stärkeren Schwankungen der Industrieinvestitionen verglichen mit den Gesamtinvestitionen spiegelt Tabelle 2 wider. Im Jahre 1968, in dem es sogar zu einem nominellen Rückgang der Industrieinvestitionen kommt, sinkt ihr Anteil auf 13,3 Prozent an den Bruttoanlageinvestitionen, drei Jahre später erreicht dieser Anteil einen Höchstwert von 18,3 Prozent.

Es mag daher zutreffen, daß das System der vorzeitigen Abschreibung tatsächlich eine gewisse »Prellbockfunktion« in der Entwicklung nach unten ausübt, dies widerspricht jedoch nicht unbedingt der Knappschen Aussage vom »Bumerangeffekt«, der eine Wiederbelebung der Investitionstätigkeit verzögert. Im Aufschwung — und das geht aus Aigingers Schlußfolgerungen klar hervor — besteht jedenfalls eine Tendenz zur Überhitzung der konjunkturellen Aufwärtsbewegung.

Tabelle 2
Entwicklung der Industrieinvestitionen

	Industrieinvestitionen in Millionen Schilling (zu laufenden Preisen)	Industrieinvestitionen in Prozent der Brutto- anlageinvestitionen
1964	9.590	16,0
1965	10.575	15,6
1966	10.993	14,7
1967	10.684	14,0
1968	10.457	13,3
1969	12.003	14,5
1970	16.055	16,4
1971	21.185	18,3
1972	24.216	17,1
1973	22.409	15,1
1974	24.193	14,0

Quelle: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung (Österreichisches Statistisches Zentralamt) und hochgeschätzte Investitionen der Industrie (nach Berechnungen des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung).

Andere Formen steuerlicher Förderung

Die »Investitionsrücklage« entschärft zwar die destabilisierende Wirkung der steuerlichen Investitionsförderung, in ihrer gegenwärtigen Form bietet sie der Investitionspolitik des Unternehmens jedoch einen so großen Spielraum, daß kaum stabilisierende Effekte erwartet werden können. Überdies wird dieses Instrument, soweit aus den veröffentlichten Bilanzen geschlossen werden kann, in relativ geringem Ausmaß angewendet. Einer ähnlichen Problematik wie die vorzeitige Abschreibung unterliegt der »Investitionsfreibetrag«. Bei Anwendung dieser Förderung können 20 Prozent der Anschaffungskosten zusätzlich zur Normalabschreibung im Jahr der Investition gewinnmindernd geltend gemacht werden. In den

Folgejahren können die vollen Normalabschreibungen abgesetzt werden, insgesamt ergibt sich damit eine Abschreibung von 120 Prozent der Anschaffungskosten. Der Investitionsfreibetrag hat damit geringere Auswirkungen auf die Kostenstruktur des Unternehmens im Anschaffungsjahr als die vorzeitige Abschreibung, er tendiert jedoch ebenso zur Verstärkung der konjunkturellen Investitionsschwankungen und führt überdies zu direkten fiskalischen Einbußen.

Bei anderen steuerlichen Begünstigungen wird keine unmittelbare Wirkung auf das Investitionsverhalten der Unternehmen angestrebt; die betriebliche Kapitalbildung soll durch die Möglichkeit der Bildung einer steuerfreien Rücklage in Personengesellschaften und Einzelfirmen erleichtert werden. Wesentlichere Bedeutung kommt der Rücklage für künftige Abfertigungen zu, deren steuerfreie Bildung von der Unternehmensform unabhängig ist. Die Dotierung dieser Rücklage kann als gewinnmindernd bis zum Ausmaß von 80 Prozent aller künftigen Abfertigungen geltend gemacht werden. Faktisch steht dieses Kapital dem Unternehmen langfristig zur Verfügung, es wird daher in den meisten Untersuchungen dem Eigenkapital zugeschlagen beziehungsweise ihm »Eigenkapitalcharakter« bescheinigt.⁹ Dem gegenteiligen Zweck — einer Erhöhung der Ausschüttung von Unternehmen — sollte die Einführung des »gespaltenen Körperschaftsteuersatzes« dienen. Eines der Motive für diese Förderungsmaßnahme war die Erwartung, dadurch zu einer Änderung der Ausschüttungspolitik von Großunternehmen und damit wieder zu einer Mobilisierung von Beteiligungskapital beizutragen. In der Praxis hat sich jedoch gezeigt, daß sich wenig an der Dividendenpolitik der österreichischen Aktiengesellschaften geändert hat; auf die dadurch geänderte Finanzierungspolitik auf Konzernebene (Schütt aus-Hol zurück-Verfahren) wurde bereits hingewiesen.

Das Strukturverbesserungsgesetz

Eine Problematik besonderer Art bringt das sogenannte »Strukturverbesserungsgesetz« mit sich, auf das bereits im Zusammenhang mit der Offenlegung stiller Reserven hingewiesen wurde. Dieses Gesetz wurde im Jahre 1969 beschlossen, um steuerliche Hindernisse für Fusionen und für Änderungen der Rechtsformen von Kapitalgesellschaften, Personengesellschaften und Einzelunternehmen abzubauen und damit Struktur Anpassungen zu erleichtern. Neben einer Reduktion beziehungsweise einem Wegfall der Kapitalverkehr- und Grunderwerbsteuern liegt der Vorteil vor allem in der Möglichkeit, bereits abgeschriebene Anlagegüter neu zu bewerten und von diesen erhöhten Teilwerten in den Folgejahren wieder Abschreibungen vornehmen zu können. Am Beispiel der Ganahl AG kann demonstriert werden, welche Ausmaße diese Aufwertungen annehmen. Die Einbringungsbilanz zweier Betriebe dieses Unternehmens aus dem Jahre 1975 weist ein ursprüngliches Anlagevermögen von 172 Millionen Schilling aus, durch Aufwertungen von 270 Millionen Schilling ergibt sich das Anlagevermögen der neuen Aktiengesellschaft mit 442 Millionen Schilling. Dieses Beispiel stellt keinen Sonderfall dar, in nahezu allen

beobachteten Fällen konnte eine Aufwertung des Anlagevermögens um 100 Prozent oder mehr registriert werden.

Eine Studie der Nationalbank¹⁰ zeigt den Umfang der Umwandlungen im Rahmen des Strukturverbesserungsgesetzes für die Jahre 1969—1971. In dieser Periode hat sich das Nominalkapital bei Umwandlungen, Verschmelzungen oder Einbringungen sprunghaft erhöht; insgesamt wurde bei 585 solchen Vorgängen eine Zunahme des Nominalkapitals von 5.537 Millionen Schilling festgestellt, in den beiden vorangegangenen Jahren 1967 und 1968 hatten 112 Transaktionen eine Zunahme von 542 Millionen Schilling bewirkt. Ein geringerer Teil der Auswirkungen ist in dieser Statistik nicht erfaßt: die Umwandlung in Personengesellschaften oder Einzelfirmen sowie Einbringungen in Unternehmen dieser Art.

Die Wirkungskdauer des Strukturverbesserungsgesetzes wurde 1969 auf zwei Jahre befristet beschlossen, jedoch seither zweimal verlängert. Anlässlich der jüngsten Verlängerung wurde die steuerliche Förderung der Umwandlung von Kapitalgesellschaften in Personengesellschaften oder Einzelfirmen aufgehoben. Dies nicht zuletzt, weil in einigen Fällen das »Strukturverbesserungsgesetz« von Unternehmen dazu benützt worden war, ihre Organisationsform in periodischen Abständen zu verändern (zum Beispiel durch Umwandlung von Einzelfirmen in eine Ges.m.b.H. und nachfolgende Rückwandlung in die Einzelfirma), um die steuerlichen Vorteile dieses Gesetzes exzessiv zu nützen.

Das Strukturverbesserungsgesetz hat zweifellos zahlreichen Familienunternehmen die Möglichkeit gegeben, sich in eine Unternehmensform umzuwandeln, die mehr Spielraum zur Verbreiterung ihrer Kapitalbasis und übersichtlichere Entscheidungsstrukturen bietet; es hat auch echte Zusammenschlüsse begünstigt. Seinem Charakter nach ist jedoch dieses Gesetz ein »Umwandlungssteuergesetz«,¹¹ das — auf eine gewisse Zeit befristet — Reorganisationen der Unternehmensstruktur erleichtern soll. Bei laufender Verlängerung solcher steuerlichen Sonderbestimmungen muß zwangsläufig das Ziel der Optimierung der organisatorischen Struktur gegenüber den Strategien möglicher Steuervermeidung durch Umwandlungen und Neuformierungen von Unternehmen in den Hintergrund treten.

Auswirkungen auf die Steuerstruktur

Die fiskalischen Konsequenzen des relativ starken Ausbaues der steuerlichen Begünstigungen liegen auf der Hand. Zwischen 1955 und 1960 lag der Anteil der Einkommensteuer an den gesamten direkten Steuern ungefähr zwischen 29 und 30 Prozent, der Anteil der Körperschaftsteuer lag in den fünfziger Jahren ungefähr zwischen 16 und 17 Prozent und sank dann bis 1968 auf 10,4 Prozent ab. Der Anteil der Lohnsteuer pendelte zwischen 1955 und 1964 um die 25-Prozent-Marke und zeigt seither eine dauernde Aufwärtsbewegung. Die Tabelle 3 zeigt die Entwicklung der Anteile dieser Steuern, gemessen am Gesamtvolumen der direkten Steuern beziehungsweise an den gesamten Bruttoeinnahmen des Bundes von 1968 bis 1975.

Tabelle 3

	1975	1974	1973 ¹²	1972	1971	1970	1969	1968	1968—1975
Anteil von den direkten Steuern									
Einkommensteuer	26,5	28,1	30,2	24,6	23,8	23,6	24,4	30,8	26,7
Körperschaftsteuer	11,5	9,3	7,8	8,8	9,3	9,2	9,8	10,4	9,5
Lohnsteuer	42,0	43,5	41,5	35,9	35,4	34,3	33,3	31,9	38,7
Anteil von den gesamten Bruttoeinnahmen des Bundes									
Einkommensteuer	11,3	12,5	13,3	9,0	8,7	8,6	8,5	10,3	10,6
Körperschaftsteuer	4,9	4,1	3,4	3,2	3,4	3,3	3,4	3,5	3,8
Lohnsteuer	18,0	19,4	18,2	13,2	12,9	12,5	11,6	10,6	15,3

Quelle: Rechnungsabschlüsse des Bundes.

Dieser Aufstellung kann unmittelbar entnommen werden, in welchem Ausmaß die nach 1968 wirksam werdenden »Wachstumsgesetze« eine Zäsur in der Entwicklung der Gewinnsteuern mit sich brachten. Die nahezu kontinuierliche Steigerung des Anteils der Lohnsteuer kann nicht allein durch strukturelle Veränderungen — wie die starke Steigerung der Zahl der unselbständig Erwerbstätigen — oder durch Änderungen der Unternehmensform herbeigeführte Verschiebungen (Wechsel vom »Inhaber« zum Geschäftsführer einer Kapitalgesellschaft) und die dadurch bewirkte Erhöhung des Anteils der Löhne und Gehälter am Volkseinkommen erklärt werden. So sank beispielsweise der Anteil der Körperschaftsteuer an den direkten Steuern so wie an den gesamten Bruttoeinnahmen des Bundes in der ersten Hälfte der siebziger Jahre stark ab, während sich gleichzeitig die Zahl der Kapitalgesellschaften schätzungsweise auf das Zehnfache erhöhte. Wenn auch eine entsprechende Erhöhung des Aufkommens an Körperschaftsteuer nicht erwartet werden kann, da es sich bei diesen Neugründungen und Umwandlungen zum Großteil um kleinere und mittlere Unternehmen handelt, so ist doch die tatsächliche Entwicklung im wesentlichen auf den Ausbau der Steuererleichterungen zurückzuführen.

Strukturpolitischer Einsatz von Steuerbegünstigungen

Die regionale Differenzierung der vorzeitigen Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter wurde — wie bereits erwähnt — durch eine Vereinheitlichung im Einkommensteuergesetz 1972 aufgehoben. Durch Erhöhung der Abschreibungssätze wurde eine Bevorzugung der Investitionen in Wohngebäude für Arbeitnehmer und für qualitätsverbessernde bauliche Investitionen in Fremdenverkehrsbetrieben vorgenommen. Gleichzeitig wurde eine weitere Fassung des Begriffes »Umweltschutzanlagen« in das Einkommensteuergesetz eingebaut, die mit 60 Prozent vorzeitig abgeschrieben werden können. Derselbe Satz kommt bei Anlagen zur Anwendung, die »unmittelbar der Entwicklung oder Verbesserung volkswirtschaftlich wertvoller Erfindungen dienen«. Zur Förderung außerbetrieblicher Forschung in wissenschaftlichen Institutionen können überdies Zuwendungen steuerfrei geleistet werden, sofern sie nicht 6 Prozent des vorjährigen Gewinnes übersteigen. Schließlich wurde zum Zwecke der Exportförderung für das Jahr 1973 eine pauschale Teilwertabschreibung aller Forderungen aus Ausfuhrlieferungen in der Höhe von 5 Prozent, für die Jahre 1974 bis 1976 in der Höhe von 10 Prozent zugelassen.

Es ist schwierig, die Wirkung dieser speziellen steuerlichen Anreize auf die Struktur der Investitionen und auf das Unternehmerverhalten insgesamt einzuschätzen, da kaum Daten über die Inanspruchnahme dieser Begünstigungen vorliegen. Insgesamt können an positive strukturpolitische Effekte von Steuerbegünstigungen — dem Charakter dieses Instruments gemäß — keine großen Erwartungen geknüpft werden. Zum Teil dienen sie auch der Kompensation oder Vermeidung von »Verlusten« an bisherigen Begünstigungen. So wurde die Teilwertabschreibung für Auslandsforderungen mit Hinblick auf das Auslaufen der Umsatzsteuerrückvergütung gewährt, die vorzeitige Abschreibung für Bauinvestitionen im Fremdenverkehrsgewerbe anlässlich der Aufhebung der allgemeinen Begünstigung für bauliche Investitionen eingeführt.

In der Kritik des österreichischen Systems der steuerlichen Investitionsförderung werden immer wieder zwei miteinander eng verknüpfte Punkte angeführt: das ausgebaute System der vorzeitigen Abschreibungen veranlasse die Unternehmen zur Vornahme von »Grenzinvestitionen« mit geringem Produktivitätseffekt, dies vor allem in Jahren mit guter Ertragslage; durch die intensive Förderung der Selbstfinanzierung komme es überdies zu einer Fehllenkung von Ressourcen. Es bestehe der Zwang zur Investition der Mittel in bestehenden Unternehmen, dadurch entstehe ein »strukturkonservierender« Effekt. Im Gegensatz dazu wäre — bei einer entsprechend hohen Ausschüttung der Gewinne — die Inangriffnahme neuer industrieller Vorhaben möglich, könnte Kapital zum Einsatz in rentableren Erzeugungsbereichen eingesetzt werden. Der relativ hohe Anteil der Innenfinanzierung der Großunternehmen, er erreichte im gewogenen Durchschnitt der Jahre 1965 bis 1972 bei den Aktiengesellschaften rund 67 Prozent am Gesamtfinanzierungsaufkommen,¹³ muß jedoch vorwiegend auf institutionelle Bedingungen zurückgeführt werden.

Die Zahl der an der Börse notierten Gesellschaften ist in Österreich relativ gering, überdies befindet sich in allen Fällen die Mehrheit der Aktien unter der Kontrolle eines Aktionärs oder eines Konsortiums von Großaktionären. Versuche, durch die steuerbegünstigte Emission neuer Aktien oder durch die Spaltung des Körperschaftsteuersatzes eine Belebung des Aktienmarktes zu erreichen, haben bisher kaum greifbare Ergebnisse erzielt. Das System der steuerlichen Investitionsbegünstigungen hat diesen Zustand nicht herbeigeführt, trägt aber zweifellos zur Erhaltung dieser Struktur bei.

Möglichkeiten des konjunkturpolitischen Einsatzes steuerlicher Investitionsförderung

Das zentrale Argument, das gegen das derzeitige System der steuerlichen Investitionsförderung vorgebracht werden kann, ist seine »destabilisierende« Wirkung und hier vor allem die Verstärkung der Tendenz zu einem prozyklischen Investitionsverhalten im Unternehmensbereich.

Die Möglichkeiten, über direkte und indirekte Investitionsbegünstigungen das Investitionsverhalten zu beeinflussen, werden im allgemeinen recht skeptisch beurteilt. So heißt es beispielsweise in einem Bericht über die britische Politik der steuerlichen Investitionsförderung: »Versuche zur aktiven Steuerung der Wirtschaft haben bestenfalls einen mittelmäßigen Erfolg erzielt. Die »time lags« zwischen den Maßnahmen der Regierung und ihren politischen Auswirkungen sind so groß, daß dem Versuch zur »Feinabstimmung« der Wirtschaft in steigendem Maße ein gegenteiliger Effekt zugeschrieben wird, der eher zu einer Verstärkung als zu einer Verminderung sowohl der Aufschwung- als auch der Abschwungphasen im Konjunkturzyklus beigetragen hat.«¹⁴

In manchen Ländern wird deshalb von vornherein darauf verzichtet, das Instrument der steuerlichen Investitionsförderung für konjunkturpolitische Zwecke einzusetzen. In dem zitierten Bericht der Europäischen Gemeinschaften wird gezeigt, daß meist nur in Abschwungphasen der Versuch gemacht wird — oft durch Senkung der allgemeinen Gewinnsteuersätze, durch Erhöhung der Sätze für Sonderabschreibungen oder durch Erhöhung von Investitionsprämien —, das Investitionsklima günstig zu beeinflussen. Es wird lediglich auf einen in den USA gemachten Vorschlag verwiesen, durch Einführung einer Besteuerung auf zusätzliche Investitionen in Zeiten der Hochkonjunktur eine dämpfende Wirkung zu erzielen.¹⁵ Fraglich scheint jedoch die Wirksamkeit beider Maßnahmen zu sein. Der relativ geringe finanzielle Spielraum des Staates wird in der Rezession meist dazu genützt werden, durch direkte Investitionen eine Wirtschaftsbelebung anzuregen, darüber hinausgehende Förderungsmaßnahmen für unternehmerische Investitionen werden demgemäß nur ein relativ geringes Volumen umfassen und damit nur einen marginalen Effekt erzielen können. Versuche zur Dämpfung eines überbordenden Booms über die Einführung zusätzlicher Steuern werden in ihrer Wirksamkeit verringert, wenn die erhöhte Steuerlast in Zeiten hoher Nachfrage auf die Preise überwältigt werden kann. Dazu kommt natürlich die

Problematik der Terminisierung solcher Maßnahmen. In der Regel können sie erst mit Beginn eines neuen Steuerjahres in Wirkung treten und büßen daher einen beträchtlichen Teil ihrer Wirkung ein.

Relativ weit entwickelt ist das deutsche System, das mit dem »Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft« im Jahre 1967 eingeführt wurde. Dieses Gesetz bietet einen Rahmen vor allem für Veränderungen der Sätze von Einkommen- und Körperschaftsteuer bis zum Höchstausmaß von 10 Prozent auf die Dauer eines Jahres, teilweise oder gänzliche Aufhebung von Sonderabschreibungen oder der degressiven Abschreibung und die Einführung von Investitionsprämien. Die Auswirkungen dieser Bestimmungen werden im deutschen Bericht zur genannten EG-Untersuchung sehr vorsichtig beurteilt. Das Ergebnis einer Unternehmensbefragung über die Wirkung von zusätzlichen Anreizen, die im Jahre 1967 gewährt wurden, läßt darauf schließen, daß das Investitionsvolumen kaum erweitert wurde, sondern lediglich eine Vorziehung von Investitionsprojekten um drei bis sechs Monate erfolgte. Überdies wird dieses Ergebnis auch von der Einführung der Mehrwertsteuer im Jahre 1968 beeinflußt, die ebenfalls zu einer kurzfristigen Vorziehung von Investitionsvorhaben beigetragen hat. Abschließend wird bemerkt: »Aus dieser Befragung kann geschlossen werden, daß die antizyklischen Sonderabschreibungen im Jahre 1967 nicht den gewünschten Investitionsanreiz hervorgerufen haben.«¹⁶

Die Niederlande haben zur konjunkturpolitischen Steuerung ein System entwickelt, das relativ rasch in Wirksamkeit treten kann. Mit dem Beschluß eines Rahmengesetzes, der sogenannten »wiebeltax«, hat die Regierung Vollmacht erhalten, kurzfristig Lohn- und Einkommen-, Mehrwert- und Körperschaftsteuer um fünf Prozent hinauf- oder herabzusetzen. Außerdem hat die Regierung das Recht, Investitionsprämien oder die Anwendung eines Systems der vorzeitigen Abschreibung in Kraft zu setzen; bei all diesen Maßnahmen bedarf sie jedoch der nachträglichen Zustimmung des Parlaments. Bei einer allzu häufigen Varianz von Steuersätzen oder des Förderungssystems besteht jedoch die Gefahr, daß die relativ ausgebaute regionale Differenzierung der Investitionsförderung in den Hintergrund gedrängt wird, wie der holländische Bericht zur EG-Studie vermerkt.¹⁷

Das schwedische System der Investitionsrücklagen

Ein Instrument ganz anderer Art wird seit dem Jahre 1938 in Schweden eingesetzt, es handelt sich um die sogenannten »Investitionsfonds« (nicht zu verwechseln mit den »AP-Fonds«, den Pensionsfonds, in denen die Arbeitgeberanteile zur Altersversicherung angesammelt werden), die ihrem Charakter nach spezielle Investitionsrücklagen sind. Allgemein gesagt besteht dieses System darin, die Unternehmen in Jahren günstiger Wirtschaftslage durch steuerliche Anreize zur Bildung von Rücklagen zu bewegen und die so angesammelten liquiden Mittel — durch neuerliche Steuerermäßigung stimuliert — in Rezessionsphasen für Investitionszwecke freizugeben.¹⁸

Die Investitionsfonds-Rücklage (IF-Rücklage) kann mit maximal 40 Prozent des Gewinns vor Steuer dotiert werden. 54 Prozent der IF-Rücklagen verbleiben als liquide Mittel im Unternehmen, 46 Prozent (dieser Satz entspricht fast der schwedischen Körperschaftsteuer) werden auf einem Konto des Unternehmens bei der Zentralbank unverzinslich angelegt.

Die Freigabe der IF-Rücklagen erfolgt durch einen Beschluß des Arbeitsmarktrates (AMS), in dem Unternehmer sowie Arbeiter und Angestellte vertreten sind, auf Grundlage von Prognosen des Wirtschaftsforschungsinstituts und eigener Erhebungen. Unabhängig von den Entscheidungen des Arbeitsmarktrates können 30 Prozent der IF-Rücklage nach dem Ablauf von fünf Jahren in das Unternehmen rückgeführt werden. Für die konjunkturelle Steuerung der Unternehmensinvestitionen stehen also mindestens 70 Prozent der IF-Rücklagen zur Verfügung.

Die Unternehmen können nicht gezwungen werden, diese Mittel bei Freigabe durch den Arbeitsmarktrat zu investieren, allerdings müssen sie eine Nachversteuerung von 10 Prozent in Kauf nehmen. Werden die Rücklagen dagegen Investitionszwecken zugeführt, so wird zusätzlich ein Investitionsfreibetrag von 10 Prozent gewährt, so daß insgesamt 110 Prozent der Investition in den Folgejahren abgeschrieben werden können.

In der Nachkriegszeit wurden die IF-Rücklagen erstmals massiv in der Rezession 1958/59 eingesetzt. Es konnte durch Freigabe von IF-Rücklagen und Einsatz anderer Steuerbegünstigungen immerhin erreicht werden, daß die privaten Bruttoanlageinvestitionen im Jahre 1958 um 7,3 Prozent anstiegen (bei einer Wachstumsrate des Bruttonationalprodukts von 1,2 Prozent). Durch den Freigabemodus wurde jedoch ein großer Teil der Investitionen erst im Jahre 1959 oder gar erst im Jahre 1960 realisiert, als bereits wieder ein kräftiger Aufschwung eingesetzt hatte. Von dieser Erfahrung ausgehend, verkürzte man die Frist für den Beginn von Investitionsprojekten im nächsten Abschwung (1962/63). So mußten IF-Mittel für bauliche Investitionen, die im Mai 1962 freigegeben worden waren, für Projekte verwendet werden, die zwischen Juli und November 1962 begonnen wurden. Begünstigungen wurden überdies nur für Mittel gewährt, die bis Anfang Mai 1963 verbaut worden waren.¹⁹ Seither wurden Freigaben von IF-Rücklagen in der Rezession von 1967 bis 1969 vorgenommen und — teilweise mit regionaler Differenzierung — seit dem Jahre 1971 bis zum Jahr 1976.²⁰

Insgesamt erreichten die Investitionsfonds-Rücklagen im Jahre 1973 eine Höhe von rund 4,9 Milliarden schwedische Kronen (ca. 20,75 Milliarden Schilling),²¹ Anfang der sechziger Jahre hatte der Bestand rund 2,5 Milliarden Kronen umfaßt.²² Die Zuflüsse von 1965 bis 1974 erreichten rund 10 Milliarden Kronen.²³

In jüngster Zeit wurde die Regelung für IF-Rücklagen durch spezielle — allerdings obligatorische — Rücklagen ergänzt. Im Jahre 1974 erzielten zahlreiche schwedische Firmen exzessiv hohe konjunkturelle Gewinne. Daraufhin wurden zwei Gesetze vom Reichstag beschlossen, die eine Stilllegung eines Teils dieser Gewinne beabsichtigten. Alle Unternehmen mit einem Gewinn, der eine Million Kronen überstieg, mußten 15 Prozent

ihres Gewinnes auf einem Reichsbankkonto deponieren. Diese Rücklagen sollen in den Folgejahren gegen Investitionen aufgelöst werden, wobei vor allem energiesparende Anlagen errichtet werden sollen. Alle Unternehmen mit einem Gewinn von über 100.000 Kronen müssen 20 Prozent ihres Gewinns (maximal 70 Millionen Kronen) einer speziellen Rücklage zuweisen, die in den nächsten fünf Jahren für Investitionen zur »Verbesserung des Arbeitsmilieus« eingesetzt werden müssen (wenn sie nicht einer Nachversteuerung unterzogen werden sollen).²⁴

Dem Eindruck, den zahlreiche Pressemeldungen über die Einführung dieser (einmaligen) speziellen Investitionsrücklagen wiedergegeben haben, steht die tatsächliche Haltung der schwedischen Interessenvertretungen fast diametral gegenüber. Die Gewerkschaften haben insbesondere die Einführung des »Arbeitsmilieufonds« kritisiert, da sie nur eine punktuelle Maßnahme darstellt und ihr kein Konzept einer nachhaltigen Verbesserung der Arbeitsbedingungen zugrunde liegt. Der Arbeitgeberverband hat dagegen diese Regelung akzeptiert; diese Haltung kann dadurch erklärt werden, daß bedeutende Teile der exzessiv hohen Gewinne des Jahres 1974 damit der unmittelbaren oder mittelbaren Besteuerung (bei Ausschüttung) entzogen wurden.

Das schwedische System der Investitionsrücklage wird auch — mit gewissen Abwandlungen — in Finnland eingesetzt. In Dänemark besteht ebenfalls ein System der Förderung von Gewinnthesaurierungen. Bis zu 20 Prozent des Gewinns können der Investitionsrücklage zugeführt werden, die Hälfte davon verbleibt im Unternehmen, die andere Hälfte wird auf einem Zentralbankkonto stillgelegt. Diese Rücklagen können — unabhängig von der konjunkturellen Situation — nach einem Jahr (spätestens bis zu 12 Jahren nach ihrer Bildung) für Investitionszwecke eingesetzt werden (der Bau von Verwaltungs- und Geschäftsgebäuden und die Anschaffung kurzlebiger Wirtschaftsgüter bleibt ausgeschlossen).²⁵

Dieses System kann jedoch nicht zur Konjunktursteuerung eingesetzt werden. In den Niederlanden und in Großbritannien²⁶ ist seit längerer Zeit eine intensive Diskussion um die Einführung von Investitionsrücklagen zur konjunkturellen Steuerung im Gange.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß das schwedische System der Investitionsrücklagen seine konjunkturpolitische Funktion — nach Überwindung gewisser Anfangsschwierigkeiten — erfüllt. Pfaffenberger stellt in seinen Schlußfolgerungen zu einem empirischen Test folgendes fest: »Für eine solche wirtschaftspolitische Konzeption (der defensiven Konjunktursteuerung) stellen die IF (Investitionsrücklagen) ein geradezu ideales Mittel dar, da die Wirkungen der IF den gesamten Konjunkturzyklus umgreifen, jedoch nur in der Rezession eine starke Beeinflussung der unternehmerischen Entscheidungen durch die staatliche Wirtschaftspolitik stattfindet. Die IF bieten Möglichkeiten einer genauen Adjustierung, die andere finanzpolitische Mittel nicht aufweisen.«²⁷ Zumindest kann jedoch behauptet werden, daß die Investitionsrücklagen, deren Volumen auf längere Sicht auf etwa 10 Prozent der Privatinvestitionen beschränkt ist, die destabilisierende Wirkung anderer Investitionsanreize, etwa der degressiven Abschreibung, wesentlich mildern. Die Skepsis, mit

der im allgemeinen den Möglichkeiten eines konjunkturpolitischen Einsatzes von Investitionsbegünstigungen begegnet wird, dürfte hinsichtlich der Variabilität von Bewertungsvorschriften oder Investitionsprämien berechtigt sein. Hinsichtlich eines kombinierten Einsatzes von steuerbegünstigten Gewinnthesaurierungen und Rücklagenauflösungen scheint sie — so zeigt zumindest das schwedische Beispiel — nicht gerechtfertigt. So stellt auch der 1976 veröffentlichte OECD-Bericht über die schwedische Wirtschaftspolitik fest, daß die Investitionsrücklagen sich in der jüngsten Rezession wieder einmal als geeignetes Instrument der Beeinflussung des Zeitpunktes — und vielleicht auch des Volumens — von Unternehmensinvestitionen erwiesen haben.

Ausbau oder Umbau

Das System der steuerlichen Investitionsförderung ist in den letzten Jahren wesentlich ausgebaut und verfeinert worden, wie oben bereits ausführlich beschrieben wurde. Durch die Wiedereinführung der vorzeitigen Abschreibung für Bauten wurde außerdem der Versuch unternommen, die steuerliche Investitionsförderung als Mittel der Konjunkturbelebung einzusetzen. In der jüngsten Rezession sind nun von den Interessenvertretungen der Unternehmer eine Reihe neuer Forderungen angemeldet worden, beispielsweise eine Erhöhung des Investitionsfreibetrages von derzeit 20 auf 30 bis 40 Prozent, eine weitere Erhöhung der Sätze für die Normalabschreibung, eine weitgehende Begünstigung für nicht entnommene Gewinne und so weiter. Derzeit ist bereits eine Aufrechnung von Gewinnen mit Verlusten möglich, die in den letzten fünf Jahren im Unternehmen entstanden sind. In Ergänzung zu diesem »Verlustvortrag« wird auch die Einführung eines »Verlustrücktrages« verlangt, die eine Aufrechnung von Gewinnen mit in der Folgezeit entstehenden Verlusten erlauben soll.

Dieses Forderungsprogramm wird mit dem dauernden Sinken der von den Unternehmen ausgewiesenen Eigenkapitalquote begründet. Aiginger hat jedoch gezeigt, daß es — nicht zuletzt dank des Ausbaus der steuerlichen Förderungen — zu einem beträchtlichen Anwachsen der stillen Reserven gekommen ist.²⁸ Er schätzt ihre Höhe auf 80 bis 107 Prozent des ausgewiesenen Sachanlagevermögens. Dazu müßten noch stille Reserven im Umlaufvermögen (Forderungen, Vorräte) gerechnet werden, die sich ebenfalls in den letzten Jahren, durch starke Schwankungen der Wechselkurse und der Rohstoffpreise bedingt, wesentlich erhöht haben dürften. Außerdem kann eine Tendenz zur Verlagerung von Vermögen aus dem Betrieb in den Privatbesitz des Unternehmers beobachtet werden, die eine Schmälerung des zur Abdeckung von Unternehmerrisiken vorhandenen Kapitals bewirkt.

Diese Vorschläge würden faktisch auf ein System vollständiger Bewertungsfreiheit hinauslaufen, wobei zusätzlich noch durch Investitionsfreibeträge die Abschreibungsbasis weit über die Anschaffungs- oder Herstellungskosten erhöht werden soll. Die fiskalischen Konsequenzen solcher Forderungen liegen auf der Hand; darüber hinaus ist noch eine weitere

Verstärkung der destabilisierenden Wirkung von Investitionsanreizen zu befürchten.

Versuchen, das derzeit bestehende Investitionsförderungssystem, die indirekte Investitionsförderung, durch Gewährung direkter Prämien zu ersetzen, steht das Argument einer wesentlichen Erhöhung des administrativen Aufwandes und der begrenzten Steuerungskapazität des administrativen Apparates gegenüber (ganz abgesehen von den »ordnungspolitischen« Einwänden, die von Unternehmerseite gegen eine solche Änderung erhoben werden).

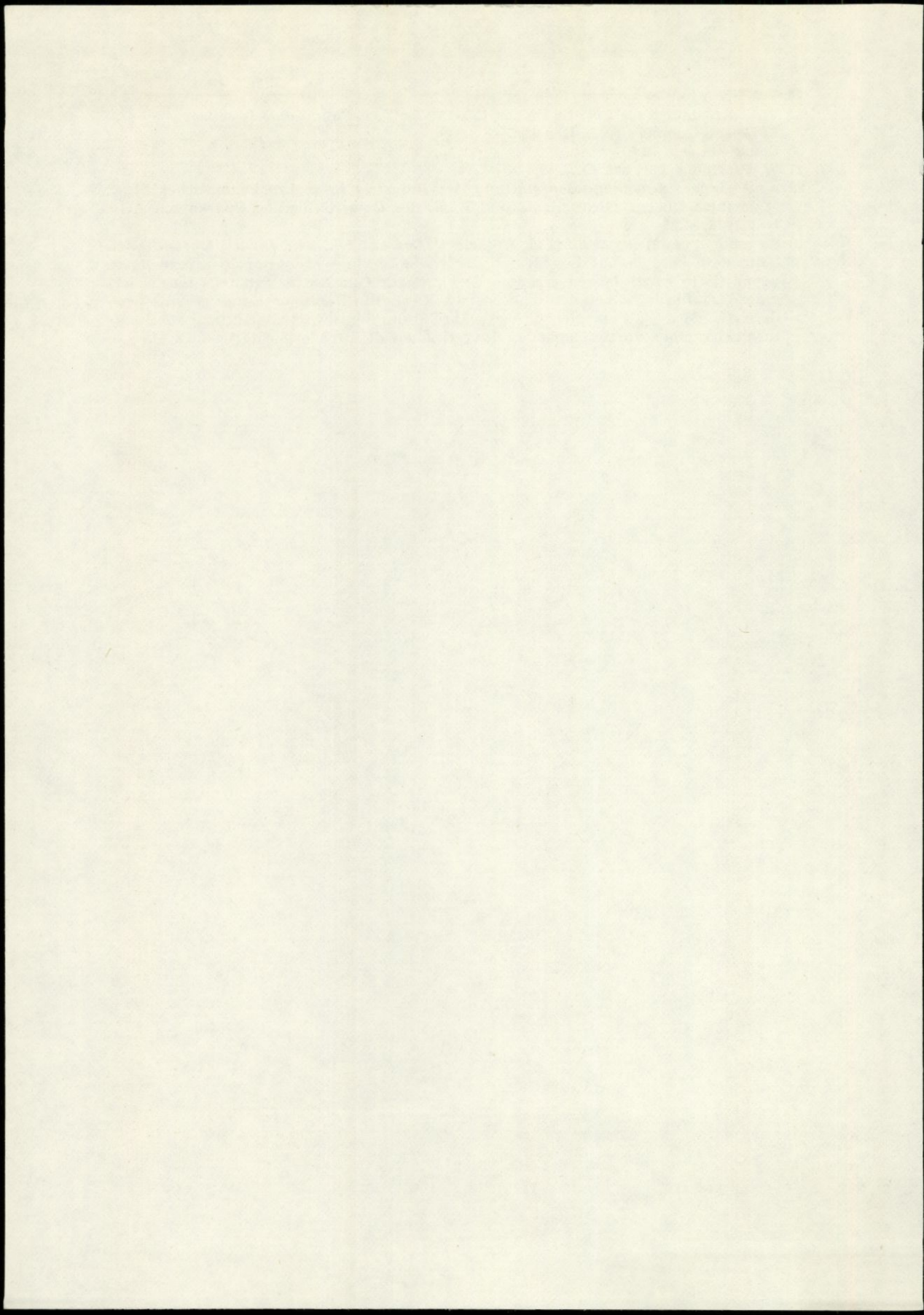
Ein System steuerfreier Rücklagenbildung, der Thesaurierung von Gewinnen in Zeiten der Hochkonjunktur und der Freigabe von Mitteln in der Rezession, würde dagegen einen relativ geringfügigen administrativen Mehraufwand erfordern. Der Vorteil dieser Maßnahme liegt, wie bereits ausgeführt wurde, in der Möglichkeit, einen Teil der privaten Investitionstätigkeit in die antizyklische Konjunkturpolitik zu integrieren und damit zumindest zu einer Milderung der konjunkturellen Schwankungen von Anlageinvestitionen beizutragen.²⁹

Der Umbau der derzeitigen steuerlichen Investitionsförderung, ein vollständiger beziehungsweise teilweiser Ersatz des derzeitigen Systems durch Förderung der Bildung von Investitionsrücklagen und des Einsatzes der thesaurierten Mittel zum wirtschaftspolitisch erwünschten Zeitpunkt würde nicht nur die destabilisierenden Effekte vermeiden, sondern auch gegensteuernde Maßnahmen des Staates komplementär ergänzen. Darüber hinaus bietet ein solches System Möglichkeiten für eine Einbeziehung strukturpolitischer und regionalpolitischer Zielsetzungen durch Freigabe von Mitteln für bestimmte Investitionszwecke (beispielsweise Investitionen für den Umweltschutz, in energiesparende Anlagen und so weiter) oder für Investitionen in strukturschwachen Gebieten. Überdies würde sich auch der Druck auf den Staatshaushalt in Rezessionsphasen verringern, durch massive Erhöhung der öffentlichen Investitionen und direkte Subventionierung von Unternehmerinvestitionen zur Konjunkturstabilisierung beizutragen. Selbst wenn man also annehmen würde, daß ein solches Konzept öffentliche Förderungsmittel in derselben Höhe wie jetzt beanspruchen würde, ergäbe sich dennoch eine Entlastung des Staatshaushalts.

ANMERKUNGEN

- 1 O. Hobler verweist darauf, daß »die Zinsenvorteile dann wieder kompensiert werden, wenn nach vollständiger Abschreibung der vorzeitig abgeschriebenen Wirtschaftsgüter höhere Steuersätze zur Anwendung gelangen als im Jahr der vorzeitigen Abschreibung, vor allem dann, wenn sinkende Erträge und ungünstige wirtschaftliche Perspektiven die Vornahme von Ersatzinvestition hemmen oder unmöglich machen« (*Steuerliche Aspekte der Industriefinanzierung*, in: »Industriefinanzierung in Österreich«, Wien 1975, S. 57). Sinkende Erträge, die sich negativ auf die Investitionsbereitschaft des Unternehmens auswirken, können jedoch kaum dazu führen, daß das Unternehmen in höhere Bereiche der Steuerprogression gerät.
- 2 Vgl. P. Swoboda, F. Hirschberger, G. Laufke, A. Stepan, H. Uhlir: *Zum Verschuldungsgrad und zur Verschuldungsstruktur der österreichischen Industrieunternehmen*, in: »Wirtschaftspolitische Blätter« 1/76, S. 28.
- 3 Für das Jahr 1973 wurden die Angaben des Statistischen Zentralamts um die dort aus Vergleichbarkeitsgründen (Fusion Vöest und Alpine-Montan) ausgeschiedenen Abschreibungen der Vöest-Alpine AG vermehrt.
- 4 *Reform der österreichischen Wirtschaft. Das Wirtschaftsprogramm der SPÖ*, Wien 1968, S. 66.
- 5 Vgl. A. Uelner *Der Referenten-Entwurf eines Einkommensteuergesetzes*, 1974, Wiedergabe eines am 28. Februar 1972 im »Institut für Finanzwissenschaften und Steuerrecht« gehaltenen Vortrages, Wien 1972, S. 9.
- 6 Vgl. *Vorschläge zur Kapitalmarktpolitik*, 3. Teil, Wien 1966, S. 59 ff.
- 7 Horst Knapp: *Zwischenbilanz. Versuch einer nicht ganz konventionellen Situationsanalyse*, in: »Finanznachrichten« Nr. 27—28/1976, S. 5, vgl. auch H. Haeseler: *Steuerliche Sonderabschreibungen, Investitionsanreiz für Unternehmer?*, in: »Finanznachrichten« Nr. 15/1976.
- 8 K. Aiginger: *Mittelfristige Wachstumsschwankungen in Österreich*, »Quartalshefte der Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen AG«, 3—4/1974, S. 14.
- 9 Eine Hinzurechnung zum Fremdkapital ist »schon deshalb nicht gerechtfertigt ... da die Dotierungen auch bei Bestehen von Abfertigungsverpflichtungen meist jenes Ausmaß überschreiten, das bei versicherungsmathematisch genauer Berechnung erforderlich wäre ...« (P. Swoboda, F. Hirschberger, G. Laufke, A. Stepan, H. Uhlir, a. a. O. S. 27).
- 10 *Die Entwicklung des Stamm- bzw. Grundkapitals der österreichischen Kapitalgesellschaften (1967 bis 1971)*, »Mitteilungen des Direktoriums der Österreichischen Nationalbank« 6/1972.
- 11 Darauf wiesen bereits die Sprecher der damaligen Oppositionsparteien im Nationalrat anlässlich der Beschlußfassung hin (vgl. »Parlamentskorrespondenz« vom 23. Jänner 1969).
- 12 Ab 1973 wurden die 1968 eingeführten »Sonderabgaben vom Einkommen« in den normalen Steuertarif eingebaut.
- 13 Errechnet nach H. Holek: *Die Finanzstruktur von Industrieunternehmen*, in: »Industriefinanzierung in Österreich«, a. a. O. S. 22 (Tabelle 1).
- 14 *Commission of the European Communities: Tax Policy and Investment in the European Community*, Brüssel 1975, S. UK-33.
- 15 Vgl. Ebenda S. 14 f.
- 16 Ebenda S. Ger-60.
- 17 Vgl. Ebenda S. 16 ff.
- 18 Eine ausführliche Darstellung der Entwicklung und Wirkungsweise der Investitionsfonds bis in die sechziger Jahre gibt W. Pfaffenberger: *Investitionssteuerung mit Hilfe steuerfreier Rücklagen*, Duncker & Humblot, Berlin 1969.
- 19 Vgl. W. Pfaffenberger, a. a. O. S. 49—53.
- 20 Vgl. den Bericht der »Frankfurter Allgemeinen Zeitung« vom 8. Oktober 1975: »Eine direkte staatliche Investitionslenkung besteht nicht«.
- 21 »Arbeiter-Zeitung« vom 27. September 1975.
- 22 W. Pfaffenberger, a. a. O. S. 74.
- 23 »Frankfurter Allgemeine Zeitung« vom 8. Oktober 1975.

- 24 Vgl. »Le Monde« vom 21. Februar 1975.
- 25 Vgl. den dänischen Bericht in der EG-Studie *Tax Policy and Investment in the European Community*, S. Den 12 f.
- 26 Ebenda S. Den 12 f.
- 27 W. Pfaffenberger, a. a. O. S. 57.
- 28 K. Aiginger: *Eigenkapitalausstattung der Industrie in makroökonomischer Sicht*, »Quartalshefte der Girozentrale und Bank der Österreichischen Sparkassen AG«, 1—2/1976, S. 25—42.
- 29 So meint zum Beispiel auch H. Haeseler: »Das antizyklische Investitionsverhalten läßt sich — bezogen auf die privaten Unternehmungen — wohl nur dann realisieren, wenn die in guten Jahren erzielten Gewinne zur Gänze oder großteils thesauriert wurden. Dann kann von dem angesparten Kapital in Rezessionszeiten gezehrt werden bzw. wird die Finanzierung von während des (einzelwirtschaftlichen) Konjunkturabschwunges vorzunehmenden Investitionen dadurch erleichtert.« (a. a. O. S. 3)



Zur Marxschen Theorie des tendenziellen Falles der Profitrate

Kazimierz Laski

1. Bei Marx finden wir zwei Ansätze zur Theorie der Profitrate. Der eine knüpft an die orthodoxe Theorie seiner Vorgänger an und leitet die Änderung der Profitrate aus der Produktions- und Verteilungsseite ab. Dieser Ansatz gipfelt in dem Gesetz des tendenziellen Falles der Profitrate (weiter: Gesetz des t.F.d.P.). Der zweite Ansatz, völlig revolutionär, leitet die Änderung der Profitrate aus der Absatzseite oder — in Marxscher Sprache — aus den Bedingungen der Realisation ab. Im ersten Ansatz herrscht das Saysche Gesetz, das Angebot schafft immer eine ausreichende Nachfrage, die Schwierigkeiten ergeben sich lediglich aus der relativen Austrocknung der Akkumulationsquellen. Im zweiten ist das Saysche Dogma widerlegt, die Produktionsmöglichkeiten sind eine notwendige, aber nicht ausreichende Bedingung, die Profitrate hängt von den Realisationsmöglichkeiten ab. Der zweite Ansatz ist in vielen Stellen angedeutet, wurde aber nirgends systematisch dargestellt. Er wurde fortgesetzt und erst in der modernen Theorie der effektiven Nachfrage entwickelt.

Die zwei Beiträge, die in dieser Zeitschrift veröffentlicht wurden, knüpfen an den ersten Ansatz an.¹ Wir nehmen zu dieser Diskussion Stellung, indem wir die logische Konsistenz des Gesetzes des t.F.d.P. im Rahmen der Marxschen Theorie untersuchen, wobei wir das Problem der effektiven Nachfrage zuerst außer acht lassen. Im zweiten Teil bildet das letztgenannte Problem unseren Ausgangspunkt. Aus dieser Sicht ergeben sich im Vergleich zum ersten Ansatz ganz neue Ergebnisse.

I. Ist die Marxsche Formulierung des Gesetzes des t.F.d.P. logisch konsistent?

2. Marx übernahm von Ricardo die Hypothese, daß die Entwicklung des Kapitalismus von einer fallenden Profitrate begleitet werde, verwarf

jedoch seine Begründung, die vor allem auf dem Gesetz vom abnehmenden Grenzertrag des Bodens ruhte. Nach Marx war das Gesetz des t.F.d.P. auf die Steigerung der organischen Zusammensetzung des Kapitals (weiter: die o.Z.d.K.) zurückzuführen, wobei er diese Steigerung als notwendiges Merkmal der kapitalistischen Akkumulation betrachtete. Nichtdestoweniger sprach er von einem lediglich tendenziellen Fall der Profitrate, weil den Folgen der Steigerung der o.Z.d.K. die steigende Mehrwertrate und manche andere Faktoren entgegenwirkten. Er war dabei überzeugt, daß die Erhöhung der Mehrwertrate die Auswirkung der Steigerung der o.Z.d.K. auf die Profitrate wohl mildern, nicht aber überwinden konnte. In einem berühmt gewordenen Zitat heißt es: »Soweit die Entwicklung der Produktivkräfte den bezahlten Teil der angewandten Arbeit vermindert, steigert sie den Mehrwert, weil seine Rate; soweit sie jedoch die Gesamtmasse der von einem gegebenen Kapital angewandten Arbeit vermindert, vermindert sie den Faktor der Anzahl, womit die Rate des Mehrwerts multipliziert wird, um seine Masse herauszubringen. Zwei Arbeiter, die 12 Stunden täglich arbeiten, können nicht dieselbe Masse Mehrwert liefern wie 24, die jeder nur 2 Stunden arbeiten, selbst wenn sie von der Luft leben könnten und daher gar nicht für sich selbst zu arbeiten hätten. In dieser Beziehung hat also die Kompensation der verringerten Arbeiterzahl durch Steigerung des Exploitationsgrades der Arbeit gewisse nicht überschreitbare Grenzen; sie kann daher den Fall der Profitrate wohl hemmen, aber nicht aufheben.«²

3. Die Kritiker, unter anderen Sweezy, haben darauf hingewiesen, daß Marx seine These logisch nicht bewiesen hatte.³ Bezeichnen wir mit C und V den Wert des konstanten beziehungsweise variablen Kapitals, mit M den Mehrwert und mit ρ die Profitrate, dann gilt nach der Marxschen Formel

$$(1) \quad \rho = \frac{M}{C+V} = \frac{\frac{M}{V}}{\frac{C}{V} + 1}$$

und die Profitrate hängt tatsächlich von der Mehrwertrate ($\frac{M}{V}$) und der o.Z.d.K. ($\frac{C}{V}$) ab. Wenn nun $\frac{C}{V}$ und $\frac{M}{V}$ steigen, läßt sich keine definitive Aussage über die Änderung von ρ treffen. In der Tat, die relative Steigerung der o.Z.d.K. (genauer: des Verhältnisses des gesamten Kapitals zu seinem variablen Teil) kann wohl durch die relative Steigerung der Mehrwertrate kompensiert werden, was der Marxschen These direkt widerspricht.

Könnte man jedoch nicht annehmen, daß das Wachstumstempo der o.Z.d.K. im allgemeinen höher als dasjenige der Mehrwertrate ist? — Sweezy kommt zu dem richtigen Schluß, daß es keinen Grund für diese Annahme gibt und daß »... infolgedessen die Marxsche Formulierung des Gesetzes vom tendenziellen Fall der Profitrate nicht sehr überzeugend ist.«⁴

An die Kritik von Sweezy knüpft März in seinem Artikel an. März führt die Marxsche Formulierung auf die Merkmale der ökonomischen Entwicklung im neunzehnten Jahrhundert zurück. In dieser Epoche stieg die o.Z.d.K. schneller als die Mehrwertrate, daher wies die Profitrate eine sinkende Tendenz auf. Im zwanzigsten Jahrhundert blieben jedoch sowohl die eine als auch die andere mehr oder weniger konstant, und die weitere Senkung der Profitrate trat nicht ein.⁵

Zu ähnlichen Schlußfolgerungen gelangt Sweezy. Er weist darauf hin, daß nur weitere empirische Untersuchungen imstande sind, die Frage der Änderung der Profitrate zu klären.⁶

4. In einem Kommentar zum Artikel von März gehen Lang und Schmidt angeblich von demselben Ausgangspunkt aus, indem sie auf die Empirie als einzigen Prüfstein der Theorie hinweisen.⁷ Die empirischen Daten sind jedoch so dürftig, daß sie kaum den Ausgangspunkt einer wissenschaftlichen Auseinandersetzung bilden können.⁸ Die Autoren geben dabei zu, daß in Großbritannien der Fall der Profitrate ohne Steigerung der o.Z.d.K. zustande gekommen ist. Soll das eine Bestätigung oder eher eine Widerlegung des Marxschen Gesetzes sein?

Nicht besser ist es bestellt mit den allgemeinen Aussagen. »Wir stimmen«, schreiben die Autoren, »mit März und Sweezy darin überein, daß die Profitratentheorie bei Marx konsistent entwickelt ist.« (S. 100.) Weiter wird behauptet »... eine konstante Mehrwertrate begünstigt mindestens einen stationären Zustand, wahrscheinlich sogar einen Fall der Profitrate, sofern man mit der Marxschen Formel operiert« (S. 101), und endlich liest man: »Auf die Dauer kann eine steigende Mehrwertrate eine steigende organische Zusammensetzung jedoch nicht überkompensieren.« (S. 104.) Der Streit besteht jedoch gerade darin, ob die Profitrate bei Marx konsistent entwickelt wurde und ob die eben zitierten Aussagen logisch stimmen oder nicht. Eine logisch nicht belegte Aussage wirkt nicht überzeugender, wenn sie immer wiederholt wird.

Lang und Schmidt gehören offensichtlich zu jenen Autoren, die das Gesetz des t.F.d.P. fetischisieren und sich um die logische Begründung dieses Gesetzes wenig kümmern. Die Diskussion und die Entwicklung der Wirtschaftstheorie, wie sie in den letzten Jahrzehnten stattfanden, haben jedoch viele Punkte geklärt, und es scheint angebracht, manche von diesen in Erinnerung zu bringen und andere neu zu formulieren.

II. Die organische Zusammensetzung des Kapitals und der Kapitalkoeffizient

5. Josef Steindl war wahrscheinlich der erste, der darauf hingewiesen hat, daß die logische Inkonsistenz in der Marxschen Beweisführung überwunden werden kann, wenn man das Konzept der o.Z.d.K. durch dasjenige des Kapitalkoeffizienten ersetzt.⁹

Bezeichnen wir das letztere durch k , dann gilt

$$k = \frac{C+V}{Y}$$

wobei $Y = V + M$ gleich dem Wert des Nettoproduktes (oder Volkseinkommens) ist und k das Verhältnis des gesamten Kapitals zum Nettoprodukt bezeichnet. Wenn wir nun den Zähler und den Nenner von (1) durch $Y = V + M$ (und nicht, wie früher, durch V) dividieren, bekommen wir

$$(2) \quad \rho = \frac{M}{C+V} = \frac{\frac{M}{Y}}{\frac{C+V}{Y}} = \frac{M}{V+M} \cdot \frac{1}{k}$$

und der Kapitalkoeffizient kann weiterhin grenzenlos anwachsen, nicht jedoch die Mehrwertquote ($\frac{M}{Y}$). In der Tat, sie kann maximal den Wert von 1 erreichen und das erst dann, wenn die Lohnsumme gegen Null strebt. Es gilt nämlich

$$(3) \quad \lim_{V \rightarrow 0} \rho = \frac{\frac{M}{V+M}}{k} = \frac{1}{k}$$

die Profitrate besitzt daher einen Grenzwert, und zwar die Reziproke des Kapitalkoeffizienten, wenn die Lohnsumme gegen Null strebt.

Marx mußte genau diesen Zusammenhang vor Augen haben, wenn er in dem früher angeführten Zitat das Beispiel der 2 Arbeiter, die von der Luft leben müßten, anführte.¹⁰ Stellen wir uns vor, daß in dem Ausgangspunkt der Kapitalkoeffizient 2 und die Mehrwertquote $\frac{1}{4}$ betragen; es gilt daher

$$\rho = \frac{\frac{1}{4}}{2} = \frac{1}{8} = 0,125$$

das heißt, die Profitrate macht 12,5 Prozent aus. Wenn nun der Kapitalkoeffizient den Wert von 8 erreicht und die Lohnquote auf Null sinkt, gilt

$$\rho = \frac{1}{8} = 0,125$$

das heißt, die Profitrate erreicht lediglich die 12,5-Prozent-Marke. Steigt der Kapitalkoeffizient weiter, muß die Profitrate sinken.

Marx hat wahrscheinlich angenommen, daß k in der Zeit steigt, was mit der Senkung der Reziproken $\frac{1}{k}$ gleichbedeutend ist. Die letztere bildet jedoch die obere Schranke der Profitrate. Diese Schranke kann nicht überschritten werden, wie hoch auch immer die Mehrwertrate und -quote werden mag. Ein sinkender Trend der Profitrate ergibt sich notwendigerweise aus der Steigerung des Kapitalkoeffizienten, wobei allerdings die zyklische Bewegung der Mehrwertquote Schwankungen um diesen Trend hervorruft.

Wie wir sehen, kann die Marxsche These widerspruchsfrei bewiesen werden, wenn man die o.Z.d.K. durch den Kapitalkoeffizienten ersetzt. Übrigens gibt es Autoren, die die o.Z.d.K. als den Kapitalkoeffizienten interpretieren.¹² In der Tat, Marx nennt »...die Wertzusammensetzung des Kapitals, insofern sie durch seine technische Zusammensetzung bestimmt wird und deren Änderung widerspiegelt...«, die *organische Zusammensetzung* des Kapitals.¹³ Daraus zieht Holländer den Schluß, daß Marx, wenn er von steigender o.Z.d.K. spricht, die dahinter liegenden Änderungen der technischen Zusammensetzung des Kapitals meint, wobei die Mehrwert-rate und der Wert jeder Gütereinheit als Konstante betrachtet werden. Bei dieser Interpretation läßt sich beweisen, daß die Steigerung der o.Z.d.K. die Steigerung des Kapitalkoeffizienten tatsächlich voraussetzt.¹⁴

6. Es ist nicht entscheidend, ob Marx sich irrte und von der o.Z.d.K. sprach, während er in Wirklichkeit den Kapitalkoeffizienten meinte, oder ob er meinte, was er sagte, weil die richtig interpretierte o.Z.d.K. mit dem Kapitalkoeffizienten identisch ist. Wichtig ist nur, daß die Annahme eines steigenden Kapitalkoeffizienten die logisch konsistente Begründung der Marxschen Theorie der Profitrate liefert.

Ist damit dem Gesetz des t.F.d.P. geholfen? — Meiner Meinung nach nicht sehr. Marx stand der Begründung von Ricardo, der lediglich auf die sinkenden Erträge des Bodens hinwies, kritisch gegenüber. Die Annahme eines steigenden Kapitalkoeffizienten geht jedoch viel weiter als die Annahme von Ricardo. Um die logische Konsistenz des Gesetzes des t.F.d.P. zu retten, muß daher Ricardo, und dazu in potenziierter Form, zu Hilfe gerufen werden. In der Tat, steigender Kapitalkoeffizient bedeutet sinkende Kapitalproduktivität und setzt die Erweiterung des Gesetzes der sinkenden Erträge des Bodens, das in der Landwirtschaft eine gewisse Rolle spielt, auf die ganze Wirtschaft voraus. Unterdessen akzeptierte Marx das Gesetz der sinkenden Erträge nicht einmal für die Landwirtschaft und formulierte sein Gesetz des t.F.d.P. in direkter Gegenüberstellung zur Theorie von Ricardo. Es entspricht auch der Marxschen Methode kaum, auf ahistorische Gesetze, die nicht einmal vor dem technischen Fortschritt haltmachen, zurückzugreifen.

Unterliegt jedoch nicht die Annahme einer steigenden o.Z.d.K., interpretiert als Kapitalintensität (gesamtes Kapital per Arbeiter $\frac{C+V}{N}$, wobei N die Zahl der Beschäftigten bezeichnet), derselben Kritik? Nein, weil die Annahme eines steigenden Kapitalkoeffizienten viel stärker ist als diejenige einer steigenden Kapitalintensität. Es gilt nämlich ex definitione

$$\frac{\bar{Y}}{N} = \frac{\bar{Y}}{C+V} \cdot \frac{C+V}{N}$$

und

$$(4) \quad \frac{\bar{Y}}{N} = \frac{\frac{C+V}{N}}{\bar{k}}$$

wobei $\frac{\bar{Y}}{N}$ die Arbeitsproduktivität bedeutet und $\bar{Y}$ beziehungsweise $\bar{C+V}$

in konstanten Preisen gemessen werden. Wir wissen aus historischer Erfahrung, daß die Arbeitsproduktivität im Laufe der Entwicklung steigt. Wenn nun angenommen wird, daß der Kapitalkoeffizient $\bar{k}$ (auch gemessen

in konstanten Preisen) steigt, muß die Kapitalintensität $\frac{\bar{C+V}}{N}$ auch steigen.

Das Umgekehrte trifft jedoch nicht zu. Wenn angenommen wird, daß die Kapitalintensität $\frac{\bar{C+V}}{N}$ steigt, folgt davon keinesfalls, daß auch der Kapi-

talkoeffizient $\bar{k}$ steigen muß. Er kann zum Beispiel konstant bleiben, was lediglich dieselbe Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität und der Kapitalintensität bedeuten würde. Dieses Beispiel zeigt auch den Unterschied zwischen Ricardo und Marx, wenn dessen steigende o.Z.d.K. lediglich als steigende Kapitalintensität interpretiert wird.

Ein zweites Problem bezieht sich nicht auf die Verträglichkeit der Annahme eines steigenden Kapitalkoeffizienten mit der Theorie von Marx im allgemeinen (inklusive seiner Kritik an Ricardo), sondern auf die »Verträglichkeit« dieser Annahme mit den Tatsachen. Die statistischen Daten sind hier knapp, eines läßt sich jedoch zweifelsohne sagen: Während die Kapitalintensität dauernd wächst, gibt es keinen solchen eindeutigen Trend bei der Änderung des Kapitalkoeffizienten. Kuznets, der weltweit anerkannte Spezialist im Bereiche der historischen Statistik, unterscheidet zwischen dem totalen und dem reproduzierbaren Kapital (ohne Boden und natürliche Ressourcen). Bezeichnen wir die Koeffizienten, bezogen auf das totale beziehungsweise reproduzierbare Kapital, als den »totalen« beziehungsweise »reproduzierbaren« Kapitalkoeffizienten. Kuznets kommt zum Schluß, daß der totale Kapitalkoeffizient von etwa 6 bis 7 am Anfang des modernen Wachstums (die dreißiger Jahre des neunzehnten Jahrhunderts in den USA und Frankreich, das Ende des achtzehnten Jahrhunderts in England) über etwa 5,5 vor dem Ersten Weltkrieg (für eine viel größere Zahl von Ländern) auf 3 bis 5,4 in den frühen fünfziger Jahren dieses Jahrhunderts gesunken ist.¹⁵ Dieser allgemeine Schluß ist durch folgende Zahlen illustriert:¹⁶

Land	Anfang der Periode	Ende der Periode	Prozent- Änderung
Großbritannien (1885—1927)	8,2	4,8	— 41
Belgien (1846—1950)	9,3	5,4	— 42
USA (1850—1950)	3,5	2,7	— 23
Australien (1903—1956)	6,4	4,0	— 37
Japan (1905—1935)	7,2	5,3	— 26

Der »reproduzierbare« Kapitalkoeffizient zeigt dagegen keine eindeutige Tendenz. In Großbritannien, den Vereinigten Staaten und Japan ist er gestiegen, obwohl sehr langsam, in Norwegen und Westdeutschland gesunken. Die entsprechenden Daten sehen so aus:¹⁷

Land	Anfang der Periode	Ende der Periode	Prozent- Änderung
Großbritannien (1865—1933)	4,5	5,0	9
USA (1850—1950)	1,9	2,1	11
Japan (1905—1935)	2,8	3,0	7
Norwegen (1865—1874 bis 1947—1956)	4,0	3,2	— 20
Westdeutschland (1913 bis 1950—1955)	5,4	4,0	— 26

Es ist schwer, aus diesen recht unterschiedlichen Daten einen eindeutigen Schluß zu ziehen, außer dem, daß sich in verschiedenen Ländern und in verschiedenen Perioden der »reproduzierbare« Kapitalkoeffizient verschiedenartig verhält. Die Hypothese eines langfristig steigenden Kapitalkoeffizienten wird auf jeden Fall nicht bestätigt. Daraus folgt, daß ein langfristiges Sinken der Profitrate, wenn es stattfindet, nicht mit der langfristigen Steigerung des Kapitalkoeffizienten erklärt werden kann.¹⁸

III. Technische Neuerungen und die Profitrate

7. Wir wollen diesen Teil unserer Überlegungen nicht abschließen, ohne auf ein anderes Problem hinzuweisen, das für das Gesetz des t.F.d.P. von großer Bedeutung ist. Es handelt sich um die Berücksichtigung der kapitalistischen Verhaltensregeln bei Einführung technischer Neuerungen. Diesen Punkt hat schon Bortkiewicz¹⁹ hervorgehoben, in der letzten Zeit wurde er jedoch in extrem kompakter und präziser Form von Okishio diskutiert.²⁰ Okishio weist darauf hin, daß die Kapitalisten nur solche Neuerungen tatsächlich einführen, die bei gegebenen Preisen und Löhnen die *Produktionskosten* senken. Man kann sich kaum vorstellen, daß dieses Kriterium nicht beachtet wird. Warum sonst sollte ein Kapitalist eine neue Produktionstechnik anwenden, wenn sie keine Kostensenkung bringen würde? — Nun wurde von Okishio bewiesen, daß bei der Beibehaltung des realen Lohnsatzes eine Neuerung, die eine Kostensenkung sichert, zu einer Erhöhung der allgemeinen Profitrate führen muß. Dieses Prinzip gilt selbstverständlich auch für solche technische Neuerungen, die einen steigenden Kapitalkoeffizienten herbeiführen. Okishio illustriert sein allgemeines Ergebnis anhand eines numerischen Beispiels, das wir im Anhang etwas vereinfacht wiedergeben.

Gegen die für Okishios Resultat wesentliche Annahme des unveränderten Reallohnsatzes könnte man einwenden, daß ja die Arbeiter in Anbetracht der Steigerung (oder der zu erwartenden Steigerung) der Profite eine Erhöhung ihrer Reallohne verlangen und auch durchsetzen werden. Die Steigerung des Reallohnsatzes muß jedoch beträchtlich sein, wenn die Erhöhung der Profitrate ausbleiben sollte. In dem im Anhang gegebenen Beispiel muß der Reallohnsatz auf das 1,9fache steigen, damit die Profitrate weiterhin 50 Prozent ausmacht. Steigt der Reallohnsatz noch stärker, muß die Profitrate sinken.

Das ist jedoch nichts Neues und beweist nur einen Zusammenhang, der mit dem steigenden Kapitalkoeffizienten direkt nichts zu tun hat. Wenn es den Arbeitern gelingt, ihren Reallohnsatz genügend zu erhöhen, wird die Profitrate sinken, gelingt es nicht, wird die Profitrate steigen. Der Kapitalkoeffizient beeinflusst lediglich die *Grenze* des zulässigen Wachstums des Reallohnsatzes, das die Profitrate unverändert läßt. Diese Grenze ist im Fall eines konstanten Kapitalkoeffizienten mit einer konstanten, im Falle eines steigenden (sinkenden) Kapitalkoeffizienten mit einer sinkenden (steigenden) Lohnquote gleichbedeutend. Das ist jedoch alles. Das Resultat hängt vom Ausgang des Kampfes um die Verteilung des Volkseinkommens oder der Früchte der erhöhten Arbeitsproduktivität ab und kann durch das Gesetz des t.F.d.P. nicht erklärt werden.

9. Wie wir gesehen haben, können *eingeführte* technische Neuerungen per se zu keinem Fall der Profitrate führen. Das Gesetz des t.F.d.P. kann jedoch subtiler aufgefaßt werden, und zwar als eine *potentielle* Tendenz, die zwar niemals realisiert wird, dennoch eine wichtige Rolle spielt: J. Steindl weist in diesem Zusammenhang darauf hin, daß manche technische Neuerungen, die von einem steigenden Kapitalkoeffizienten begleitet sind, nicht eingeführt werden, weil sie zu einer Senkung der Profitrate führen würden. Diese Zurückhaltung bei kapitalintensiven Neuerungen führt zu kleineren Investitionen, als es unter anderen Bedingungen möglich wäre, und die daraus resultierende Größe der Investition spielt eine durchaus große Rolle.²¹

Die hemmende Rolle der kapitalintensiven technischen Neuerungen ist um so größer, je höher die Profitquote ist. In der Tat, stellen wir uns vor, daß die Profitquote nur 10 Prozent ausmacht. Wenn nun eine technische Neuerung eine Verdoppelung des Kapitalkoeffizienten verlangt, muß die Profitquote auf 20 Prozent steigen, wenn die Profitrate unverändert bleiben soll. Wenn jedoch die Profitquote am Anfang 50 Prozent ausmacht, muß sie unter denselben Umständen auf 100 Prozent anwachsen, was offensichtlich ausgeschlossen ist.

IV. Die Profitrate und die effektive Nachfrage

10. Das Gesetz des t.F.d.P. wird oft als eine der Grundfesten der Marxschen Theorie dargestellt. Unserer Meinung nach bildet es eher eine Sackgasse, die im Widerspruch mit anderen Bestandteilen der Marxschen Theorie steht. Dieses Gesetz führt einerseits direkt zu der Zusammenbruch-Theorie des Kapitalismus, macht andererseits die Entwicklung einer konsi-

stenten Krisentheorie unmöglich. Die letztere ist jedoch greifbar, wenn man von der Marxschen Kritik des Sayschen Gesetzes ausgeht und diesen Ansatz entwickelt.

In einer kapitalistischen Wirtschaft muß man immer zwischen realisierbaren und produzierbaren Profiten scharf unterscheiden. Nehmen wir an, daß ein Kapitalbestand K und die ihm entsprechenden Arbeitskräfte vorhanden sind. Bei gegebenen Preisen und Löhnen kann ein Profit $\pi = rK$ erwirtschaftet werden, wenn Vollbeschäftigung herrscht. (Wir bezeichnen hier die Profitrate mit r und nicht mit ρ . Vergleiche Fußnote 30). Was geschieht jedoch, wenn die Kapazitäten nicht voll ausgelastet sind? — Oder wenn sich der Auslastungsgrad der Kapazitäten ändert? Offensichtlich verliert unter allen diesen Bedingungen die Höhe des Kapitalkoeffizienten ihre Bedeutung für die Bestimmung der Profitrate. Das aber sind Bedingungen, die in einer kapitalistischen Wirtschaft infolge der zyklischen Schwankungen durchaus vorherrschen.

Das Problem muß offensichtlich von einer anderen Seite angepackt werden. Nehmen wir an, daß einerseits die Lohnquote in einer kurzen Periode gegeben ist (durch gegebene Preise und Löhne) und daß andererseits die Arbeiter nicht sparen. In einer geschlossenen Wirtschaft, ohne Staatsaktivitäten sind unter diesen Bedingungen, wie Kalecki bewiesen hat, die Profite durch die Investition und den Konsum der Kapitalisten bestimmt.²² Je größer die letzteren sind, desto größer werden die ersteren — und nicht umgekehrt. Das bedeutet aber, daß auch die Profitrate um so höher ist, je größer bei gegebenem Kapitalbestand die Investition und der Konsum der Kapitalisten sind. Diese Profitrate beeinflußt ihrerseits die Entscheidungen der Kapitalisten im Bereiche der Investitionen und erklärt die Konjunkturschwankungen.

Es ist interessant, diese Zusammenhänge dynamisch zu untersuchen, weil sie eine gewisse Verwandtschaft der Kaleckischen und Marxschen Theorie beweisen. Am Gipfel der Boomphase der Konjunktur erreicht die Investition ein sehr hohes Niveau, aber wächst nicht mehr. Das bedeutet, daß auch die Profite ein sehr hohes Niveau erreichen, aber nicht mehr wachsen. Der Kapitalbestand infolge der hohen Investition wächst jedoch, weil die Bruttoinvestition höher als der Verschleiß ist. Die Profitrate — das Verhältnis der Profite zu Kapitalbestand — beginnt daher zu sinken, weil die Investition nicht mehr wächst. Die Senkung der Profitrate beeinflußt nun negativ die Investition, die ihrerseits negativ die Profite beeinflußt und so weiter, bis die Wirtschaft in einer Depression landet.

Am Boden der Depressionsphase der Konjunktur kommt es wieder zu einer Stabilisierung der Investition auf einem sehr niedrigen Niveau und daher auch zur Stabilisierung der Profite auf einem sehr niedrigen Niveau. Der Kapitalbestand geht aber zurück, wenn die Bruttoinvestition kleiner als der Verschleiß ist. Das Verhältnis der Profite zum Kapitalbestand beginnt infolgedessen zu steigen, und die steigende Profitrate wirkt sich positiv auf die Investition aus. Die Wirtschaft kommt aus der Krise heraus und geht durch die Belebung und Hochkonjunktur in die nächste Krise hinein.²³

In der Kaleckischen Theorie haben wir also mit den zyklischen Schwan-

kungen der Investition und der Profitrate zu tun, wobei der sinkenden Profitrate eine relevante Rolle — und zwar am Gipfel der Konjunktur — zukommt.

11. Die hier angedeutete Theorie der wirtschaftlichen Dynamik geht von den jeweils realisierbaren Profiten, die ihrerseits durch die Ausgaben der Kapitalisten bestimmt sind, aus. Sie kann nicht nur zur Erklärung der zyklischen Schwankungen, sondern auch zur Untersuchung der langfristigen Entwicklung angewendet werden.²⁴ Man muß lediglich annehmen, daß Innovationen aller Art (technische Neuerungen, neue Absatzmärkte und so weiter) für die Kapitalisten einen Anreiz schaffen, der für die langfristige Entwicklung der Investition sorgt.

Stellen wir uns vor, daß die langfristige Wachstumsrate der Investition konstant ist und zum Beispiel 5 Prozent jährlich beträgt. Stellen wir uns auch vor, daß der Konsum der Kapitalisten um 5 Prozent jährlich wächst. Dann steigen auch die Profite um 5 Prozent pro annum. Wenn dieser Prozeß eine längere Zeit andauert, steigt auch der Kapitalbestand um 5 Prozent jährlich, und das bedeutet, daß das Verhältnis Investition zum Kapital 5 Prozent ausmacht. Wenn der Konsum der Kapitalisten zum Beispiel $\frac{2}{5}$ ihrer Investition ausmacht, beträgt die langfristige Profitrate 7 Prozent ($0,05 + \frac{2}{5} \times 0,05 = 0,07$).

Nehmen wir jetzt zusätzlich an, daß einerseits die Lohnquote, andererseits der Kapitalkoeffizient konstant sind. Die Konstanz der Lohnquote bedeutet, daß das gesamte Volkseinkommen pari passu mit den Profiten um 5 Prozent pro Jahr wächst. Die Konstanz des Kapitalkoeffizienten bedeutet, daß auch die Kapazitäten pari passu mit dem Kapital um 5 Prozent jährlich wachsen. Unter diesen Bedingungen bleibt auch der Auslastungsgrad der Kapazitäten konstant.

Das sind Merkmale einer gleichmäßig expandierenden Wirtschaft, die sich oft aus der modernen, neoklassischen Wachstumstheorie ergeben. Hier basiert jedoch der ganze Prozeß auf der Wachstumsrate der Investition, die durch die Entwicklungsfaktoren bestimmt wird. Je niedriger die Wachstumsrate der Investition, desto niedriger ceteris paribus die Profitrate. Wenn zum Beispiel die langfristige Wachstumsrate der Investition 4 Prozent anstatt 5 Prozent jährlich ausmacht, beträgt die langfristige Profitrate ceteris paribus 5,6 Prozent ($0,04 + \frac{2}{5} \times 0,04 = 0,056$) anstatt 7 Prozent.

12. Was geschieht jetzt bei gegebener Intensität der Entwicklungsfaktoren mit der Profitrate, wenn die Lohnquote sinkt (das heißt, die Mehrwertrate steigt) beziehungsweise der Kapitalkoeffizient steigt? — Die Profitrate bleibt unverändert, weil sie bei unseren Annahmen ausschließlich von der Wachstumsrate der Investition, die ihrerseits nur von den Entwicklungsfaktoren bestimmt ist, abhängt. Es kommt dagegen zu Änderungen in der Wachstumsrate des Volkseinkommens beziehungsweise der Kapazitäten.

Beginnen wir mit der Senkung der Lohnquote. Der Konsum der Arbeiter und infolgedessen auch das gesamte Volkseinkommen wachsen nun

langsamer als der Profit und der Kapitalbestand. Bei einem konstanten Kapitalkoeffizienten wächst das Volkseinkommen langsamer als die Kapazitäten. Der Auslastungsgrad der Kapazitäten geht daher zurück. Die Senkung der Lohnquote schadet also den Arbeitern, weil ihr Konsum langsamer wächst, nützt jedoch den Kapitalisten nicht.²⁵

Wenden wir uns nun dem steigenden Kapitalkoeffizienten zu. Die einzige direkte Auswirkung besteht in der Verlangsamung des Wachstums der Kapazitäten verglichen mit dem Wachstum des Kapitalbestandes und des Volkseinkommens. Es kommt daher zur konstanten Erhöhung des Auslastungsgrades der Kapazitäten. Dieser Zustand wird langfristig zu Inflationsspannungen führen, weil der output dauernd nicht schneller als die Kapazität wachsen kann.²⁶

13. Es ist interessant, daß aus der Sicht der hier dargestellten Theorie sowohl die Senkung der Lohnquote als auch die Erhöhung des Kapitalkoeffizienten keinen Einfluß auf die Profitrate ausüben. Beide Faktoren wirken sich jedoch in den Änderungen des Auslastungsgrades der Kapazitäten aus. Ein gleichmäßiges Wachstum bei andauernder Senkung beziehungsweise Erhöhung des Auslastungsgrades der Kapazitäten ist undenkbar, es entspricht auch kaum unserer Erfahrung. Stellen wir uns daher vor, daß die Lohnquote nach einer Senkungsperiode sich auf einem niedrigeren Niveau stabilisiert; analog nehmen wir an, daß sich der Kapitalkoeffizient nach einer Steigerungsperiode auf einem höheren Niveau stabilisiert. Wir vergleichen nun das gleichmäßige Wachstum am Anfang (das wir als Land A bezeichnen) mit dem gleichmäßigen Wachstum am Ende (das wir als Land B bezeichnen).

Wir beginnen mit dem Problem der Lohnquoten q_A und q_B , wobei sich die tiefgesetzten A und B auf das respektive Land beziehen. Es gilt: $q_A, q_B = \text{konst.}$ und $q_B < q_A$, das heißt, im Lande B ist die Lohnquote niedriger. Wenn die Wachstumsrate der Investition einerseits und die Kapitalkoeffizienten andererseits in beiden Ländern konstant und gleich sind, ist auch die Profitrate konstant und gleich. Der Auslastungsgrad der Kapazität ist in beiden Ländern konstant, aber im Lande B wegen der niedrigeren Lohnquote niedriger als im Lande A. Auch die Lohnsätze sind ceteris paribus im Lande B niedriger als im Lande A, obwohl deren Wachstum in beiden Ländern gleich ist.

Nehmen wir jetzt an, daß die Kapitalkoeffizienten in beiden Ländern durch k_A beziehungsweise k_B bezeichnet sind und daß gilt: $k_A, k_B = \text{konst.}$ und $k_B > k_A$. Wenn die Wachstumsraten der Investition einerseits und die Lohnquoten andererseits in beiden Ländern konstant und gleich sind, ist wieder auch die Profitrate konstant und gleich.²⁷ Der Auslastungsgrad der Kapazitäten ist in beiden Ländern konstant, aber im Lande B infolge des höheren Kapitalkoeffizienten höher. Wir kommen daher zu denselben Ergebnissen wie vorher.

14. Die dargestellten Zusammenhänge knüpfen an die Theorie von Kalecki und die moderne Theorie der effektiven Nachfrage an. Wie schon erwähnt, ist das Realisationsproblem bei Marx durchaus präsent und bildet einen festen Bestandteil seiner Theorie. In bezug auf das sogenannte Say'sche Gesetz lesen wir: »Nichts kann alberner sein als das Dogma, die

Warenzirkulation bedinge ein notwendiges Gleichgewicht der Verkäufe und Käufe, weil jeder Verkauf, Kauf und vice versa . . . Keiner kann verkaufen, ohne daß ein anderer kauft. Aber keiner braucht unmittelbar zu kaufen, weil er selbst verkauft hat . . . Geht die äußerliche Verselbständigung der innerlich Unselbständigen, weil einander Ergänzenden, bis zu einem gewissen Punkt fort, so macht sich die Einheit gewaltsam geltend durch eine Krise.«²⁸

Es ist bemerkenswert, daß bei Marx der Produktions- und Nachfrageansatz eng verflochten sind. So finden sich die interessantesten Aussagen betreffend das Realisationsproblem inmitten der Überlegungen, die dem Gesetz des t.F.d.P. gewidmet sind. In einer vielzitierten Stelle aus dem Kapitel 15, »Entfaltung der Inneren Widersprüche des Gesetzes«, heißt es: » . . . der kapitalistische Produktionsprozeß besteht wesentlich in der Produktion von Mehrwert . . . Aber mit dieser Produktion des Mehrwerts ist nur der erste Akt . . . , der unmittelbare Produktionsprozeß beendet . . . Nun kommt der zweite Akt des Prozesses. Die gesamte Warenmasse . . . muß verkauft werden. Geschieht das nicht, oder nur zum Teil . . . so ist der Arbeiter zwar exploitiert, aber seine Exploitation realisiert sich nicht als solche für den Kapitalisten . . . Die Bedingungen der unmittelbaren Exploitation und die ihrer Realisation sind nicht identisch. Sie fallen nicht nur nach Zeit und Ort, sondern auch begrifflich auseinander. Die einen sind nur beschränkt durch die Produktionskraft der Gesellschaft, die anderen durch die Proportionalität der verschiedenen Produktionszweige und durch die Konsumtionskraft der Gesellschaft . . . Diese letztere . . . ist ferner beschränkt durch den Akkumulationstrieb . . . Dies ist Gesetz für die kapitalistische Produktion, gegeben durch . . . die Notwendigkeit, die Produktion zu verbessern und ihre Stufenleiter auszudehnen, bloß als Erhaltungsmittel und bei Strafe des Untergangs. Der Markt muß daher beständig ausgedehnt werden . . . «²⁹

Die zitierte Aussage klingt dem heutigen Leser durchaus vertraut. Viele Merkmale der Marxschen Theorie, wie die Berücksichtigung von großen Aggregaten, die Modellanalyse, die Reproduktionsschemata, wie auch die Fragen, mit denen er sich beschäftigte — Arbeitslosigkeit, technischer Fortschritt, Krisen, Konzentration des Kapitals —, stehen noch heute im Zentrum des Interesses der Wirtschaftstheorie. Natürlich hat Marx wie jeder Gelehrte auch Fehler begangen und Wege eingeschlagen, die sich als Sackgassen erwiesen. Schließlich folgt aus dem Marxschen Konzept der politischen Ökonomie, daß es keine Gesetze und Regelmäßigkeiten gibt, die für alle Zeiten und Bedingungen gültig sind.

Es ist bedauernswert, daß Autoren, die sich zu Marx bekennen, mit besonderer Hartnäckigkeit solche zweifelhafte Hypothesen wie das Gesetz des t.F.d.P. verteidigen und sich jedweder Kritik heftig widersetzen, anstatt den Versuch zu wagen, die Marxsche Methode zur Lösung der heute relevanten Fragen anzuwenden.

ANHANG

Technische Neuerungen, Produktionskosten und Profitrate nach Okishio

bei die Sektoren 1 und 2 Stahl beziehungsweise Weizen erzeugen. Um eine Einheit Stahl zu erzeugen, braucht man $\frac{1}{2}$ Einheit Stahl und 10 Einheiten direkte Arbeit. Um eine Einheit Weizen zu erzeugen, braucht man $\frac{1}{4}$ Einheit Stahl und 15 Einheiten direkte Arbeit. Wir nehmen auch an, daß der Nominallohnsatz gleich einer Geldeinheit und der Reallohnsatz gleich $\frac{1}{45}$ Einheit Weizen sind. Die Preise einer Einheit Stahl und Weizen, ausgedrückt in Geldeinheiten, sind p_1 und p_2 . Sie sind gleich den jeweiligen Produktionskosten plus durchschnittlicher Profitrate, berechnet mit der Profitrate r .³⁰

$$(5) \quad p_1 = \left(\frac{1}{2} p_1 + 10 \right) (1 + r)$$

$$(6) \quad p_2 = \left(\frac{1}{4} p_1 + 15 \right) (1 + r)$$

und

$$(7) \quad p_2 = 45$$

(5) bedeutet zum Beispiel, daß die Produktionskosten (Ausdruck in den Klammern) aus Materialkosten $(\frac{1}{2})p_1$ und Arbeitskosten $10 \times 1 = 10$ bestehen. Der Preis einer Einheit Weizen ergibt sich aus den Produktionskosten und einem Aufschlag von $(\frac{1}{2}p_1 + 10)r$. Ähnlich ist (6) zu interpretieren. (7) ergibt sich aus den Annahmen im Bereiche der Löhne. Der Preis einer Einheit Weizen muß 45 Geldeinheiten ausmachen, weil man für eine Geldeinheit (den Lohnsatz) nur $\frac{1}{45}$ Einheit Weizen kaufen kann.

Durch Einsetzen von (7) in (6) bekommen wir

$$(5) \quad p_1 = \left(\frac{1}{2} p_1 + 10 \right) (1 + r)$$

$$(6') \quad 45 = \left(\frac{1}{4} p_1 + 15 \right) (1 + r)$$

Wir nehmen an, daß die Wirtschaft nur aus zwei Sektoren besteht, wo-

Dividiert man (5) durch (6'), ergibt sich:

$$\frac{p_1}{45} = \frac{\frac{1}{2}p_1 + 10}{\frac{1}{4}p_1 + 15}$$

$$\frac{1}{4}p_1^2 + 15p_1 = \frac{45}{2}p_1 + 450$$

$$\frac{1}{4}p_1^2 - \frac{15}{2}p_1 - 450 = 0$$

$$p_1^2 - 30p_1 - 1800 = 0$$

Daraus ergibt sich der Preis (die negative Wurzel kann ausgeschlossen werden)

$$p_1 = \frac{30 + \sqrt{900 + 7200}}{2} = \frac{30 + \sqrt{8100}}{2} = 60$$

und aus (6') die durchschnittliche Profitrate

$$1 + r = \frac{45}{\frac{1}{4} \times 60 + 15} = \frac{45}{30} = 1,5$$

und $r = 0,5$ oder 50 %.

Nun wird ein neues Verfahren in der Weizenerzeugung erfunden, und zwar kann man 1 Einheit Weizen nunmehr mit $\frac{1}{3}$ Einheit Stahl und $\frac{35}{24}$ Einheiten direkte Arbeit erzeugen. Dieses neue Verfahren erhöht sowohl die Arbeitsproduktivität als auch den Kapitalkoeffizienten. Entscheidend ist jedoch, daß bei den herrschenden Preisen und Löhnen das neue Produktionsverfahren die Produktionskosten senkt (von $\frac{1}{4} \times 60 + 15 = 30$ auf $\frac{1}{3} \times 60 + \frac{35}{24} = 21\frac{11}{24}$).

Deshalb kann diese Neuerung angewandt werden. Ist das der Fall, bildet sich ein neues Preissystem. Die Preise — unter der Annahme unveränderter Nominal- und Reallohnsätze — sind jetzt

$$(5) \quad p_1 = \left(\frac{1}{2}p_1 + 10\right) (1 + r)$$

$$(8) \quad 45 = \left(\frac{1}{3}p_1 + \frac{35}{24}\right) (1 + r)$$

Die Lösung ergibt $p_1 = 80$, $p_2 = 45$ und $r = 0,6$, das heißt, die durchschnittliche Profitrate ist auf 60 Prozent gestiegen.³¹

ANMERKUNGEN

- 1 Eduard März, *Einige unorthodoxe Bemerkungen zum Gesetz vom tendenziellen Fall der Profitrate*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Heft 3 1975; Werner Lang, Manfred G. Schmidt, *Thesen zur Kritik der Profitratentheorie bei März und Sweezy*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Heft 1, 1976.
- 2 Karl Marx, *Das Kapital*, Band III, Teil 1, Zürich 1933, S. 275 f.
- 3 Vgl. Paul Sweezy, *Die Theorie der ökonomischen Entwicklung*, Frankfurt 1970.
- 4 Ebenda, S. 128.
- 5 E. März, a. a. O., S. 38—40.
- 6 Vgl. Paul M. Sweezy, *Some Problems in the Theory of Capital Accumulation*, in: *Sozialismus, Geschichte und Wirtschaft*, Festschrift für Eduard März, Wien 1973, S. 75 f.
- 7 Werner Lang, Manfred G. Schmidt, a. a. O., S. 100.
- 8 Der Hinweis »eigene Berechnungen« ohne Angaben der Quellen und der Methoden macht es unmöglich, zu den Ergebnissen Stellung zu beziehen.
- 9 Vgl. J. Steindl, *Maturity and Stagnation in American Capitalism*, Basil Blackwell, Oxford 1952, S. 240—243. Es scheint jedoch, daß unabhängig von Steindl schon in den dreißiger Jahren in Japan dieselbe Argumentation vorgetragen wurde: vgl. Nobuo Okishio, *Technische Veränderungen und Profitrate*, in: H. G. Nutzinger, E. Wolfstetter (Hrsg.), *Die Marxsche Theorie und ihre Kritik*, Teil II, Frankfurt 1974, S. 178, Fußnote 1.
- 10 Eine der bedeutendsten Publikationen der letzten Jahrzehnte ist das Buch von Piero Sraffa, *Production of Commodities by Means of Commodities*, Cambridge 1960. Sraffa weist darauf hin, daß er sein Konzept der maximalen Profitrate (R), die bei einem Lohnsatz gleich Null zustande kommt, der zitierten Marxschen Aussage verdankt.
- 11 Vgl. Nobuo Okishio, a. a. O., S. 178.
- 12 Vgl. Heinz Holländer, *Das Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, in: »Mehrwert«, Nr. 6, Berlin 1974.
- 13 K. Marx, a. a. O., Band II, S. 643 f.
- 14 Vgl. H. Holländer, a. a. O., S. 111—114. Zu diesem Thema vgl. auch: Hans-Werner Sinn, *Das Marxsche Gesetz des tendenziellen Falls der Profitrate*, in: »Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft«, Nr. 131/3, Jahrgang 1975, S. 649—653.
- 15 Simon Kuznets, *Economic Growth of Nations*, Cambridge, Massachusetts 1971, S. 66 f.
- 16 Simon Kuznets, *Modern Economic Growth*, Yale University Press 1966, S. 76.
- 17 Ebenda S. 76.
- 18 Josef Steindl untersuchte in der schon zitierten Studie die Kapitalakkumulation in den USA in den Jahren 1869—1939. Er kam zum Schluß, daß das Verhältnis »... of net capital to net product shows surprisingly little tendency to change over the whole of the period covered. This should be directly relevant to the theory of the declining rate of profit of Marx, which for the modern period at least is not supported by these figures.« (a. a. O., S. 191.)
- 19 L. v. Bortkiewicz, *Wertrechnung und Preisrechnung im Marxschen System*, in: »Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik«, September 1907.
- 20 Ebenda S. 180 ff.
- 21 J. Steindl, a. a. O., S. 242, und derselbe Verfasser: *Big and Small Business. Economic Problems of the Size of Firms*, Basil Blackwell, Oxford 1945, Kapitel III.
- 22 Vgl. Michal Kalecki, *Theorie der wirtschaftlichen Dynamik*, Europaverlag, Wien 1966, S. 47—52.
- 23 Vgl. M. Kalecki, a. a. O., *Der automatische Konjunkturzyklus*, S. 146—149. Vgl. auch Joan Robinsun, *An Essay on Marxian Economics*, London 1957, S. 40.
- 24 Unter langfristiger Entwicklung verstehen wir hier den Trend, der sich aus den zyklischen Schwankungen ergibt.
- 25 Wenn der Auslastungsgrad der Kapazitäten einen Einfluß auf die kurzfristigen Investitionsentscheidungen der Kapitalisten ausübt, wird es zur Verlangsamung

der Wachstumsrate der Investition und infolgedessen sogar zur Senkung der Profitrate kommen. Dieses letzte Resultat wird jedoch ausbleiben, wenn der Auslastungsgrad keinen Einfluß auf die Investitionsentscheidungen besitzt.

- 26 Ob es infolgedessen zu einer Beschleunigung der Wachstumsrate der Investition und zur Erhöhung der Profitrate kommen wird, hängt wieder davon ab, ob der Auslastungsgrad der Kapazitäten als Argument der kurzfristigen Investitionsentscheidungsfunktion betrachtet wird.
- 27 Die Annahme, daß die Wachstumsrate der Investition und des Volkseinkommens in beiden Ländern trotz der unterschiedlichen Kapitalkoeffizienten identisch ist, setzt implizite einen neutralen, technischen Fortschritt im Sinne von Harrod-Kalecki voraus. In diesem Falle ist die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität in beiden Ländern identisch und die langfristige Arbeitslosenquote in beiden Ländern konstant. Bei einem nicht-neutralen, technischen Fortschritt wird die letzte Bedingung nicht erfüllt werden und das gleichmäßige Wachstum stören.
- 28 K. Marx, a. a. O., Band I, S. 118.
- 29 K. Marx, a. a. O., Band III, Teil I, S. 271 ff.
- 30 Das Beispiel bezieht sich auf die Preis- und nicht Wert-Welt. Deshalb ist auch die Preis-Profitrate mit r und nicht mit p bezeichnet. Die letztere — die Wert-Profitrate — stimmt im allgemeinen mit der früheren — der Preis-Profitrate — nicht überein. (Eine einfache Erklärung dieser Zusammenhänge findet sich bei K. Laski, *Das Transformationsproblem*, in: E. März, *Einführung in die Marxsche Theorie der wirtschaftlichen Entwicklung*, Europaverlag, Wien 1976, S. 343—352.) Die ganze Problematik der Profitrate bezieht sich natürlich auf die Preis- und nicht auf die Wert-Welt. Eine der Schwächen der Marx-Analyse des Gesetzes des t.F.d.P. besteht übrigens in der Nichtbeachtung dieses Unterschiedes.
- 31 Das neue Verfahren, verglichen mit dem alten, zeigt im Sektor 2 folgende Merkmale auf:

	altes Verfahren	neues Verfahren
Arbeitsproduktivität (Weizeneinheiten pro Einheit der direkten Arbeit)	$\frac{1}{15} = 0,06;$	$\frac{1}{35/24} = 0,69;$
»Kapitalintensität« (Stahleinheiten pro Einheit der direkten Arbeit)	$\frac{1}{4} : 15 = 0,017;$	$\frac{1}{3} : \frac{35}{24} = 0,228;$
»Kapitalkoeffizient« (Stahleinheiten pro Einheit des Weizens)	$\frac{1}{4}$	$\frac{1}{3}$

Die Arbeitsproduktivität steigt auf mehr als das 10fache, die »Kapitalintensität« auf mehr als das 13fache, und daher steigt auch der »Kapitalkoeffizient« auf das 1,3fache, das heißt um 33 Prozent.

Zur Umverteilung durch den öffentlichen Sektor

Hannes Swoboda

Gegenstand dieses Beitrages ist die staatliche Verteilungspolitik. Im ersten Teil sollen generell die Möglichkeiten und Grenzen einer staatlichen Umverteilung eingeschätzt werden. Im zweiten Teil soll dann über die Ergebnisse einiger Untersuchungen berichtet werden, die versucht haben, festzustellen, zu welchen verteilungspolitischen Auswirkungen die staatliche Einnahmen- und/oder Ausgabenpolitik geführt hat. Zuallerletzt sollen dann noch einige Konsequenzen sowohl aus den allgemeinen Überlegungen als auch aus den empirischen Untersuchungen gezogen werden.

I. Möglichkeiten und Grenzen der staatlichen Umverteilung

Eine grundsätzliche Einschätzung der staatlichen Verteilungspolitik soll anhand folgender Fragestellung versucht werden:

Was wird verteilt?

Will der Staat überhaupt umverteilen?

Kann der Staat umverteilen?

Wie kann der Staat umverteilen?

● Wenn Nationalökonomien von Verteilung sprechen, so meinen sie meistens die Verteilung von Geldeinkommen. Man muß sich aber im klaren sein, daß gerade im Zusammenhang mit der staatlichen Tätigkeit durch die Analyse der Geldströme nur ein Teil der verteilungsrelevanten Ströme erfaßt wird. Zwar ist das Einkommen oft eine »vernünftige Ersatzgröße, wenn nicht für Glück, so doch für wirtschaftlichen Wohlstand«.¹ In der heutigen verteilungspolitischen Debatte geht es jedoch um mehr. Relevant für die Chance des einzelnen, seine Bedürfnisse im Rahmen des gesellschaftlichen Zusammenhangs zu befriedigen, ist die Möglichkeit, über verschiedene Ressourcen im Laufe seines Lebens verfügen zu können. Zu diesen Ressourcen zählt zwar auch das Einkommen, ebenso aber reale

Leistungen wie Wohnungen, Verkehrsmittel, Zugang zu Ausbildungs- und Arbeitsplätzen, zu Einrichtungen der Sozialen Wohlfahrt und nicht zuletzt — für die verteilungspolitische Diskussion von besonderer Relevanz — der »Zugang« zu einem emotional befriedigenden sowie kulturell und intellektuell anregenden Elternhaus. Diese einzelnen Ressourcen sind dabei auf die vielfältigste Weise miteinander verbunden. So ist einerseits das Einkommen Voraussetzung dafür, eine gute Wohnung zu nutzen, von öffentlichen Verkehrsmitteln unabhängig zu sein und so weiter. Andererseits sind die Ressourcen oft auch von der Angebots- beziehungsweise Produktionsseite miteinander verbunden. So hängt die Erreichbarkeit der Arbeitsplätze von der Verkehrsinfrastruktur ab und so weiter. Wie man sieht, ergeben sich damit kumulierende Effekte in dem Sinn, daß die Verfügung über einen Teil der Ressourcen die Wahrnehmung von Chancen bezüglich anderer Ressourcen fördert oder überhaupt erst möglich macht. Allerdings gilt nicht in allen Fällen der Umkehrschluß, daß eine Umverteilung in einem Bereich (zum Beispiel Einkommen) automatisch eine Umverteilung in anderen Bereichen mit sich bringt. Der Staat muß daher bei der Planung seiner Maßnahmen all diese Verbundeffekte überlegen und demgemäß ein breites Spektrum der zu verteilenden Ressourcen in Betracht ziehen:

»Der Brennpunkt der verteilungspolitischen Auseinandersetzungen, der für die nächsten Jahre zu erwarten ist, wird sicherlich nicht in einem offenen Kampf über die Verteilung von Geldeinkommen durch Steuern, Transfers und ähnliche politische Instrumente, die ausdrücklich darauf abgestimmt sind, liegen. Es werden sich vielmehr vermehrtes Interesse und auch zunehmende Auseinandersetzungen über die verteilungspolitischen Auswirkungen anderer politischer Maßnahmen entwickeln, die sicher im Zentrum der Diskussion stehen werden: Sozialversicherung, Energiesparen, Umweltschutz und Maßnahmen zur Bekämpfung von Inflation und Rezession.«²

● Die zweite Frage bezieht sich darauf, zwischen wem ein Umverteilungsprozeß stattfinden soll, oder — was gleichbedeutend ist — welche Ebenen der Diskriminierung zu berücksichtigen sind. Die Verteilungspolitik hat nun nicht das Wohlbefinden jedes einzelnen Staatsbürgers zum Gegenstand, sondern orientiert sich an Gruppen, die auf Grund verschiedener Merkmale unterschieden werden können. Diese Merkmale beziehen sich im wesentlichen auf das Einkommen, auf das Alter, auf das Geschlecht und auf die regionalen Unterschiede. Auch hier ergeben sich verschiedene Verbundsituationen. So korreliert das Einkommen sowohl mit dem Alter (zuerst positiv, dann negativ), mit dem Geschlecht und der regionalen Verteilung und so weiter. Als Konsequenz für die staatliche Verteilungspolitik ergibt sich — analog zur ersten Fragestellung —, daß ein möglichst breites Spektrum von Merkmaldifferenzierungen, die ja Diskriminierungen darstellen, zu berücksichtigen ist.

● Haben wir nun anhand der beiden ersten Fragestellungen dargestellt, daß wir bei unserer Analyse von einem sehr weitgehenden Verteilungsbegriff ausgehen wollen, so ist jetzt die Grundfrage zu klären, ob es überhaupt Absicht des Staates ist, »Umverteilungspolitik« zu betreiben?

Allerdings ist eine solche Frage kaum eindeutig zu beantworten. Weder ist sie vom Ergebnis her zu erklären (der Staat kann ja wollen, aber er ist unfähig, entsprechende Ergebnisse zu erzielen) noch von deklarierten Absichten her (die Deklarationen können bloß der Propaganda dienen). Nur eine Analyse der verschiedenen Planungs- und Entscheidungsprozesse könnte hier eine Antwort darauf geben, inwieweit explizit verteilungspolitische Zielsetzungen verfolgt werden (implizit ergeben sich natürlich immer verteilungspolitische Konsequenzen).

Eine solche Analyse der verschiedenen kapitalistischen Staaten — die hier nicht geleistet werden kann — würde aber, so glaube ich, die folgende These, die hier vertreten werden soll, unterstützen.

Kaum eine Regierung — mit Ausnahme vielleicht von Schweden — hat, gemessen an unserem umfassenden Verteilungsbegriff, die Umverteilung als solches zum zentralen Gegenstand ihrer Politik gemacht. Im allgemeinen hatte die Wirtschafts- und Sozialpolitik das Ziel, das Zurückbleiben von Gruppen gegenüber der allgemeinen Wohlstandssteigerung zu verhindern. Umverteilungsprozesse wurden nur bezüglich einzelner Gruppen beziehungsweise Ressourcen und meist ohne auf die einzelnen Zusammenhänge Rücksicht zu nehmen, in Gang gesetzt. Das mangelnde Interesse der öffentlichen Hand zeigte sich vor allem auch aus dem Desinteresse an brauchbaren Untersuchungen über die verteilungspolitischen Konsequenzen öffentlicher Tätigkeit. Erst in jüngster Zeit ist die Nachfrage nach solchen Untersuchungen — nicht zuletzt auf Grund einer Initiative der OECD — gestiegen.

Für Österreich sei nur darauf verwiesen, daß zum Beispiel im vom Finanzministerium eingebrachten Entwurf des Bundeshaushaltsgesetzes zwar auf die Zielsetzungen der Vollbeschäftigung, der Stabilität und eines außenwirtschaftlichen Gleichgewichts verwiesen wird, aber von einer gerechten Einkommensverteilung beziehungsweise einer Umverteilung nicht die Rede ist.³

Warum nun der Staat die Umverteilung nicht zu einem zentralen Ziel seiner politischen Entscheidungen gemacht hat, dafür gibt es sicher verschiedene Ursachen. Eine davon ist die, daß wesentliche Gruppen beziehungsweise Klassen durch eine konsequent betriebene Umverteilungspolitik nur verlieren könnten. Verlieren könnten aber nur die, die einen vermehrten Zugang zu für das Funktionieren der Gesellschaft notwendigen Ressourcen haben. Da aber eine Umverteilung in komplexen Systemen nur in (kleinen oder großen) Schritten und nicht auf einmal erfolgen kann, haben jene Gruppen Zeit und Möglichkeit genug, radikalere Umverteilungen zu hintertreiben. Aber dazu kommt es ja meistens gar nicht. Das Wissen um diese Möglichkeiten verhindert schon viele Versuche, wahrscheinlich auch Versuche, die Aussicht auf Erfolg hätten.

● Damit sind wir aber bereits bei der Frage, ob der Staat überhaupt Umverteilungspolitik betreiben kann?

In diesem Zusammenhang bedarf die Stellung des Staates im kapitalistischen Wirtschafts- und Gesellschaftssystem einer näheren Beleuchtung. Die diesbezüglichen theoretischen Analysen gehen meist von einem von zwei Extremfällen aus. Entweder die öffentliche Hand wird als unabhän-

gige autonome Institution geschildert, die auf Grund der von Wissenschaftlern als möglich angesehenen Ziel-Mittel-Kombinationen unter Abwägung der Vor- und Nachteile frei auswählt, oder der Staat wird als Instrument der herrschenden Klasse angesehen, das mehr oder weniger direkt die Interessen des Kapitals (oder der Monopole und so weiter) durchsetzen hilft. Auch hier könnte nur eine genauere Analyse der einzelnen Planungs- und Entscheidungsprozesse die tatsächliche Rolle des kapitalistischen Staates herauschälen. Selbst wenn man sich aber nicht der traditionell marxistischen Interpretation anschließt, so ist jedoch sicher, daß jene Gruppen und Klassen (und nicht nur die Kapitalisten im engeren Sinn), die über gesellschaftliche Ressourcen in hohem Maße verfügen, den Eingriffsmöglichkeiten des Staates einen engen Rahmen setzen können. Vor allem können sie verhindern, daß der Staat so gestaltend in den Wirtschaftsprozess eingreift, daß die primäre Einkommens- und Güterverteilung den Wünschen und Bedürfnissen breiter Bevölkerungsschichten stärker entspricht. Eine solche Beeinflussung hätte den Vorteil, daß die nachträgliche Korrektur in Richtung einer befriedigenderen sekundären Verteilung weniger Ressourcen (zum Beispiel Staatseinnahmen) in Anspruch nehmen müßte.

Sind auch fast schon siebzig Jahre vergangen, seit die Österreicher J. Schumpeter und R. Goldscheid die »Krise des Steuerstaates« analysiert haben, so gilt doch im Grundsätzlichen ihre Einschätzung noch immer. So meinte Schumpeter über die Möglichkeiten des Staates:

»Überall steht er verhältnismäßig arm an Mitteln den Privatwirtschaften gegenüber — deren Sinn und Triebkraft Dienst für jenes Privatleben ist und die nur dafür produzieren —, angewiesen auf das, was er ihnen entwinden kann.

Hier sind wir bei der Tatsache, die zum führenden Prinzip für die theoretische Erfassung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit des Steuerstaates werden kann: Für sich und die Seinen arbeitet und spart in der bürgerlichen Gesellschaft ein jeder, außerdem höchstens noch für selbstgewählte Ziele. Für die Zwecke der privaten Wirtschaftssubjekte wird produziert, was überhaupt produziert wird. Das Individualinteresse — freilich in sehr weitem Sinne genommen und lange nicht gleichbedeutend mit genußfrohem Individual egoismus — ist die treibende Kraft. In dieser Welt lebt wirtschaftlich der Staat als Parasit. Nur so viel kann er der Privatwirtschaft entziehen, als mit dem Fortwirken dieses Individualinteresses in jeder konkreten sozialpsychischen Situation vereinbar ist.«⁴

Auch bei Goldscheid findet sich eine ähnliche Argumentation, wenn er meint:

»Das auf zu knappe Einkünfte beschränkte Gemeinwesen muß so mit seinen unentbehrlichen Hilfsmaßnahmen hinter den brennendsten Erfordernissen stets weit zurückbleiben, das heißt, es kann alle Übel nur in ihren Wirkungen, nie bereits in ihren Ursachen bekämpfen, was dann naturgemäß wesentlich teurer zu stehen kommt, ja sehr häufig unerschwingliche Mittel beansprucht.«⁵

Zwar sind die Staatsausgaben, seit diese Feststellungen getroffen wurden, sowohl der absoluten Höhe nach als auch anteilmäßig am Brutto-

nationalprodukt gestiegen. An der grundsätzlichen Abhängigkeit der Einnahmen von der privatwirtschaftlich gesteuerten Entwicklung hat sich jedoch nichts Wesentliches geändert.

Wir kommen also zu dem Schluß, daß der Staat umverteilen *kann*, und die empirischen Ergebnisse, auf die wir noch eingehen werden, deuten auch darauf hin. Weil er aber nur in geringem Ausmaß auf die primäre Einkommensverteilung Einfluß nehmen kann und im wesentlichen darauf angewiesen ist *umzuverteilen*, sind die Ergebnisse staatlicher Verteilungspolitik oft so unzureichend. Je mehr nämlich der Staat für seine verteilungspolitischen Zielsetzungen finanzielle Ressourcen in Anspruch nehmen muß, die er nur dadurch bekommt, daß er jenen etwas wegnimmt, die ihr Einkommen für mühevoll und gerecht erworben ansehen, desto mehr muß er mit Widerstand rechnen. Die auch in mittleren Schichten verbreitete Ideologie der Leistungsgesellschaft und der leistungsgerechten Entlohnung läßt nachträgliche Eingriffe des Staates — noch dazu, wenn sie mit dem Ziel der Umverteilung verbunden sind — als ungerecht erscheinen.

● Nachdem wir nun die Frage, ob der Staat umverteilen kann, positiv beantwortet haben, kommen wir zur Frage des Wie. Wir sind bereits auf zwei grundsätzliche Alternativen eingegangen. Einerseits besteht die Möglichkeit, die primäre Einkommensverteilung zu beeinflussen. Es handelt sich dabei insofern um eine Umverteilung, als eine potentielle Verteilung beeinflußt wird. Solche Möglichkeiten der Beeinflussung reichen im Prinzip von der bewußten Gestaltung der Lohn- und Gehaltsstruktur bei den öffentlich Bediensteten bis zur Festsetzung von allgemein verbindlichen Mindest- und Höchstlöhnen. Bezüglich der sekundären Einkommensverteilung werden im allgemeinen die einnahmeseitigen (Steuern und Abgaben) und die ausgabenseitigen (finanzielle und reale Transfers) Interventionsmöglichkeiten unterschieden.

II. Die Ergebnisse empirischer Untersuchungen

In den letzten Jahren konnte man eine sprunghafte Zunahme von empirischen Analysen der staatlichen Umverteilungswirkungen beobachten. Vor allem die Tatsache, daß die primäre Einkommensverteilung nur relativ geringfügigen Schwankungen unterworfen ist, sowohl was den funktionalen als auch den personellen Aspekt betrifft, bedingte eine gewisse Akzentverschiebung der ökonomischen Forschung in Richtung sekundärer Verteilung.

»In einer Welt, in der Veränderungen dauernd zu beobachten sind — in der die Menschen gewöhnt sind an Revolutionen in der Technologie und Massenmedien, an rassische und sexuelle Auflehnung, an das Steigen und Sinken der Geburtenraten, an den Zerfall der Städte und das Hervorschießen von Vorstädten —, ist die Konstanz der Einkommensverteilung besonders beachtenswert.«⁶ Allerdings — so meint A. Rivlin —, man soll sich nicht täuschen lassen, das, was uns die Statistik zeigt, ist nur das Ergebnis verschiedener entgegenwirkender Einflüsse.

»Die verschiedenen Statistiken zeigen deutlich, daß die Einkommensverteilung stärkeren Veränderungen unterworfen ist, als dies die Konstanz

der Verteilung anzeigen würde — ausgleichende und auseinanderstrebende Kräfte heben sich auf...⁷ Aufgabe der ökonomischen Forschung für die Zukunft wäre es nun, diese verschiedenen, gegensätzlichen Faktoren näher zu analysieren, um ein klares Bild über die verteilungspolitische Entwicklung zu bekommen.

Die empirischen Analysen des staatlichen Umverteilungsprozesses sind sehr unterschiedlich breit angelegt. Grundsätzlich kann man folgende Arten unterscheiden:

1. Untersuchungen über das gesamte Einnahmen- und Ausgabenspektrum;

2. Analysen über die einnahmenseitige Umverteilung, also im wesentlichen über die Steuerauswirkungen;

3. Untersuchungen über Einzelbereiche der staatlichen Tätigkeit (Unterricht und Erziehung, Sozialversicherung und so weiter).

Im besonderen müßten von oder im Laufe der einzelnen Untersuchungen folgende konzeptive Entscheidungen getroffen werden:

- Welcher Aspekt der staatlichen Tätigkeit soll untersucht werden?

- Welche Daten sind genug zuverlässig und in ausreichendem Ausmaß vorhanden, um zu halbwegs gesicherten Ergebnissen zu kommen?

- Welche Verteilung soll überhaupt gemessen werden? Die der Einkommen, die regionale oder die altersmäßige Verteilung oder die Verteilung zwischen näher zu bestimmenden sozioökonomischen Gruppen? Die Frage nach dem Verteilungskriterium ist also zu beantworten. Dies ist vor allem dort wichtig, wo zum Beispiel die Einkommens- und die altersmäßige Verteilung miteinander verknüpft sind, wie das im Rahmen der Sozialversicherung der Fall ist.

- Woran wird die Umverteilung gemessen? Da eine am Einkommen gemessene Umverteilung interessiert, ist die Wahl eines adäquaten Einkommenskonzepts notwendig, das der Messung zugrunde gelegt wird.

- Eine wichtige Annahme betrifft auch die Inzidenz der Einnahmen und Ausgaben, also die Frage, wer durch die einzelnen Steuern belastet und durch spezifische Ausgaben begünstigt wird. Zu diesem Zweck sind auch gewisse Überwälzungsannahmen notwendig.

- In diesem Zusammenhang ist es auch notwendig, zu entscheiden, ob externe beziehungsweise spill-over-Effekte berücksichtigt werden oder unberücksichtigt bleiben.

- Bezüglich der realen Transfers ist noch zu entscheiden, ob man sich mit der Erforschung von Nutzungsmustern beziehungsweise Benutzer-Strukturen zufriedengibt oder versucht wird, den Nutzen (zum Beispiel durch subjektive Bewertung) zu erheben.

Im folgenden sollen also einige der bekanntesten Studien auf diesem Gebiet kurz referiert werden. Dies kann natürlich nur sehr kursorisch geschehen, es soll ja bloß auf einige wichtige Punkte verwiesen werden.

1. Untersuchungen über die Einnahmenseite

Eine der bekanntesten Studien über die Verteilungsauswirkungen des Steuersystems ist die Untersuchung »Who Bears the tax Burden« von J. Pechman und B. Okner.⁸ Es handelt sich dabei um eine Analyse des amerikanischen Steuersystems aus dem Jahre 1966. Die Studie wurde

anhand einer Stichprobe von 72.000 Familien durchgeführt. Um ein adäquates Einkommenskonzept zu wählen, wurde das Gesamteinkommen vor Abzug der indirekten und direkten Steuern gewählt. Was die Inzidenzannahmen betrifft, so wurden grundsätzlich 3 verschiedene Varianten (mit Subvarianten) gerechnet. All diesen Varianten sind aber zwei Annahmen gemeinsam: die Lohn- und Einkommensteuer wird nicht überwälzt, der Steuerzahler ist also auch der Steuerträger, und die Umsatzsteuern werden von den Konsumenten im Verhältnis zu ihrem Verbrauch getragen. Die Variante 1 geht von einem fixen Angebot an Arbeit und Kapital, von einer vollkommenen Konkurrenz, Preisflexibilität und vollkommener Faktormobilität aus. Die Sozialversicherungsabgaben der Unternehmer und Arbeitnehmer werden von dem Beschäftigten im Verhältnis zu ihrem versteuerten Einkommen getragen. Die Körperschaftssteuer und die Besitzsteuern werden im Verhältnis zum gesamten Besitzeinkommen der Haushalte verteilt.

In der Variante 2 wird die Körperschaftssteuer gemäß den Dividendenzahlungen an die Aktienbesitzer verteilt und die einzelnen Besitz- und Vermögenssteuern je nach den erzielten Besitzeinkommen verteilt.

Die Subvarianten der Variante 3 stellen gewisse Mischformen von Variante 1 und 2 dar. Pechman und Okner kommen auf Grund ihrer Berechnungen zu folgenden Schlußfolgerungen:

- Die *Lohn- und Einkommensteuer* ist fast über dem gesamten Einkommensbereich progressiv, nur an der Spitze wird sie regressiv.

- Die *indirekten Steuern* wirken eindeutig regressiv, das heißt, niedere Einkommen werden etwa mit 9 Prozent, die höchsten Einkommen etwa mit 1 Prozent belastet.

- Die *Sozialversicherungsabgaben* sind bis zu einem gewissen Betrag progressiv, dann eindeutig regressiv.

- Von der Verteilung der *Körperschafts- und Vermögensteuer* hängt der Grad der Progressivität des Steuersystems ab. Die progressivste Variante ergibt sich, wenn diese Steuern nach dem Besitzeinkommen der Haushalte verteilt werden. Die am wenigsten progressive Variante ergibt sich, wenn sie zum Teil als vom Konsumenten getragen gelten. Insgesamt zeigen sich jedoch nur geringe Unterschiede zwischen diesen beiden Varianten. So kommen Pechman und Okner zu folgender Schlußfolgerung:

»Zusammenfassend kann man sagen, daß das Steuersystem der USA für die Mehrheit der Familien ein im wesentlichen proportionales ist und damit auf die Einkommensverteilung kaum einen Einfluß ausübt. Die sehr Reichen sind mit einer höheren durchschnittlichen Steuerrate belastet als die Durchschnittsfamilie, aber die Differenz ist nur bemerkenswert, falls die Körperschafts- und Vermögensteuern vollständig vom Kapital getragen werden. Wenn sie zu einem nicht unbeträchtlichen Teil von den Konsumenten getragen werden, werden die Reichen nur geringfügig stärker belastet als der Durchschnitt.«⁹

2. Analysen des gesamten Budgets (siehe auch Übersicht im Anhang)

a) Eine der ältesten Untersuchungen über die Gesamtwirkungen des amerikanischen Budgets ist die Analyse von W. J. Gillespie. (Effect of Public Expenditures on the Distribution of Income.)¹⁰

Bezüglich der Einnahmenseite geht Gillespie von ziemlich ähnlichen Annahmen wie Pechman und Okner aus. Was die Ausgaben betrifft, so ist zuerst die grundsätzliche Unterscheidung zwischen Transferzahlungen und Ausgaben für Güter und Leistungen zu treffen. Erstere werden als eine Art negative Steuer behandelt. Ihre Zurechnung macht keine besonderen Schwierigkeiten. Bezüglich jener Ausgaben für Güter und Leistungen, bei denen ein Empfängerkreis im Prinzip eruiert werden kann, sind folgende 3 Schritte notwendig:

- Bestimmung der Gruppe, die aus den Gütern beziehungsweise Leistungen einen Nutzen ziehen;

- die durchschnittlichen Bereitstellungskosten und

- die Aufteilung der Nutznießer auf verschiedene Einkommensklassen.

Bezüglich der übrigen Ausgaben muß dann die Wahl getroffen werden, ob sie gleichmäßig auf alle Familien, ob sie gemäß dem Einkommen, gemäß dem Kapital- oder dem verfügbaren Einkommen zugerechnet werden. Im folgenden soll an einigen Beispielen die Aufteilung, wie sie Gillespie vorgenommen hat, aufgezeigt werden:

Ausgaben für den Straßenbau: Hier werden im Prinzip zwei Nutznießergruppen unterschieden: die Benützer und die Nichtbenützer. Die erste Gruppe umfaßt im wesentlichen Pkw-Fahrer und Lkw-Fahrer. Während der Ausbau einer Straße unmittelbar dem Pkw-Fahrer zugute kommt, gibt es in bezug auf den Lkw-Verkehr noch andere Nutznießer: Unternehmer, Konsumenten. Die zweite Gruppe, die Nichtbenützer, bestehen vor allem aus Grundstücksbesitzern, die vom Ausbau der Straßen Nutzen ziehen (vollständigerweise müßte man aber auch die negativen Kosten, die für manche Anrainer, vor allem wenn sie keine Autofahrer sind, berücksichtigen).

Erziehungsausgaben: Hier teilt Gillespie die Ausgaben auf drei Gruppen von Schülern beziehungsweise Studenten auf, je nach der absolvierten Ausbildungsstufe.

Ausgaben für Gesundheit und Wohnen: Die Gesundheitsausgaben werden gleichmäßig auf alle Familien aufgeteilt, die Wohnungsausgaben für die Niedrigeinkommensbezieher unmittelbar auf die Bezieher dieser Ausgaben.

Die »allgemeinen« Ausgaben wurden in den oben erwähnten vier verschiedenen Varianten zugerechnet.

Nimmt man eine Zurechnung dieser Ausgaben proportional zum Einkommen vor (Gillespies Hauptvariante), dann kommt man zu folgendem Gesamtergebnis:

- Die Budgetinzidenz bezüglich aller Einnahmen und Ausgaben ist im wesentlichen regressiv mit einem proportionalen Bereich in den mittleren Einkommen. Während bezüglich der mittleren Einkommen keine Umverteilung stattfindet, ergeben sich bei den hohen Einkommen Verluste und bei den niederen Einkommen Gewinne. »Man kann also sagen, erstens, die mittleren Einkommen tragen die Kosten für die Bereitstellung von Gütern und Leistungen durch den Staat selbst; zweitens, eine Umverteilung erfolgt nur von den hohen Einkommen zu den niederen, nicht hinsichtlich der mittleren Einkommen.«¹¹

b) Eine Studie der amerikanischen Tax Foundation für die Jahre 1961 und 1965 kommt zu ähnlicher Auffassung wie Gillespies Untersuchung aus 1960.¹² Die Inzidenz der Steuereinnahmen ist im wesentlichen durch Proportionalität gekennzeichnet, die Ausgaben bewirken eine gewisse Umverteilung. Allerdings sind auf Grund der Studie der Tax Foundation die Umverteilungswirkungen bedeutsamer als auf Grund der Studie von Gillespie. Dies dürfte vor allem damit zusammenhängen, daß hier die Hälfte der allgemeinen Staatsausgaben im Verhältnis zur Anzahl der Familien in jeder Einkommensgruppe zugerechnet wurde und nur die andere Hälfte gemäß dem Einkommen.

c) Musgrave und andere haben in einer Art Nachfolgeuntersuchung die Verteilungswirkungen des amerikanischen Budgets für 1968 berechnet.¹³ Sie kommen zu den gleichen Schlußfolgerungen wie die Tax Foundation (und Gillespie), verweisen aber eingehend auf die Grenzen der Aussagefähigkeit der Inzidenzstudien. Besonders gilt dies für die Staatsausgaben. Geschätzt wird ja nicht der tatsächliche Nutzen der Ausgaben, sondern es werden nur die Kosten der staatlichen Leistung dem Leistungsempfänger zugerechnet. Den Unterschied demonstrieren Musgrave und andere am Beispiel der Bildung: »In dem Ausmaß, in dem der Ertrag der Bildung bei geringen Einkommen geringer ist als bei höheren, überschätzt dieses Verfahren den Nutzen für die Niedrigeinkommenshaushalte.«¹⁴ Eine mögliche Fehleinschätzung ergibt sich also aus der Nichtberücksichtigung von externen Effekten. Auch deren Verteilungsmuster müßte eruiert werden.

Die Autoren verweisen jedoch noch auf eine zweite Überschätzung der Umverteilungswirkung. Die Berücksichtigung der Sozialversicherungseinnahmen und -ausgaben in Studien, die sich auf einen Zeitraum von einem Jahr beziehen, führt zu allzu positiven Schätzungen für die Armen. Viel von dem, was hier als Umverteilung von reich zu arm interpretiert wird, ist »nur« eine altersmäßige Umverteilung von jung zu alt.

d) Die neueste Untersuchung über das amerikanische Budget stammt von M. Reynolds und E. Smolensky: »The Post Fisc Distribution: 1961 und 1970 compared.«¹⁵ Den beiden Autoren geht es vor allem um einen Vergleich der beiden Umverteilungswirkungen des Budgets 1961 und 1970. Bezüglich der einzelnen Jahre kommen sie — unter Anwendung ungefähr derselben Inzidenzannahmen — auch zu ähnlichen Ergebnissen wie die Tax Foundation. Bezüglich eines Vergleichs 1961 und 1970 kommen sie hingegen zum Ergebnis, daß trotz Zunahme egalitärer Ausgaben und trotz eines relativen Anstieges der Gesamtausgaben die beiden endgültigen Einkommensverteilungen keine Unterschiede aufweisen. Es konnte allerdings nicht geklärt werden, ob diese Konstanz aus einer Konstanz der primären Einkommensverteilung und der staatlichen Umverteilung oder aus sich gegenläufig bewegendenden Einflüssen ergeben hat. Wobei auch hier wieder 2 Fälle denkbar sind: die primäre Einkommensverteilung ist ungleicher geworden, aber der Staat konnte dies kompensieren, oder die primäre Verteilung ist zwar gleicher, der Umverteilungseffekt des Staates aber geringer geworden. Verschiedene Messungsarten gaben verschiedenen Interpretationen den Vorzug.

e) Für die BRD ist vor allem die Untersuchung von W. Hake von Bedeutung.¹⁶ Hake untersucht dabei eine Reihe von Alternativen, die sich in ihren Inzidenzannahmen unterscheiden. Die einzelnen Ergebnisse sind aber dennoch nicht so verschieden, daß er nicht zu eindeutigen Schlußfolgerungen kommen könnte. Bezüglich der Einnahmen kommt Hake zum Ergebnis, daß die Belastung bis zu den mittleren Einkommen sinkt, dann wieder ansteigt und erst bei den höchsten Einkommen einen höheren Wert als bei den untersten Einkommen erlangt: »Somit muß man die Einkommensumverteilungseffekte des Einnahmensystems der Bundesrepublik im Jahre 1963 als recht begrenzt bezeichnen. Dieses Ergebnis ist die Folge des U-förmigen Inzidenzverlaufs, der in erster Linie durch die Regression der indirekten Steuern zustande kommt.«¹⁷

Auf der Ausgabenseite untersucht Hake die Verteilungswirkungen nach vier Sektoren getrennt: Transferausgaben, Subventionen, reine Kollektivgüter (zum Beispiel Verteidigung, Aufwendungen für öffentliche Sicherheit) und gemischte Kollektivgüter (zum Beispiel Bildungsausgaben, Investitionen für Verkehrswesen). Die Ausgaben der öffentlichen Hand sind insgesamt regressiv, insbesondere natürlich die Transferzahlungen und die gemischten Kollektivgüter. (Regressiv heißt in diesem Zusammenhang, die Armen begünstigend.) Die Umverteilung findet vor allem auf Kosten der beiden höchsten Einkommensgruppen statt. Die Ausgaben sind damit das geeignete Mittel zur Umverteilung der Einkommen.

Zusammenfassend kann gesagt werden, daß vom Budget doch ein merklicher Umverteilungseffekt ausgeht. Während allerdings auf der Einnahmenseite die Umverteilung nur zu Lasten der höchsten von fünf Einkommensgruppen vor sich geht, geht er auf der Ausgabenseite zuungunsten der beiden höchsten Gruppen vor sich und ist überdies deutlich stärker. Der gesamte Einnahmen-Ausgaben-Prozeß erhöht den Anteil am Sekundäreinkommen in der untersten Gruppe mit 75,36 Prozent am stärksten, die oberste Einkommensgruppe verliert an ihren Anteil 16,7 Prozent. Dieses Ergebnis wird auch durch die Daten über die absolute Redistribution bestärkt. Die 3 untersten Einkommensgruppen sind durch einen positiven Leistungs-Ertragssaldo gekennzeichnet, bei den 2 obersten Gruppen überstiegen die geleisteten Einnahmen die »zugeteilten« Ausgaben.

3. Analyse der Sozialversicherung

Die Probleme der Messung der Verteilungswirkungen der Sozialversicherung sollen hier anhand der Untersuchung von N. Andel¹⁸ erläutert werden:

Da die Beiträge zur gesetzlichen Sozialversicherung vom Bruttoeinkommen abhängen, die Ausgaben aber vom Risiko, das seinerseits durch unterschiedliche Faktoren bestimmt wird, kommt es zu Umverteilungen auf verschiedenen Ebenen.

Diese Faktoren sind vor allem das Alter und das Geschlecht des Versicherten, die Zahl, das Alter und das Geschlecht der mitversicherten Familienangehörigen sowie die Höhe des Bruttoeinkommens des Versicherten. Bezüglich der Leistungen an die Versicherten ergeben sich gemäß der oben beschriebenen unterschiedlichen Risikogruppen folgende Verteilungen:

Alter des Versicherten: »Man sieht, daß bei den Männern durchgehend das Krankheitskostenrisiko mit steigendem Alter wächst. Die Pro-Kopf-Leistungen an die älteste Gruppe betragen 419 Prozent der Pro-Kopf-Leistungen an die jüngste Gruppe. Bei den Frauen wird diese Tendenz überlagert von den im gebärfähigen Alter vorübergehend auftretenden besonderen Kosten im Rahmen der Mutterschaftshilfe. Das erklärt den steilen Anstieg der Leistungen beim Übergang von der Gruppe der unter 16jährigen zur Gruppe der 16- bis unter 25jährigen und wiederum zu den 25- bis unter 35jährigen Versicherten, gefolgt von einem absoluten Rückgang des Ausgaben-niveaus. Die Pro-Kopf-Leistungen an die älteste weibliche Gruppe belaufen sich auf 354 Prozent der entsprechenden Leistungen an die jüngste Gruppe.«¹⁹ (Der unterschiedliche Verlauf der Kostensteigerungen bei den Frauen ergibt sich durch die Häufung der Geburten zwischen dem Alter von 16 und 35 Jahren.)

Geschlecht des Versicherten: »Wenn man die durchschnittlichen Gesamtleistungen je Versicherten betrachtet, sieht man, daß das Ausgaben-niveau (der Risikograd) für Frauen in der jüngsten und in den beiden ältesten Gruppen unter dem der Männer, ansonsten jedoch darüber liegt. Die Relation Pro-Kopf-Leistungen an Frauen zu Pro-Kopf-Leistungen an Männern ist mit 2,61 in der Altersgruppe 25 bis unter 35 Jahre am höchsten; der durchschnittliche Wert über alle Altersgruppen beträgt 1,15.«²⁰

Der Einfluß der Mitversicherten: Der Umverteilungseffekt hängt vom Alter, Geschlecht und der Anzahl der Mitversicherten ab.

Verknüpft man nun die Beitrags- und Leistungsseite, so sieht man folgendes: Mit zunehmendem Alter steigt das Verhältnis von durchschnittlicher Leistung zu durchschnittlichem Beitrag (Leistungen wachsen schneller als Einkommen und noch rascher als Beiträge). Im Verhältnis Leistung zu Beitrag schneiden auch die weiblichen Versicherten günstiger ab als die Männer. Ebenso steigt dieses Verhältnis mit der Anzahl der Mitversicherten.

Wichtig ist noch darauf hinzuweisen, daß eine »lebenszeitbezogene« Sicht der Umverteilungseffekte natürlich ein differenzierteres Ergebnis erbringt, als wenn man nur die Umverteilung zu einem gewissen Zeitpunkt oder einer Periode betrachtet: »Wenn man die Betrachtung auf die gesamte Lebensspanne erweitert, erweist sich vieles, was bei einer auf eine Periode beschränkten Analyse als interpersonelle Umverteilung erscheint, als lediglich intertemporale Umverteilung.«²¹

4. Untersuchungen über den Bildungssektor

Eine besondere Rolle in der verteilungspolitischen Diskussion spielte die Frage, in welchem Ausmaß eine Anhebung und Verbreiterung des Bildungsniveaus zu einem Abbau von Einkommensdifferenzen führen könne. Auch A. Rivlin hebt die Bedeutung, die dieser Frage von Ökonomen (und Soziologen, Psychologen und so weiter) beigemessen wird, hervor. »Es gibt ein Ziel, mit dem sich die Ökonomen und eine Reihe anderer Leute viel mehr anfreunden können, als mit dem Ziel, Einkommen in der Gegenwart umzuverteilen, nämlich das Ziel der Chancengleichheit in bezug auf die zukünftigen Einkommen.«²² Rivlin nennt vor allem zwei gewichtige Gründe für diesen »bias«. Erstens bedeutet diese Strategie eine Ver-

schiebung der Umverteilung in die Zukunft. Niemand verliert an gegenwärtigem Einkommen, nur die Einkommenserwartungen werden verringert. Zweitens, die Herstellung der Chancengleichheit scheint eine Steigerung der Wachstumsrate beziehungsweise des Volkseinkommens mit sich zu bringen. Chancengleichheit bedeutet also eine Belohnung des Besten und zugleich eine optimale Ausnützung der Bildungsreserven.

Wie sich nun das Erziehungs- beziehungsweise Bildungssystem tatsächlich auf die Einkommensverteilung auswirkt, ist nicht unbestritten:

M. Pfaff und G. Fuchs kommen in ihrer Studie zu dem Ergebnis, daß zwar die Qualität und Quantität der Ausbildung das Lebenseinkommen der Menschen eindeutig bestimmen, daß aber »begabte« Kinder aus unteren Einkommensschichten viel weniger Chancen haben, ein höheres Bildungsniveau zu erreichen.²³

Überdies findet, wenn man die erhaltenen Bildungsleistungen und die bezahlten Steuerleistungen miteinander vergleicht, eine Umverteilung von den weniger Ausgebildeten zu den höher Ausgebildeten statt. Pfaff und Fuchs sehen also einen deutlichen Zusammenhang zwischen Ausbildung und Einkommen. Die Ungerechtigkeit entsteht ihrer Meinung jedoch daraus, daß vielen trotz formaler Chancengleichheit der Zugang zu höherer Ausbildung und damit zu höherem Einkommen versperrt ist. Dieselben sind es jedoch, die den anderen ihre höhere Ausbildung finanzieren. B. Okner und A. Rivlin, die die entsprechenden Daten für die USA analysiert haben, erkennen auch keinen durch die Bildung bestimmenden Trend zu mehr Gleichheit.²⁴ Sie argumentieren aber in der Richtung, daß trotz einem deutlichen Anstieg des Bildungsniveaus keine Veränderung der Einkommensverteilung zu bemerken sei, weil andere Auslesemechanismen vorhanden sind, die den Menschen aus den unteren sozialen Schichten trotz höherem Bildungsniveau den Zugang zu den Jobs mit den höheren Einkommen versperren. Insbesondere dann, wenn auf nicht im Schulsystem erlernbare, motivationelle und emotionale Fähigkeiten zurückgegriffen wird, die in den oberen Schichten »mitgegeben« werden.

Nach diesen Urteilen ist man also weder der Gleichheit im Sinne der erhöhten Chancengleichheit bei ungleicher Verteilung noch der Gleichheit im Sinne einer Einkommensnivellierung nähergekommen. »Es ist nun offensichtlich, daß eine Herabsetzung der künstlichen Barrieren und eine Ausdehnung der »gleichmachenden« öffentlichen Ausgaben vor allem für Bildung nur einen geringen Beitrag zur Hebung der Chancengleichheit in bezug auf die Einkommen liefert.«²⁵

Auch Ch. Jenks meint, daß es viel wichtiger sei, die Schulreform ohne einen Seitenblick auf die ökonomischen Zusammenhänge voranzutreiben.²⁶ Die Zustände in einigen Schulen sind schlimm genug, ohne daß die ungewissen Auswirkungen in der Zukunft bei Überlegungen um Reformen in Betracht gezogen werden müßten.

● Die hier angeführten Studien, die bezüglich der Methodik mehr oder weniger repräsentativ sind für Untersuchungen, die auch in anderen Ländern (Kanada, Schweden und so weiter) durchgeführt wurden, beziehen sich nur auf die Einnahmen- und Ausgabentätigkeit des Staates. Darin liegt deren größte Beschränkung. Viele Entscheidungen des Staates resul-

tieren jedoch nicht oder nur unwesentlich in Veränderungen der öffentlichen Einnahmen oder Ausgaben. Auch solche Entscheidungen, seien sie ihrem Ursprung nach wirtschafts-, sozial- oder rechtspolitischer Natur, belasten aber die einzelnen Einkommensschichten unterschiedlich.

Ein Bereich, der bereits durch einige Untersuchungen näher erforscht wurde, ist der umweltpolitische.²⁷ Als erster Schritt muß dabei die räumliche Verteilung der Umweltverschmutzung (generell oder einer gewissen Verschmutzungsquelle) festgestellt werden. Damit wird dann die räumliche Verteilung der Bevölkerung — gegliedert nach Einkommen und so weiter — verglichen. Nach der Feststellung der Belastungen — gegliedert nach sozialen Merkmalen — müssen die Kosten und Nutzen der Umweltschutzmaßnahmen eruiert werden, um letztlich zu einer Verteilung der Nettonutzen beziehungsweise -kosten zu kommen.

Aber auch bestehende gesetzliche Regelungen (beziehungsweise »Nichtregelungen«) könnten auf ihre verteilungspolitischen Konsequenzen untersucht werden. Insbesondere das Zusammenspiel einer bestimmten Rechtssituation und einer spezifischen wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung kann zu deutlichen Umverteilungen führen. Hier soll nur auf die Spekulationsgewinne bei einem freien Bodenmarkt und immer knapper werdendem Boden verwiesen werden. Es wäre sicherlich interessant, Näheres über die Umverteilung von Mietern, Konsumenten und so weiter zu den Grundbesitzern zu erfahren.

● Man sieht also deutlich, daß nicht nur eine Verfeinerung der Methodik der »traditionellen« Verteilungsuntersuchungen notwendig ist. Von zumindest ebensolcher Bedeutung ist es, die verteilungspolitischen Folgen der übrigen staatlichen Tätigkeit — beziehungsweise Absenz — theoretisch in den Griff zu bekommen. Für verteilungspolitisch interessierte Ökonomen gibt es also genug Arbeit.

Aber man muß sich im klaren sein, daß selbst dann über die Verteilung von abgeleiteten »immateriellen« Gütern wie Macht, Zufriedenheit und so weiter noch keine unmittelbaren Aussagen möglich sind. Auch diesbezüglich sollten sich Ökonomen und andere Sozialwissenschaftler bemühen. Letztlich können nur auf Grund einer Analyse aller Ebenen Aussagen über Verteilung und Umverteilung von Lebenslagen gemacht werden.

III. Wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen

1. Die Schwierigkeiten, denen sich der Staat bei seinen Versuchen umzuverteilen gegenüberstellt, resultieren sowohl aus den Interessen jener gesellschaftlichen Gruppen, die dadurch verlieren würden, als auch aus der allgemein verbreiteten Ideologie einer leistungsgerechten Entlohnung. Was Ch. Jenks für die Amerikaner sagt, gilt sicherlich ebenso, wenn auch in abgeschwächter Form, für andere Industriestaaten: »Die Amerikaner haben ein starkes Gefühl, daß, wenn sie einmal eine gewisse Summe Geld verdient haben, dieses Einkommen ihnen gehört, damit sie sie so verwenden können, wie sie es für richtig halten. Sie betrachten Steuern als ein notwendiges Übel und keineswegs als ein Instrument zur Beeinflussung der Einkommensverteilung.«²⁸

Deshalb sollten sich auch die verteilungspolitischen Bemühungen auf die primäre Einkommensverteilung konzentrieren. »Eine Umverteilung der primären Einkommen nimmt von denjenigen, die durch außergewöhnlich viel Glück oder Fähigkeit ausgestattet sind, Einkommen, noch bevor sie eine präzise Vorstellung davon haben, was ihnen gerechterweise »gebührt.«²⁹

- Angesichts der gesellschaftspolitischen Situation in Österreich müßte eine »Umverteilung« der Primäreinkommen sowohl staatlicherseits als auch von seiten der Gewerkschaften ausgehen. Was den Staat betrifft, so könnte dieser einerseits bei der Gehaltspolitik im öffentlichen Sektor im engeren Sinn, anderseits bezüglich der Managergehälter im gesamten verstaatlichten Bereich einen beispielgebenden Einfluß ausüben. Die Gewerkschaften wieder könnten sowohl anläßlich der Kollektivvertragsverhandlungen als auch im Rahmen der betrieblichen Mitbestimmung die hohen, insbesondere die Spitzengehälter stärker einer Diskussion unterziehen. Als erster Schritt könnte im Sinne vermehrter Transparenz die Veröffentlichung der Gehälter verlangt werden.

Auch wenn aus den Diskussionen unmittelbar keine Umverteilung der Primäreinkommen erfolgt, so könnte dennoch die Selbstverständlichkeit, mit der hohe Einkommensunterschiede zur Kenntnis genommen und mit der Eingriffe in ein »gerechtes« Entlohnungssystem abgewehrt werden, ins Wackeln gebracht werden. Damit erhielten auch Umverteilungsbestrebungen eine größere Chance auf Verwirklichung.

2. Die Analysen der Verteilungswirkungen der Staatseinnahmen haben im großen und ganzen eine nur leicht progressive Belastung der Einkommen gezeigt. Umverteilungen haben sich zwischen den Spitzeneinkommen und den untersten Einkommen ergeben. Der mittlere Bereich zeichnet sich durch eine proportionale Belastung aus. Allerdings ist dies ein Ergebnis einer progressiven Belastung durch die Einkommensteuer und einer regressiven Belastung durch die indirekten Steuern. Es ist interessant, daß die Untersuchungen durchführenden Wissenschaftler — zum Unterschied von vielen Politikern — keinen Grund sahen, von den herkömmlichen Inzidenzannahmen abzugehen.

Als Schlußfolgerung ergibt sich nun folgendes:

- Das Verhältnis von indirekten zu direkten Steuern scheint nach wie vor für die verteilungspolitischen Auswirkungen der Staatseinnahmen von Bedeutung.

- Eine progressive Gestaltung der Einkommensteuer muß nicht so sehr von der Tarifgestaltung ausgehen. Durch einen Verzicht von nicht mehr gerechtfertigten Steuerbegünstigungen könnten die theoretischen Steuersätze mit den effektiven Belastungen der mittleren und oberen Einkommen stärker in Einklang gebracht werden.

- Auch bezüglich der indirekten Steuern, insbesondere der Umsatzsteuer, ist die nähere Ausgestaltung von Bedeutung. So kann ein niedriger Steuersatz für die Güter des täglichen Bedarfs die regressiven Wirkung der Umsatzsteuer nicht unbedeutend vermindern.

- In bezug auf die Einnahmenseite der Sozialversicherung sind vor allem zwei Überlegungen anzustellen. Erstens ist die Frage zu stellen, ob

nicht die zunehmenden Staatszuschüsse längerfristig für eine Integration der Sozialversicherungsbeiträge in das allgemeine Steuersystem sprechen; zweitens ist die Beibehaltung einer Höchstbemessungsgrundlage zu diskutieren. So meint auch N. Andel am Schluß seiner Analyse der verteilungspolitischen Auswirkungen des Sozialversicherungssystems, daß es sich »bei Beträgen, die proportional sind — und das nur bis zur Beitragsbemessungsgrenze —, um eine sonst nicht gerade übliche ›Schonung‹ der Bezieher hoher Einkommen« handelt.³⁰

Eine Integration in das allgemeine Steuersystem unter Wegfall der Höchstbemessungsgrundlage für die Belastung, allerdings nicht für die Pensionsberechnung, könnte sicherlich den Umverteilungseffekt bedeutend verstärken. Daß dies nur in einem schrittweisen und längerfristigen Prozeß möglich ist, versteht sich von selbst.

3. Auf der Ausgabenseite soll hier vor allem das Problem der *Finanzierung von Bildungseinrichtungen* kurz diskutiert werden. Wie wir gesehen haben, sind die Umverteilungswirkungen des Bildungssystems überschätzt worden. Wenn man nun davon ausgeht, daß höhere Bildung ein höheres Einkommen garantiert, daß den unteren Schichten der Zugang zu diesem Bildungsniveau nach wie vor — wenn auch in geringerem Ausmaß als früher — viel weniger möglich ist, und wenn man weiters bedenkt, daß es diese Schichten sind, die wesentlich zur Finanzierung der höheren Bildung beitragen, dann ist die Beteiligung der fertigen Akademiker an der Finanzierung der Bildungsausgaben sicher eine Überlegung wert. Die Abschaffung aller Gebühren im Hochschulwesen, verbunden mit einem Stipendiensystem, hat zwar den Studenten aus den unteren Einkommenschichten den Zugang zu den Hochschulen leichter möglich gemacht und so umverteilend zugunsten der ärmeren Studenten gewirkt. Dies hat aber nichts am negativen Umverteilungseffekt von Nicht-Akademikern zu Akademikern geändert. Eine Kreditfinanzierung des Studiums beziehungsweise der Lebenshaltung während der Studienzeit, verbunden mit einer nach dem Einkommen gestaffelten Rückzahlungspflicht, sobald ein gewisses Einkommensniveau erreicht wird, würde hier verteilungspolitisch günstig wirken. Dagegen spricht allerdings, daß zum Unterschied zu einem gut ausgebauten einkommensabhängigen Stipendiensystem Akademiker, die während ihrer Studienzeit von einem Kredit abhängig sind, stärker belastet werden als andere! Dies könnte nur vermieden werden, falls eine allgemeine »Rückzahlungspflicht« installiert würde, unabhängig, ob der Kredit aufgenommen wurde oder nicht. Dies würde dann aber auf eine stärkere Besteuerung von Akademikern hinauslaufen.

● Vielleicht wäre aber folgende Maßnahmenkombination eine Möglichkeit, zwei verteilungspolitische Zielsetzungen zugleich zu verwirklichen: durch ein einkommensabhängiges Stipendienwesen wird der Lebensunterhalt der ärmeren Studenten finanziert; andererseits wird von allen absolvierten Akademikern, deren Einkommen eine gewisse Grenze überschreitet, mittels einer Steuer die Inanspruchnahme der universitären Einrichtungen nachträglich finanziert. Damit würde der negative Umverteilungseffekt von Nichtakademikern zu Akademikern zumindest verringert, andererseits aber eine Diskriminierung der ärmeren Studenten

vermieden werden. Auch das Argument der Akademiker, daß sie bei gleichem Einkommen steuerlich stärker belastet würden als Nichtakademiker, geht ins Leere. Denn die Nichtakademiker haben ja auch keine staatliche Leistung in Anspruch genommen, um höhere Einkommen zu erzielen.

Die durch die Steuer belasteten Akademiker werden nun versuchen, diese zu überwälzen. Je mehr aber die Steuererträge für den Ausbau der Universitäten und des Stipendienwesens verwendet werden, desto stärker wird das Angebot an Akademikern sein. Wenn — was wahrscheinlich ist — die Nachfrage geringfügiger als das Angebot zunimmt, werden die Überwälzungsmöglichkeiten aber zusehends eingeschränkt.

Die größten Probleme, die sich bei finanziellen Belastungen im Bildungssektor stellen, sind die Auswirkungen auf die Bildungsbereitschaft der unteren Einkommenschichten. Man muß sich aber im klaren sein, daß höhere Einkommen für Akademiker ein sehr untaugliches und überdies verteilungspolitisch ein sehr problematisches Instrument darstellen. Vielmehr ist das herrschende Schulsystem von seinen verteilungspolitisch negativen Selektionsinstrumenten (Leistungsdruck, Noten und so weiter) zu befreien. Nur durch eine Änderung des Schulsystems und damit auch durch eine längerfristige Beeinflussung der familiären Sozialisation können die schichtspezifischen Benachteiligungen im Bildungssystem abgebaut werden.

4. Ein Versuch, die Einkommensbesteuerung und die finanziellen Transfers harmonisch zu verbinden, ist die »negative Einkommensteuer«. Die Einführung der negativen Einkommensteuer soll dafür sorgen, daß mit zunehmendem Primäreinkommen ein gleitender Übergang von Transferempfang zu Steuerleistung für eine gerechte Sekundärverteilung sorgt. Es soll also durch ein einheitliches, transparentes System deutlich gemacht werden, daß — ausgehend von einem gewissen »break even point« —, je niedriger das Primäreinkommen, desto höher die Transfers, und je höher die Primäreinkommen, desto höher die Belastungen sind.

In der bereits sehr umfangreichen Literatur zu diesem Thema im angelsächsischen Raum werden im Prinzip 3 Modelle unterschieden.³¹

Erstens kann durch die Gewährung einer einheitlichen Unterstützung (Sozialdividende), die zusammen mit dem Einkommen der Steuer unterworfen wird, ein Mindesteinkommen garantiert werden.

Der zweite Vorschlag sieht die Anwendung von negativen Steuersätzen unter einem gewissen Einkommen (break even point) vor. Je niedriger das Einkommen, ein desto höherer Prozentsatz wird vom Staat als Transferleistung zugeschossen.

Gemäß dem dritten Konzept wird ein gewisses Mindesteinkommen garantiert. Die Differenz zwischen Primäreinkommen und Mindesteinkommen wird vom Staat ausgeglichen.

Es müßte näher geprüft werden, inwieweit das System der »negativen Einkommensteuer« für die österreichische Realität von Relevanz ist. Vor allem ist zu überlegen, inwieweit nicht durch diverse Regelungen im Rahmen der Sozialversicherung die Zielsetzungen der negativen Einkommensteuer schon verwirklicht sind.

● Bezüglich des Steuersystems ist jedoch die Verwirklichung der Idee der negativen Einkommensteuer noch ausständig. Zwar hat die Umwandlung von Frei- in Absetzbeträgen eindeutig verteilungspolitische Vorteile gebracht. Aber gerade die untersten Einkommensbezieher — insbesondere, wenn es sich um kinderreiche Familien handelt — können die Begünstigungen nur teilweise in Anspruch nehmen. Um dem Abhilfe zu schaffen, müßte, falls die Summe der Absetzbeträge höher als der Steuerbetrag ist, diese Differenz dem Steuerpflichtigen ausbezahlt werden. Zwar gibt es hier steuerpolitische Probleme mit den pauschalierten Steuerzahlern, dennoch sollte dies keine unüberwindbare Schwierigkeit darstellen.

IV. Zusammenfassung

Die Aufgabe dieses Beitrages war eine dreifache:

Erstens sollte — in aller Kürze — zur Frage Stellung genommen werden, inwieweit — von der Rolle des Staates im Kapitalismus aus gesehen — Untersuchungen über etwaige Umverteilungsmaßnahmen sinnvoll sind. Dabei kamen wir zum Ergebnis, daß eine Analyse des Kapitalismus und seiner unterschiedlichen Gruppen beziehungsweise Klassen zwar erklären kann, warum kaum ein Staat in der Umverteilung eines seiner wesentlichen Ziele sieht. Aber auch nicht deklarierte Ziele können — absichtlich oder unabsichtlich — verwirklicht werden. Und so muß man die Umverteilung nicht als das Ergebnis einer expliziten und nach einheitlichen Richtlinien gehaltenen Politik ansehen. Vielmehr ist sie — soweit vorhanden — das Resultat sehr verschiedener Maßnahmen, die auch mit sehr unterschiedlichen Begründungen durchgeführt werden.

Im zweiten Teil wurde über die hauptsächlichlichen Versuche, die Umverteilung anhand staatlicher Einnahmen und/oder Ausgaben zu untersuchen, berichtet. Einheitliches, wenn auch durchaus nicht überraschendes Ergebnis dieser Studien ist, daß auf der Einnahmenseite vor allem die direkten Steuern, bezüglich des gesamten Budgets jedoch die Ausgaben für eine Umverteilung sorgen.

Im dritten Teil der Arbeit wurde versucht, einige wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen, die die Autoren aus ihren Analysen zogen, auf die Relevanz für die österreichische Situation hin zu überprüfen. Es soll jedoch nochmals darauf hingewiesen werden, daß einnahmen- beziehungsweise ausgabenpolitische Maßnahmen nur einen Teil jener Faktoren darstellen, die die Verteilung von Lebenslagen beeinflussen.

Für die langfristige Gestaltung der Wirtschafts- und Sozialpolitik ist jedoch ein sehr umfassender Verteilungsbegriff notwendig, der auch die Umverteilungswirkungen staatlicher Maßnahmen außerhalb des Budgets berücksichtigt.

ANMERKUNGEN

- 1 A. Rivlin, *Income Distribution — Can Economists Help?*, »American Economic Review«, May 1975, S. 1.
- 2 Ebenda S. 2.
- 3 Entwurf zum Bundeshaushaltsgesetz.
- 4 J. Schumpeter, *Die Krise des Steuerstaats*, in: R. Goldscheid, J. Schumpeter, *Die Finanzkrise des Steuerstaats*, Frankfurt am Main 1976, S. 345 f.
- 5 R. Goldscheid, *Steuerverwendung und Interessenpolitik*, in: »Schriften des Vereins für Sozialpolitik«, 174, 1928—1929, S. 27.
- 6 A. Rivlin, a. a. O. S. 2.
- 7 Ebenda S. 5.
- 8 J. Pechman, B. Okner, *Who Bears the Tax Burden?*, Washington 1974.
- 9 Ebenda S. 10.
- 10 W. J. Gillespie, *Effects of Public Expenditure on the Distribution of Income*, in: R. A. Musgrave (ed), *Essays in: »Fiscal Federalism«*, Washington 1965, S. 122 H.
- 11 Ebenda S. 166.
- 12 *Tax Foundation, Tax Burdens and Benefits of Government Expenditures by Income Class*, 1961 and 1967, New York 1967.
- 13 R. A. Musgrave, K. E. Case, H. Leonhard, *The Distribution of Fiscal Burdens and Benefits*, »Public Finance Quarterly«, 1974, S. 259.
- 14 Ebenda S. 284.
- 15 M. Reynolds, E. Smolensky, *The Post Fisc Distribution: 1961 und 1970 Compared*, »National Tax Journal«, Vol. XXVII, Dezember 1974, S. 15 ff.
- 16 W. Hake, *Umverteilungseffekte des Budgets*, Göttingen 1972.
- 17 Ebenda S. 195.
- 18 N. Andel, *Verteilungswirkungen der Sozialversicherung am Beispiel der gesetzlichen Krankenversicherung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: W. Dreißig (Hrsg.), »Öffentliche Finanzwirtschaft und Verteilung III«, Berlin 1975, S. 39 ff.
- 19 Ebenda S. 57.
- 20 Ebenda.
- 21 Ebenda S. 71.
- 22 A. Rivlin, a. a. O. S. 6.
- 23 M. Pfaff und G. Fuchs, *Education, Inequality and Life Income: »A Report on the Federal Republic of Germany«*, in OECD: *Education, inequality and life chances*, Paris 1975, S. 7 ff.
- 24 B. Okner und A. Rivlin, *Income Distribution Policy in the United States*, in OECD, a. a. O. S. 182 ff.
- 25 A. Rivlin, a. a. O. S. 7.
- 26 Ch. Jenks, *Inequality*, New York 1972.
- 27 M. Pfaff und A. Pfaff, *Verteilungspolitische Auswirkungen der Umweltverschmutzung und Umweltpolitik*; »Referat gehalten auf der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Sozialpolitik«, Augsburg 1976.
- 28 Ch. Jenks, a. a. O. S. 230.
- 29 Ebenda.
- 30 N. Andel, a. a. O. S. 73.
- 31 Siehe zum Beispiel A. B. Atkinson, *The Economics of Inequality*, Oxford 1975; Ch. Green, *Negative Taxes and the Poverty Problem*, Washington 1967; D. Jackson, *Poverty*, London 1972; J. Scoville, *Perspectives on Poverty and Income Distribution*, Massachusetts 1971 und OECD: *Negative Income Tax*, Paris 1974.

ANHANG

Adaptierte Übersicht aus K. D. Henke, *Die Verteilung von Gütern und Diensten auf die verschiedenen Bevölkerungsschichten*, Göttingen 1975, S. 110 f.

Hypothesen für die Zurechnung des Empfangs der Benefits ausgewählter nichtmonetärer Staatsleistungen				
Autoren	Gillespie ^{a)}	Bishop ^{b)}	Hake ^{c)}	Musgrave, Case, Leonhard ^{d)}
Leistungsbereich	alle öffentlichen Haushalte (1960)	alle öffentlichen Haushalte (1961 und 1965)	alle öffentlichen Haushalte (1963, BRD)	alle öffentlichen Haushalte (1968)
Verkehr	Öl- und Benzinausgaben, für Gütertransporte sowie Grundvermögen	Kraftfahrzeugausgaben sowie Konsumausgaben	Benzinausgaben, Konsumausgaben, Gesamtvermögen	Konsumausgaben, Kraftfahrzeugausgaben
Bildung	Anzahl der Studenten sowie Löhne und Gehälter	Anzahl der Kinder unter 18 sowie Erziehungsausgaben	Schulbesuch pro Einkommensgruppe privater Erziehungsausgaben nach besuchten Schultypen	Einkommen von Familien mit Kindern in der Ausbildung
Gesundheit	Anzahl der Familien, Patienten	Anzahl der Familien, Patienten	private Ausgaben für Gesundheitspflege, private Ausgaben für Krankenkassen, anteilig	Anzahl der Haushalte, Patienten
Verteidigung und internationale Angelegenheiten	Anzahl der Haushalte, Geldeinkommen, verfügbares Einkommen sowie Kapitaleinkommen	Anzahl der Haushalte, Geldeinkommen und beides	Anzahl der Haushalte	Anzahl der Haushalte, Gesamteinkommen, gezahlte Steuern

Quelle:

- a) W. I. Gillespie, *The Effect of Public Expenditures on the Distribution of Income*, in: R. A. Musgrave, Hrsg., »Essays in Fiscal Federalism«, Washington, D. C. 1965, S. 122 ff.; auf deutsch in einer gekürzten Fassung wiederabgedruckt in: H. C. Recktenwald, *Finanzpolitik*, Köln 1969, S. 230 ff.
- b) G. A. Bishop, *Tax Burdens and Benefits of Government Expenditures by Income Class*, 1961 und 1965, »Tax Foundation«, New York 1967.
- c) W. Hake, *Umverteilungseffekte des Budgets*, Göttingen 1972.
- d) R. A. Musgrave, K. E. Case, H. Leonhard, *The Distribution of Fiscal Burdens and Benefits*, in: »Public Finance Quarterly«, 2. Bd., 3. Heft (1974), S. 259 ff.

THE

OF

AND

THE

THE

THE

THE

THE

THE

THE

THE

THE

THE

THE

THE

THE

Multiplikator, Relation und Wirkungskoeffizient

Zur Analyse expansiver Ausgabenpolitik
in Keynes' »Allgemeiner Theorie«

Michael Wagner

I. Einleitung*

Der »Multiplikator« hat seit Keynes eine besondere Stellung in den Untersuchungen angewandter Wirtschaftstheorie erlangt. Das Konzept des Multiplikators steht schlechthin für die Koeffizienten all jener Wirkungszusammenhänge im ökonomischen System, an denen staatliche Wirtschaftspolitik — zum Zweck der Stabilisierung — anzusetzen versucht. Die Rezession Mitte der siebziger Jahre hat die Multiplikatoranalyse auch in den Blickpunkt wirtschaftspolitischer Auseinandersetzungen gerückt. Denn schließlich hängt die politische Beurteilung staatlicher Stabilisierungsmaßnahmen nicht zuletzt von der vermuteten Größe der Ausgabenmultiplikatoren ab.

In der Diskussion um die Wirksamkeit staatlicher Konjunkturpolitik stößt der Steuerungsoptimismus der traditionellen Keynesianer zunehmend auf Skepsis. Insbesondere Vertreter des neuen Monetarismus¹ gestehen einer expansiven Budgetpolitik nur geringe antirezessive Wirkungen zu. Vermehrte Staatsschulden würden zwar den Preisauftrieb verstärken, die Beschäftigung aber kaum anregen. Zudem lerne das Publikum langfristig den temporären Charakter expansiver Konjunkturpolitik zu antizipieren, wodurch die belebende Wirkung des Budgetdefizits zunichte gemacht würde. Phillipskurve und Beschäftigungsmultiplikator seien instabile Relationen, auf die zu bauen wirtschaftspolitisch problematisch sei.²

* Überarbeitete Fassung eines Gastvortrages an der Universität Fribourg. Für Anregungen und Kritik danke ich H. Abele, H. Kernbauer, H. Ostleitner, G. Schwödiauer und G. Winckler.

Die Debatten um den monetaristischen Einwand werden vor allem auf der Ebene empirisch-ökonomischer Untersuchungen geführt. Das ist problematisch, weil die zur empirischen Beweisführung verwendeten Modelle gegenüber dem strittigen Punkt nicht neutral sind. Die Größe der geschätzten Multiplikatoren hängt eng mit der A-priori-Spezifikation des Modells zusammen. Unterschiedliche Modelle ergeben deutliche Differenzen in den Multiplikatorwerten.³ Je nach den theoretischen Vorannahmen läßt sich aus den empirischen Daten jeweils entweder ein beträchtlicher oder ein bloß verschwindender Beschäftigungseffekt expansiver Ausgabenpolitik ableiten.

Die abweichenden Ergebnisse konkurrierender ökonomischer Modelle führen erneut zu einer theoretischen Vorfrage zurück: *Welcher Kausalzusammenhang liegt der Multiplikatoranalyse zugrunde?* Die folgenden Überlegungen wollen diese Frage im Hinblick auf das keynesianische Konzept des Multiplikators untersuchen. Es soll geprüft werden, ob die heute vorherrschende vereinfachte keynesianische Interpretation⁴ des Multiplikators überhaupt jener kausalen Dynamik entspricht, die Keynes seiner Analyse in der »Allgemeinen Theorie« zugrunde legt. Zu diesem Zweck

- skizziert Teil II die heute vorherrschende Multiplikatordeutung des Keynesianismus der Textbücher und öffentlich-wirtschaftspolitischen Doktrinen;
- geht Teil III auf die mechanistische Erweiterung des Grundmodells um den Akzelerator ein;
- untersucht Teil IV die kausale Dynamik des Multiplikatorprozesses im Sinne der »Allgemeinen Theorie« von Keynes;
- behandelt Teil V Sonderaspekte der Multiplikatoranalyse in der »Allgemeinen Theorie«;
- zieht Teil VI einige praktische wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen aus der Interpretation der Analyse von Keynes.

II. Die Standardinterpretation des Multiplikators

1. Das einfache Grundmodell

Die keynesianische Multiplikatoranalyse hat ihre populäre Form durch die einfachen makroökonomischen Modelle gewonnen. Die Gleichungen solcher Modelle schließen unmittelbar an Behauptungen und Formulierungen der »Allgemeinen Theorie« an und sind in diesem Sinn als »keynesianisch« gerechtfertigt. Der Argumentationszusammenhang, wie ihn Keynes in der »Allgemeinen Theorie« entwickelte, ist indes mit der Zeit verlorengegangen. Insbesondere die amerikanischen Keynesianer haben das formale Gerüst der keynesianischen Grundgleichungen zum Kern ihrer Analysen gemacht. Waren für Keynes und in den an die Veröffentlichung der »Allgemeinen Theorie« anschließenden Diskussionen die formalen kreislauftheoretischen Überlegungen bloß eine Gedankenstütze,⁵ machten die Keynesianer sie in Form von Gleichungen zum Inbegriff des

exakten ökonomischen Rasonnements. Neben dem »komplexen« IS-LM-Schema von Hicks⁶ verbreiteten sich die »einfachen« Makromodelle der Multiplikatoranalyse. Die Grundform der einfachen Modelle hat sich bis heute erhalten:

Y	Einkommen	I	Investitionen
C	Konsum	ΔY . . .	Veränderung des Einkommens
ΔI . . .	Veränderung des Investitionsniveaus		
t	Periodenindex		

- (1) $Y_t = C_t + I_t$
- (2) $C_t = c_0 + c_1 Y_t$ ($c_0 > 0; 1 > c_1 > 0$)
- (3) $I_t = I^*$

Die drei Gleichungen werden folgendermaßen gelesen:

- (1) ... Das Volkseinkommen entsteht aus Konsum und Investitionen.
- (2) ... Der Konsum hängt vom Volkseinkommen ab; die Beziehung zwischen Konsum und Volkseinkommen wird durch die Grenzneigung zum Konsum (und den autonomen Konsum) bestimmt.
- (3) ... Die Investitionen sind vorgegeben. (Die Höhe der Investitionen wird außerhalb des durch (1), (2) und (3) skizzierten Beziehungsgefüges bestimmt.)

Aus den drei Grundgleichungen läßt sich der Investitionsmultiplikator ableiten.

$$(4) \quad \Delta Y_t = \frac{1}{1 - c_1} \Delta I_t$$

Zur Interpretation von Gleichung (4): Angenommen, die Investitionen steigen um ΔI , dann wird das Volkseinkommen um ein Vielfaches von ΔI steigen. Denn die Grenzneigung zum Konsum sei positiv, aber kleiner als eins, der Multiplikator daher größer als eins.

Die keynesianische Tradition deutet den Investitionsmultiplikator von Gleichung (4) im Rahmen einer Theorie der Beschäftigungspolitik: Die Erhöhung des Volkseinkommens wird — durchaus im Sinne von Keynes — mit einer Steigerung des Beschäftigungsniveaus gleichgesetzt, die autonome Zunahme der Investitionen mit einer expansiven Ausgabenpolitik identifiziert. Besteht Unterbeschäftigung, so kann die öffentliche Hand durch zusätzliche Staatsaufträge Arbeitslosigkeit und Leerkapazitäten beseitigen. Dazu bedarf es bloß eines Bruchteiles jenes Betrages, um den das Volkseinkommen steigen soll, damit erneut Vollbeschäftigung erreicht wird. Durch den Multiplikator vervielfacht sich die Beschäftigungswirkung einer Investitionssteigerung der öffentlichen Hand.

Darin besteht die Botschaft des simplen Alltagskeynesianismus der öffentlichen Wirtschaftspolitik.

2. Dynamisierung des Grundmodells

Schon früh tauchte in der Diskussion um den Multiplikator das Problem auf, welcher dynamische Anpassungsprozeß hinter dem — im Grunde bloß formal abgeleiteten — Multiplikator stehe.⁷ Intuitiv wurde der Multiplikator auf die Weitergabe des ursprünglichen Nachfrageimpulses zurückgeführt: Eine Erhöhung staatlicher Investitionen bewirkt eine Beschäftigungszunahme in der Investitionsgüterbranche; dadurch steigt deren Lohnsumme und mit ihr die Nachfrage nach Konsumgütern. Der primäre Impuls wird weitergegeben, wodurch Verstärkungseffekte auftreten. Allerdings klingt der Impuls langsam ab. Je weiter der Impuls sich vom ursprünglichen Ausgangsbereich entfernt hat, desto geringer seine Wirkung. Der Multiplikator gibt gewissermaßen den Gesamteffekt des sich fortpflanzenden Impulses wieder.

Modelltheoretisch wurde die Nachfragesteigerung in einen zeitlich verlaufenden Anpassungsvorgang übersetzt. Das erlaubte eine einfache Darstellung des Verstärkungseffekts als dynamischen Prozeß. Die Dynamisierung — durch Verzögerung der Konsumfunktion⁸ — hat sich insbesondere im deutschen Sprachraum als Standardinterpretation⁹ des »einfachen« keynesianischen Multiplikators durchgesetzt: Der Konsum der laufenden Periode hänge nicht vom laufenden Einkommen, sondern vom Einkommen der Vorperiode ab. An die Stelle von Gleichung (3) tritt Gleichung (5):

$$(5) \quad C_t = c_0 + c_1 Y_{t-1}$$

Mit Hilfe einer solcherart verzögerten Konsumfunktion läßt sich der Multiplikator des keynesianischen Grundmodells dynamisch interpretieren: Der Staat erhöht durch expansive Ausgabenpolitik in der ersten Periode die Investitionen autonom. Dadurch steigt noch in derselben Periode das Volkseinkommen um dasselbe Ausmaß; Gleichung (1). In der nächsten Periode nimmt wegen des gestiegenen Volkseinkommens der Vorperiode der Konsum zu; Gleichung (5). Die Zunahme des Konsums erhöht in derselben Periode wieder das Volkseinkommen; Gleichung (1). Dieser Prozeß setzt sich so lange fort, bis das Wechselspiel von induzierter Konsumzunahme und induzierter Einkommenssteigerung ein Ende findet. Das ist allerdings erst im Unendlichen.

Der Multiplikator gibt nach dieser Version die Summe der unendlich vielen Anpassungsschritte an. Tatsächlich läßt sich der Multiplikator als Summe der geometrisch abklingenden Impulse auffassen. Die Konsumneigung, c_1 , bildet die Basis der Impulsreihe, denn die Größe der Konsumneigung bestimmt das Ausmaß, in dem ein Wirtschaftssubjekt den bei ihm anlangenden Nachfrageimpuls weitergibt. Ausgehend von einem Anfangsimpuls der Staatsausgaben von der Größe 1 ergibt sich die geometrische Reihe:

$$(6) \quad 1 + c_1 + c_1^2 + \dots + c_1^n + \dots = \frac{1}{1 - c_1}$$

Diese Interpretation des Multiplikatorprozesses paßte gut in das ökonomische Gleichgewichtsdenken.¹⁰ Die Gleichung (1) wird einerseits als *Ex-post-Identität* interpretiert: Was vom Sozialprodukt nicht konsumiert wird, muß freiwillig oder unfreiwillig (in Form von Lagern) investiert werden. Andererseits repräsentiert Gleichung (1) eine *Gleichgewichtsbedingung ex ante*: Das ökonomische System ist genau dann im Gleichgewicht, wenn die Konsum- und Investitionspläne dem realisierten Volkseinkommen entsprechen.

Der Multiplikator gibt nach dieser Version zweierlei an:

- das notwendige Ausmaß der Einkommensänderung zur Erreichung eines neuen Gleichgewichtseinkommens;
- die Existenz eines Anpassungsprozesses in Richtung des neuen Gleichgewichtseinkommens.¹¹

In dieser Form hat das Multiplikator-konzept sich in den Textbüchern durchgesetzt. Die einfache Mechanik erlaubt auch die Übertragung der Modellvorstellung in wirtschaftspolitische Debatten um die Wirksamkeit staatlicher Konjunkturpolitik. Ausgehend von einer groben Abschätzung der marginalen Konsumneigung (bereinigt um Steuer-, Import- und Preiseffekte), wird auf die Beschäftigungswirkung zusätzlicher Staatsausgaben geschlossen.

III. Akzelerator: eine mechanistische Erweiterung

1. Zwei Fragen von Keynes

Während das einfache keynesianische Grundmodell versucht, mit Hilfe des Multiplikators direkt auf die expansive Wirkung staatlicher Ausgaben zu schließen, spaltete Keynes das Problem der Rezessionsbekämpfung in zwei Fragen auf:

- a) Wie wirkt eine Erhöhung staatlicher Ausgaben auf das Niveau der aggregierten Nachfrage?
- b) Wie wirkt eine Zunahme der aggregierten Nachfrage auf das Volkseinkommen und die Beschäftigung?

Die erste Frage betrifft die liberalistische Ideologie, nach der jede Staatsausgabe notwendigerweise eine private Ausgabe gleicher Höhe verdränge. Die reale Gesamtnachfrage lasse sich daher durch staatliche Investitionen nicht verändern. Keynes lehnte diese Betrachtungsweise ab. Sie beruhe auf dem Glauben an das Saysche Gesetz, nach dem jeder Marktwirtschaft eine Tendenz zur Vollbeschäftigung innewohne. Keynes zeigte, daß das Saysche Gesetz zu einem theoretisch problematischen — und empirisch offensichtlich unzutreffenden — Modell ökonomischer Zusammenhänge führt.¹²

Traditionelle Keynesianer zogen aus der Ablehnung des Sayschen Gesetzes einen vereinfachten Umkehrschluß: bei Unterbeschäftigung würden sich die zunehmenden Staatsausgaben voll auf die Erhöhung der realen Gesamtnachfrage auswirken. Eine solche Überlegung ist indes unzutreffend. Sie darf bestenfalls als analytische Vereinfachung gelten, die es erlauben soll, zur zweiten Frage vorzustoßen.¹³

Durch die Gleichsetzung von Staatsausgaben und Nachfragesteigerung begäbe man sich eines Großteils der für Konjunkturpolitik wichtigen Keynesischen Überlegungen. Diese entsprechen weder dem naiven Keynesianismus, der auf die expansive Wirkung der Staatsausgaben blind vertraut, noch der Modifikation des Grundmodells durch den Akzelerator. Der Prototyp der Multiplikator-Akzelerator-Modelle stammt von Samuelson. Auch er gibt eine andere Antwort als Keynes auf die Frage nach den Nachfrageeffekten staatlicher Ausgabenpolitik.

2. Eine problematische Antwort von Samuelson

Der Arbeit von Samuelson über die »Wechselwirkungen zwischen der Multiplikatoranalyse und dem Akzelerationsprinzip«¹⁴ folgend, wurde es unter Keynesianern üblich, die erste Frage — die Frage nach den Nachfrageeffekten staatlicher Ausgaben — auf folgende Weise zu beantworten: Staatsausgaben verändern die aggregierte Nachfrage über zwei Wege. Erstens steigt die Konsumnachfrage, weil die Staatsausgaben das Volkseinkommen erhöhen; Gleichung (2). Zweitens steigen die Investitionen, weil die Wachstumsrate der Konsumnachfrage zunimmt. Für diese Beziehung — sie heißt der »Akzelerator« — läßt sich eine neue Gleichung einführen; die Gleichung (7):

$$(7) \quad I_t = b (C_t - C_{t-1})$$

Die Gleichung (7) wird gelesen: Die Investitionen der laufenden Periode hängen von der *Veränderung des Konsums* (von der vergangenen zur gegenwärtigen Periode) ab.

Die Gleichung (7) sollte die Gleichung (3) des Grundmodells ersetzen. Die Investitionen werden nicht mehr als gegeben vorausgesetzt, sondern innerhalb des Modells erklärt. Diese Erklärung widerspricht indes dem Verständnis, das Keynes von den Bestimmungsgrößen der Investitionen hatte. Und zwar in doppelter Hinsicht:

- Der Akzelerator *vernachlässigt die Erwartungen*, denen Keynes so große Bedeutung zumaß;
- der Akzelerator legt (wegen der Vernachlässigung der Erwartungen) den Fehlschluß nahe, die Investitionen stünden über den gesamten Konjunkturzyklus hinweg in einer *konstanten Beziehung* zur Veränderung des Konsumniveaus. Dieser Ansicht hatte Keynes widersprochen.¹⁵

Keynes sah in der Spekulation ein viel zu wichtiges Moment privatkapitalistischer Produktionsentscheidungen, um sich auf eine starre mechanische Koppelung zwischen den laufenden Investitionen und den in der Vergangenheit realisierten Veränderungen des Konsums einzulassen.

Trotz des Widerspruchs zu den Grundgedanken der »Allgemeinen Theorie« bildet das Multiplikator-Akzelerator-Modell von Samuelson den Prototyp für die sogenannten keynesianischen Konjunkturmodelle. Deren Problematik liegt darin, daß sie dem Wirtschaftspolitiker suggerieren, die Konjunktur werde durch ein starres mechanisches System verursacht. Es komme nur auf die richtige Steuerung der Mechanik an. Dieses Mißver-

ständnis hat sich noch durch den unbedachten Gebrauch ökonometrischer Schätzergebnisse verstärkt. Der Wirtschaftspolitiker wähnte in den Schätzungen solcher Multiplikator-Akzelerator-Modelle ein getreues Bild der ökonomischen Kausalbeziehungen. Der Weg zur erfolgreichen Stabilisierungspolitik schien geöffnet. Das hat sich indes als Illusion erwiesen. Gerade die makroökonomische Analyse von Keynes zeigt dafür gute Gründe auf.

IV. Die Prozeßanalyse von Keynes

Keynes unterscheidet in der »Allgemeinen Theorie« vor allem zwei Wirkungsmechanismen, die durch staatliche Investitionssteigerungen ausgelöst werden: den Multiplikator und den Fortpflanzungsprozeß des Anfangsimpulses.

1. Multiplikator als Ex-post-Relation

Den Multiplikator leitet Keynes von kreislauftheoretischen Überlegungen ab. Die Ableitung entspricht dem einfachen Grundmodell der Gleichungen (1) bis (4). Der Multiplikator gibt an, um wieviel das Einkommen steigen muß, wenn die effektive Nachfrage auf Grund zusätzlicher staatlicher Investitionen realisiert werden soll. Der Investitionsmultiplikator ist daher eine Beziehung, die am Ende jeder Periode stets erfüllt sein muß. Keynes lehnt ausdrücklich jene Vorstellungen ab, die den Multiplikator als Anpassungsprozeß über mehrere Perioden interpretieren (also gerade jenes Denkmodell, das als dynamische Erklärung des Multiplikatorprozesses in Textbüchern — und nicht nur in ihnen¹⁶ — angeboten wird):

»Im allgemeinen müssen wir jedoch von dem Fall ausgehen, daß der von einer Outputsteigerung der Kapitalgüterindustrie ausgelöste Anstoß nicht völlig antizipiert wurde. Offensichtlich erreicht ein solcher Anstoß über eine ganze Zeitspanne verteilt seine volle Wirkung. Ich habe jedoch in Diskussionen bemerkt, daß diese evidente Tatsache zu einer Vermengung führt zwischen der logischen Theorie des Multiplikators, — der ohne Verzögerung, kontinuierlich, zu jedem Zeitpunkt aufrechterhalten bleibt — und den Folgen einer Expansion der Kapitalgüterindustrien, deren Auswirkungen verzögert, erst nach und nach wirksam werden.«¹⁷

Keynes unterscheidet in dem zitierten Absatz ausdrücklich zwischen dem Multiplikator — »im logischen Sinn« — und dem Fortpflanzungsprozeß des Investitionsimpulses:

- Der *Multiplikator* gibt an, um wieviel das Volkseinkommen in derselben Periode steigt, wenn die effektive Nachfrage zunimmt;
- der *Fortpflanzungseffekt* gibt an, um wieviel die effektive Nachfrage steigt, wenn die Investitionen in der Kapitalgüterbranche autonom erhöht werden.

Für eine Beurteilung wirtschaftspolitischer Maßnahmen sind beide Effekte *simultan* zu berücksichtigen. Einerseits gilt es das Ausmaß der

Erhöhung der effektiven Nachfrage auf Grund öffentlicher Ausgaben abzuschätzen; andererseits ist der Vervielfachungseffekt des Multiplikators zu berücksichtigen. Beide Effekte zusammen ergeben die Wirksamkeit einer staatlichen Investitionssteigerung. Dieser Gesamteffekt läßt sich daher als »*Wirkungskoeffizient*« expansiver staatlicher Ausgabenpolitik bezeichnen.

Das Motiv für Keynes, Multiplikator und Fortpflanzungseffekt zu unterscheiden, hängt eng mit dem analytischen Verfahren der »Allgemeinen Theorie« zusammen. Keynes zerlegt die *effektive Nachfrage*¹⁸ — jene Größe, von der das Beschäftigungsniveau abhängt — in Konsum und Investitionen. In der Analyse von Beschäftigungsveränderungen interpretiert Keynes den Konsum nicht als Ursache, sondern als Folge von Einkommensschwankungen. Der Konsum verändert sich nicht unabhängig vom Einkommen, sondern reagiert — über das »psychologische Gesetz« — auf Einkommensveränderungen. Die anderen Komponenten der effektiven Nachfrage — die Investitionen — können dagegen *kurzfristig relativ unabhängig* vom Einkommen schwanken. Deshalb ordnet ihnen Keynes methodisch den Rang eines »Kausalfaktors« zu:

»Die Theorie kann mit den Worten zusammengefaßt werden: Gegeben die Psychologie der Allgemeinheit, dann hängt das Niveau von Output und Beschäftigung von der Investitionshöhe ab. Ich drücke das auf diese Weise aus, nicht weil die Investitionshöhe die einzige Bestimmungsgröße des Outputs ist, sondern weil es üblich ist, in einem komplexen System jenen Faktor als *causa causans* anzusehen, der am ehesten plötzlichen starken Schwankungen unterliegt.«¹⁹

Diese Überlegung motiviert Keynes zur Aggregation aller Investitionen, obwohl er die Bestimmungsgrößen verschiedener Investitionstypen durchaus für heterogen hält. In der Bestimmung der effektiven Nachfrage werden Aktivitäten zu einem Block »Investitionen« zusammengefaßt, die — nach Keynesscher Ansicht durchaus interdependent sind. Deshalb versucht Keynes in der Wirkungsanalyse zwei Ebenen zu unterscheiden. Die Auswirkungen *vor der Aggregation* (der Investitionen zu einer einzigen Determinante) müssen durch die Beschreibung des Fortpflanzungseffektes erfaßt werden; die Auswirkungen *nach vollzogener Aggregation* bestimmt der Multiplikator.

Aus seiner Sicht des ökonomischen Wirkungszusammenhanges beharrt Keynes mit Recht darauf, daß der Multiplikator in jeder Periode sich voll auswirkt. Denn die effektive Nachfrage muß stets in derselben Periode um ein Vielfaches der geplanten Nettoinvestitionen steigen, sollen diese auch tatsächlich noch in der gleichen Periode realisiert werden. Wächst die effektive Nachfrage und mit ihr Beschäftigung und Sozialprodukt weniger, als es dem Multiplikatorwert entspräche, dann lassen die Nettoinvestitionen sich nicht im vollen Umfang verwirklichen, da es an ausreichenden realen Ersparnissen mangelt. Keynes hat dafür ein anschauliches Bild gezeichnet:

»Eine in Lohneinheiten gemessene Zunahme der Investitionen kann nur dann stattfinden, wenn die Allgemeinheit bereit ist, ihre in Lohneinheiten gemessenen Ersparnisse zu erhöhen. Einfach ausgedrückt, wird die Allgemeinheit dazu nur dann bereit sein, wenn auch das in Lohneinheiten gemessene Gesamteinkommen gestiegen ist. Der Versuch, einen Teil des gestiegenen Einkommens zu konsumieren, wird so lange Output stimulieren, bis die neue Höhe (und Verteilung) der Einkommen ein der zunehmenden Investition korrespondierendes Maß an Ersparnissen hervorbringt. Der Multiplikator ist eine Funktion psychologischer Neigungen und gibt an, um wieviel die Beschäftigung erhöht werden muß, um eine Einkommenssteigerung zu erbringen, die ausreicht, um das notwendige zusätzliche Sparen zu induzieren. Wenn das Sparen die Pille und der Konsum die Marmelade ist, dann muß die zusätzliche Marmelade der Größe der zusätzlichen Pille angepaßt werden.«²⁰

Der Investitionsmultiplikator repräsentiert eine Beziehung zwischen der Steigerung der Nettoinvestition und der Zunahme von Volkseinkommen und Beschäftigung. Solange die Konsumfunktion stabil bleibt, muß der Multiplikator *ex post* immer erfüllt sein.

Für die konjunkturpolitische Steuerung ist indes weit wichtiger, ob durch zusätzliche Investitionen der öffentlichen Hand überhaupt ein Nettoimpuls auf die effektive Nachfrage ausgelöst wird: Das betrifft den Fortpflanzungseffekt.

2. Impulsfortpflanzung durch Anpassung der Kapitalstruktur

Nach Keynes hängt die Fortpflanzung des Beschäftigungsimpulses zusätzlicher staatlicher Investitionen vor allem von zwei Faktoren ab:

- a) der *technisch-kommerziellen Kapazität* des ökonomischen Systems eine Produktionsausweitung durchzuführen;
- b) den *Bestimmungsgrößen des privaten Investitionsvolumens*.

In einem Zustand der kurzfristigen Unterbeschäftigung bildet die kommerziell-technische Anpassungsfähigkeit des Systems keine Restriktion in der Weitergabe des Beschäftigungsimpulses. Anders dagegen die Determinanten des privaten Investitionsvolumens. Ihre Instabilität kann den Erfolg antizyklischer Konjunkturpolitik beeinträchtigen.

Das ist besonders am oberen Konjunkturwendepunkt deutlich zu erkennen: Im Konjunkturabschwung bewirkt der Unternehmerpessimismus einen starken Rückgang der vermuteten Profitabilität von Investition und Produktion. Die »Grenzeffizienz des Kapitals« — als für die Zukunft erwarteter interner Zinsfuß — nimmt stark ab. Dadurch kommt es zum Nachfragerückgang und zum Aufbau von Lagern. Formal entspricht der Lageraufbau einer Investition. Denn die Lager sind jener Teil des Sozialproduktes, der nicht konsumiert wird, also Investitionen. Das gilt auch für den Fall einer von den Unternehmen unbeabsichtigten Lagerbildung. Nun streben bei schlechter Konjunkturlage die Unternehmer eine Desinvestition in Form eines Lagerabbaus an. Dieser Versuch einer negativen Investition kann den potentiellen Fortpflanzungseffekt einer staatlichen Zusatzinvestition zunichte machen. Die Ausweitung der staatlichen In-

vestitionen verliert vieles von ihrer beschäftigungsanregenden Wirkung, wenn die Nachfrageerhöhung einfach durch den Abbau unfreiwilliger Lager befriedigt wird.

Der Zusammenhang zwischen fallender Grenzeffizienz und angestrebtem Lagerabbau ist konjunkturpolitisch von besonderer Bedeutung:²¹ Kompensieren ex ante die privaten Desinvestitionspläne und die staatliche Investitionssteigerung einander gerade, so wird der Multiplikator gar nicht wirksam. Das Niveau der Beschäftigung bleibt gleich. Was sich ändert, ist die Struktur des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks.²² Der Nachfrageimpuls versichert in der bloßen Umschichtung des gesamtwirtschaftlichen Kapitals von Lagern zu Anlageinvestitionen. Trotz konstanten positiven Multiplikators erreicht der Wirkungskoeffizient nur einen Wert von Null.

Dem skizzierten konjunkturpolitisch ungünstigsten Fall eines Wirkungskoeffizienten von Null — auf Grund der passiven Kompensation staatlicher Expansionspolitik durch private Desinvestition — steht der wirtschaftspolitische Idealfall gegenüber, daß der Wirkungskoeffizient schon in der ersten Periode den Wert des Multiplikators erreicht. Das ist dann der Fall, wenn die Unternehmer die expansiven Staatsausgaben nicht nur zum Abbau unerwünschter Lager nützen, sondern in Hoffnung auf einen erneuten Aufschwung selbst die Produktion steigern. Versuchen die Unternehmer ihre Produktions- und Investitionspläne schon an die virtuelle Volkseinkommenssteigerung durch staatliche Investitionspolitik anzupassen, so pflanzt — bei Vorhandensein ausreichender Leerkapazitäten — sich der volle Beschäftigungsimpuls bereits innerhalb einer Periode fort. Der gesamte Nachfrageimpuls geht in eine Niveau-steigerung ein, während die Struktur des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks gleichbleibt.

An den beiden Extremfällen — *passive Kompensation* und *vollkommene Antizipation* — zeigt sich, daß die Relation zwischen Staatsausgaben und gesamtwirtschaftlicher Beschäftigungswirkung vor allem von den Anpassungsprozessen in der gesamtwirtschaftlichen Kapitalstruktur abhängt. Der Wirkungskoeffizient schwankt mit der Bereitschaft der Unternehmer, sich auf erneuten Aufschwung der Produktion vorzubereiten.

In diesen Anpassungsprozessen der Kapitalstruktur — nicht im Multiplikator — sieht Keynes den *intertemporalen Aspekt* expansiver Ausgabenpolitik durch zusätzliche staatliche Investitionen. Denn im allgemeinen sind die Unternehmer außerstande, die potentiellen Multiplikatoreffekte zusätzlicher staatlicher Investitionen völlig zu antizipieren; sei es aus Vorsicht oder aus technisch-kommerziellen Kapazitätsbeschränkungen. Diese mangelnde Anpassungsbereitschaft der Unternehmer beeinträchtigt *nicht* den Multiplikatoreffekt, erzeugt indes einen Anpassungsüberhang zur nächsten Periode: Zwar ist die Ex-post-Identität des Multiplikators gewährleistet, aber erwünschter Kapitalstock und realisierter Kapitalstock befinden sich in der nächsten Periode in einem Ungleichgewicht. Denn bei unvollkommener Vorwegnahme der potentiellen Einkommenssteigerung führt die staatliche Investitionszunahme zu einer Umstrukturierung des Kapitalstocks zuungunsten der Lager.

Diese neue Kapitalstruktur — mit einem geringeren Anteil an Lagern — empfinden die Unternehmer dann als unangemessen, wenn sie einen neuen Aufschwung erwarten. Diese Erwartung ist indes unabdingbar, denn nur durch sie steigt wieder die Grenzeffizienz; was zur Herstellung der alten Kapitalstruktur motiviert. Erst die Absicht der Unternehmer, die gewohnte Kapitalstruktur wieder aufzubauen, führt in der nächsten Periode zu zusätzlichen privaten Investitionen. Dadurch kommt es über den Multiplikator zu einem erneuten Anstieg des Beschäftigungsniveaus.

3. Abgrenzung gegenüber den keynesianischen Modellen

Aus der »Allgemeinen Theorie« lassen sich zwei für die expansive Konjunkturpolitik zentrale wirtschaftliche Funktionszusammenhänge herausarbeiten:

- Wie eine Zunahme der effektiven Nachfrage auf Beschäftigung und Volkseinkommen wirkt;
- wie eine Erhöhung staatlicher Ausgaben auf das Niveau der effektiven Nachfrage wirkt.

Die *erste* Funktionalbeziehung — zwischen effektiver Nachfrage und Volkseinkommen — wird durch den Multiplikator bestimmt. Diese Beziehung sieht Keynes als relativ stabil an, da sie auf der sich nur langsam ändernden Grenzneigung zum Konsum beruht. Der Multiplikator repräsentiert bei Keynes ein Ex-post-Verhältnis, das in jeder Periode stets erfüllt sein muß.

Die *zweite* Funktionalbeziehung — zwischen expansiver Ausgabenpolitik und dem Niveau effektiver Nachfrage — entspricht einer instabilen Kausalkette. Die Instabilität wird durch das private Investitionsverhalten verursacht. Je nach dem Ausmaß der privaten Investitionen verteilt sich die Wirkung zusätzlicher staatlicher Investitionen unterschiedlich auf zwei Effekte: erstens auf eine Veränderung der Struktur des gesamtwirtschaftlichen Kapitalstocks; zweitens auf eine Vermehrung der effektiven Nachfrage durch Steigerung der aggregierten Investitionen (der Summe aus privaten und öffentlichen Investitionen). Nur der zweite Effekt, die Erhöhung der effektiven Nachfrage, ruft einen expansiven Impuls in der laufenden Periode hervor. Da die privaten Investitionen stark schwanken, unterliegt auch die laufende Weitergabe der expansiven Impulse —, der zweite Effekt — staatlicher Investitionen beträchtlichen Schwankungen.

Beide Funktionalbeziehungen zusammen ergeben den Wirkungskoeffizienten expansiver Ausgabenpolitik. Der *Wirkungskoeffizient* besteht aus einer konjunkturell *relativ stabilen Komponente*, dem Multiplikator, und einer konjunkturell *instabilen Komponente*, dem Fortpflanzungseffekt. Insgesamt ist daher der Wirkungskoeffizient expansiver Ausgabenpolitik äußerst instabil. Die Schwankungen des Wirkungskoeffizienten sind zudem schlecht prognostizierbar, da sie auf Umschwünge der Unternehmererwartungen zurückgehen, die ihrerseits einer verlässlichen Prognose unzugänglich sind.

Die skizzierte Prozeßanalyse von Keynes unterscheidet sich sowohl der Methode wie den Ergebnissen nach von den Konjunkturanalysen der Key-

nesianer. Das gilt gleichermaßen für die »Dynamisierung« des Multiplikators aus dem Grundmodell, wie für die Multiplikator-Akzelerator-Modelle:

- a) Die *dynamische Interpretation des Multiplikators* durch Einführung einer Verzögerung in die Konsumfunktion verletzt formal und konzeptuell die Keynesische Argumentation:

Formal: Keynes behauptet einen konstanten Multiplikator, während sich bei der traditionellen Dynamisierung der »Multiplikator« rein mechanisch verringert, je weiter der Anpassungsprozeß fortschreitet.

Konzeptuell: Die Gleichgewichtsversion des Multiplikators schreibt die Impulsfortpflanzung der Anpassung zwischen Ex-post- und Ex-ante-Konsum zu (der Impuls wird weitergegeben, weil der laufende Konsum im Ungleichgewicht nicht dem laufenden Einkommen entspricht). Bei Keynes ist es indes der Anpassungsprozeß zwischen realisierter und angestrebter Kapitalstruktur, der die Weitergabe eines Beschäftigungsimpulses über eine Periode hinaus bewirkt.

- b) Gegenüber den *Multiplikator-Akzelerator-Modellen* berücksichtigt die Keynesische Analyse die Instabilität des Anpassungsprozesses. Die rein mechanische Ableitung von Auf- und Abschwung, die den Multiplikator-Akzelerator-Modellen zugrunde liegt, ist Keynes fremd. Ein großer Teil der »Allgemeinen Theorie« ist gerade der Frage gewidmet, warum die privaten Investitionen so stark schwanken. Keynes sieht es als Eigenheit privatkapitalistischer Marktbeziehungen an, daß der Kapitalmarkt erratische Umschwünge der Erwartungsbildung — und damit der erwarteten Profitrate — gestattet. Jede starre Verknüpfung von Investitionsniveau und Einkommensveränderung — wie dies der Akzelerator versucht — übergeht daher jene Phänomene, die für Keynes Ursache von Beschäftigungsschwankungen sind.

V. Sonderaspekte der Keynesischen Analyse

In der »Allgemeinen Theorie« diskutiert Keynes besondere Aspekte seiner Multiplikatoranalyse. Zu ihnen zählen:

- das Verhältnis von »Relation« zu »Multiplikator«;
- die potentielle Veränderung des Multiplikatorwertes;
- der unmittelbare Einfluß von Staatsausgaben auf die privaten Investitionen;
- Probleme der technisch-kommerziellen Anpassung an eine Zunahme der effektiven Nachfrage.

Auf diese besonderen Aspekte der Multiplikatortheorie einzugehen, lohnt vor allem deshalb, weil sie Anlaß zu Mißverständnissen und Fehlinterpretationen der Keynesischen Analyse gewesen sind.

1. Die »Relation«

Die »Relation« repräsentiert bei Keynes (im Anschluß an Kahn) das Verhältnis zwischen der primären Beschäftigung und der induzierten sekundären Beschäftigung. Die primäre Beschäftigung wird durch Staatsausgaben in der Investitionsgüterindustrie ausgelöst. Die primäre Be-

schäftigung erhöht das Masseneinkommen und damit die Konsumnachfrage. Diese induziert eine sekundäre Beschäftigung in der Konsumgüterindustrie.

Keynes bemerkt zwar, daß im allgemeinen die »Relation« vom »Multiplikator« abweichen wird,²³ trifft aber schließlich doch die vereinfachende Annahme, beide seien gleich. Das ist vor allem deshalb problematisch, weil die »Relation« — der »Beschäftigungsmultiplikator« — einen Effekt mißt, der erst *nach* der Veränderung der bereits bestehenden Kapitalstruktur durch Anpassung von Lagern eintritt. Die »Relation« setzt die Veränderung der effektiven Nachfrage durch die staatliche Ausgabenvermehrung schon voraus.

2. Veränderungen der Konsumneigung

Da Keynes die marginale Konsumneigung als abhängig von Niveau, Veränderung und Verteilung des Einkommens betrachtet, berücksichtigt er die Möglichkeit, daß im intertemporalen Anpassungsprozeß der Multiplikator seinen Wert verändert.²⁴ Daraus wird zuweilen geschlossen, die Veränderung des Multiplikators mache gerade die intertemporale Dynamik — die Fortpflanzung des Nachfrageimpulses — aus. Eine solche Betrachtungsweise ist der Keynesschen Analyse unangemessen. Die Variation des Multiplikators verändert nur die Anpassungsprozesse innerhalb einer Periode, nicht aber die Anpassungsprozesse zwischen den Perioden. Das hat Keynes explizit gemacht:

»Eine Expansion in den Kapitalgüterindustrien bewirkt eine Folge von Steigerungen der aggregierten Investitionen, die über mehrere aufeinanderfolgende Perioden auftreten und eine Folge von Werten der Grenzneigung zum Konsum, die anders sind als jene Werte, die realisiert worden wären, wenn die Expansion vorhergesehen gewesen wäre, oder als jene Werte, die sich einstellen, wenn die Volkswirtschaft wieder ein neues, anhaltendes Niveau an aggregierten Investitionen erreicht hat. In jedem Zeitintervall bleibt indes die Theorie des Multiplikators im folgenden Sinn aufrecht: Die Zunahme der aggregierten Nachfrage ist gleich dem Produkt aus Erhöhung der aggregierten Investitionen und dem Multiplikator, der durch die Grenzneigung zum Konsum bestimmt ist.«²⁵

3. Depressive Effekte expansiver Ausgabenpolitik

Nach Keynes besteht *potentiell* die Gefahr einer depressiven Wirkung von Staatsausgaben auf die private Investitionstätigkeit.²⁶ Bei Zunahme der Staatsausgaben besteht die Möglichkeit, daß

- der Finanzierungsspielraum für private Investitionen enger wird,
- der Zinssatz steigt,
- die Kosten von Kapitalgütern — wegen der vermehrten Staatsnachfrage — steigen und damit die Grenzeffizienz fällt,
- eine sozialpsychisch bedingte Entmutigung privater Investitionen eintritt.

Keine der vier potentiellen Gefahren einer depressiven Wirkung zu-

nehmender öffentlicher Investitionstätigkeit dürfte real in einer Rezession wirksam werden. Wegen der hohen Liquidität in Rezessionsphasen beengt der Staat durch zusätzliche Ausgaben kaum die Kreditrahmen der privaten Unternehmer (wenn nicht überhaupt das kurzfristige Defizit durch Auslandsschuld gedeckt wird). Die Kostensteigerung der Kapitalgüter fällt, gemessen an der depressiven Wirkung ungünstiger Nachfrageerwartungen, kaum ins Gewicht. Schließlich haben dreißig Jahre »keynesianischer« Politik die Unternehmer gelehrt, in zunehmender Staats-tätigkeit eher vermehrte als verringerte Ertragschancen zu sehen.

4. Beschäftigungseffekt und Produktionsperiode

Die technisch-kommerziellen Anpassungsprobleme bei einer staatlich angeregten Investitionstätigkeit bewirken — nach Keynes — vor allem *Umverteilungseffekte*.²⁷ Eine überraschende Zunahme der primären Beschäftigung mag zu einem Nachfrageüberhang bei Konsumgütern und zur Steigerung ihrer Preise führen. Das hat mehrere Konsequenzen: Der Reallohn sinkt, die Profitrate steigt, die marginale Konsumneigung und damit der Multiplikator sinkt.²⁸

Darüber hinaus bewirkt eine kurzfristige Angebotsinelastizität der Konsumgüterindustrie eine Umverteilung der gesamtwirtschaftlichen Gewinne zu ihren Gunsten.

Der Beschäftigungsaspekt von technisch-kommerziellen Anpassungsprozessen hat Keynes dazu veranlaßt, die *Produktionsperiode eines Gutes* folgendermaßen zu definieren:²⁹ Ein Gut A hat eine Produktionsperiode der Länge n, wenn es n Perioden braucht, bis der — über alle Perioden aggregierte — Beschäftigungsimpuls einer Steigerung der Nachfrage nach A sein Maximum erreicht.

Da Keynes vermutet, die Konsumgüter hätten die längste Produktionsperiode, empfiehlt er, den Nachfrageimpuls staatlicher Ausgaben vor allem bei der Investitionsgüterindustrie wirksam werden zu lassen.

5. Anpassungsperioden

Analog zur Keynesschen Methode die Produktionsperiode eines Gutes zu definieren, läßt sich auch die Länge der Anpassungsperioden bestimmen.

Die kürzeste Periode in dem beschriebenen makroökonomischen Wirkungsgefüge bildet jene Zeitspanne, die es dauert, damit das Verhältnis zwischen Veränderung des Volkseinkommens und Veränderung der aggregierten Nachfrage dem Multiplikator entspricht. Keynes hat die Periode für sehr kurz gehalten. Die »Multiplikatorperiode« darf bei Keynes als die »Periode« schlechthin gelten.

Die Periode der expansiven Wirkung eines staatlichen Ausgabenimpulses setzt sich im allgemeinen aus mehreren Multiplikatorperioden zusammen. Die »Expansionsperiode« dauert vom Zeitpunkt des ursprünglichen Impulses bis zu dem Beginn jener Periode, in der kein durch den Ausgabenimpuls verursachter Anpassungsüberhang mehr besteht. Die Expansionsperiode besitzt minimal die Länge der Multiplikatorperiode

und reicht maximal ins Unendliche. Die Expansionsperiode verkürzt sich auf die Multiplikatorperiode genau dann, wenn die Unternehmer sich gleichschrittig mit der expansiven Ausgabenpolitik auf eine Erhöhung des Volkseinkommens einstellen. Das ist ebenso unwahrscheinlich wie eine bis ins Unendliche andauernde Anpassung der Unternehmer an den ursprünglichen Impuls.

Die Länge der Expansionsperiode ist bei der Bestimmung des Wirkungskoeffizienten staatlicher Konjunkturpolitik zu berücksichtigen. Der Wirkungskoeffizient mißt das Verhältnis zwischen der Größe des ursprünglichen Ausgabenimpulses und den über die folgenden Perioden induzierten Erhöhungen des realen Volkseinkommens (oder der Beschäftigung). Der Wirkungskoeffizient wächst daher monoton und erreicht sein Maximum am Ende der Expansionsperiode.

VI. Wirtschaftspolitische Folgerungen

1. Für die wirtschaftswissenschaftliche Politikberatung folgt aus der Keyneschen Analyse insbesondere das Problem der Instabilität *zentraler makroökonomischer Wirkungsmechanismen*. Wann immer eine vorausschauende Abschätzung expansiver Ausgabenpolitik vorgenommen werden soll, entsteht die Frage, mit welcher Größe der Wirkungskoeffizient anzusetzen ist. Der Wirkungskoeffizient besteht aus Multiplikator und Fortpflanzungseffekt. Der Multiplikator kann — nach Keynes — kurzfristig als bloß leicht variierende Größe angesehen werden; der Multiplikator ist in diesem Sinn ein echter Parameter für die Analyse. Anders dagegen der Fortpflanzungseffekt. Der Fortpflanzungseffekt zusätzlicher staatlicher Ausgaben ist äußerst instabil, weil die private Investitionsneigung — nach Ansicht von Keynes — stark schwankt. Im Konjunkturverlauf macht die Erwartungsbildung — und damit die imputierte Profitrate — erratische Bewegungen. Das gilt insbesondere für den oberen Konjunkturwendepunkt, der in Perioden stark zunehmender Unsicherheit liegt.

Die Instabilität des Wirkungskoeffizienten erschwert insbesondere quantitative Prognosen mit Hilfe ökonometrischer Modelle. Beruhen die Wirkungszusammenhänge solcher Modelle auf Parametern, die aus Zeitreihen geschätzt wurden, so kann die gleichsam nichtsystematische Veränderung der Unternehmererwartungen nicht berücksichtigt werden. Dadurch kommt es zu beträchtlichen Fehlschätzungen der Auswirkungen expansiver Ausgabenpolitik. Was für ökonometrische Modelle gilt, betrifft jede Art mechanischer Abschätzung des Wirkungskoeffizienten. Der Prognostiker unterlegt eine stabile Struktur jenen realen Wirkungszusammenhängen, die nach Keynes gerade durch Instabilität charakterisiert sind. Erst wenn es gelänge, die stabilen Mechanismen höherer Ordnung — die Reaktion auf Unsicherheit — zu spezifizieren und quantitativ zu bestimmen, wäre eine befriedigende vorausschauende Beurteilung expansiver Ausgabenpolitik möglich.

2. Trotz der Skepsis gegenüber verlässlicher quantitativer Prognose des Wirkungskoeffizienten, lassen sich einige qualitative Aussagen über antizyklische Konjunkturpolitik aus der Keyneschen Analyse ableiten.

Die erste dieser Folgerungen geht auf eben diese Skepsis zurück: *Eine Feinabstimmung der Konjunkturpolitik kann nicht vorgenommen werden*; selbst wenn es weder außenwirtschaftliche Einflüsse, noch politisch-institutionelle Restriktionen gäbe. Da die Unternehmerreaktionen in einem relativ breiten Band schwanken, kann der Wirkungskoeffizient nur mit hoher Unsicherheit in einem engen Intervall vermutet werden. Ist aber das Intervall, innerhalb dessen der Wirkungskoeffizient liegt, sehr breit, so fehlt es an Kenntnis, welche Wirkungen expansive Ausgaben verschiedener Größenordnung hervorrufen. Eine Feinabstimmung ist unter solchen Umständen vorweg unmöglich.

3. Für antizyklische Konjunkturpolitik noch wichtiger als die Einsicht in die Schwierigkeiten einer Feinabstimmung ist die Überlegung: *Je enger eine expansive Ausgabenpolitik — zur Konjunkturbelebung — an eine ausdrücklich als restriktiv angekündigte Wirtschaftspolitik — zur Inflationshemmung — anschließt, desto kleiner ist der Wirkungskoeffizient*. Dies folgt unmittelbar aus der Keynesschen Analyse der Bestimmungsgründe privater Investition: Jede restriktive Politik versucht die »animal spirits« der Unternehmer zu dämpfen. Das entspricht dem Versuch, die Unternehmererwartungen auf eine fallende Grenzeffizienz des Kapitals zu richten. Die depressive Erwartungsbildung bewirkt vor allem kontraktive Mengenreaktionen (der Preisauftrieb mag vorerst nur schwach gebremst werden). Diese Mengenreaktionen sind wirtschaftspolitisch beabsichtigt. Die antizyklische Konjunkturpolitik will gerade den Aufschwung — wegen der Inflation — bremsen. Allerdings nur bis zu einem bestimmten Punkt. Überschreiten die Arbeitslosenzahlen oder die Verlangsamung des Wachstumstempos ein bestimmtes Ausmaß, so sollen Impulse zu einem erneuten Aufschwung gegeben werden. Diese Impulse versucht der Übergang zu einer expansiven Ausgabenpolitik zu geben. Indes hat der jähe Übergang nur wenig Chancen auf unmittelbaren Erfolg. Denn bei depressiven Unternehmererwartungen führt ein Ausgabenstoß bloß zu einer Veränderung der gesamtwirtschaftlichen Kapitalstruktur. Die Unternehmer können einfach die für einmalig gehaltene Nachfragesteigerung dazu benützen, ihre Lager ohne große Verluste aufzulösen. Zu einem erneuten Lageraufbau, — der zur Fortpflanzung des Nachfrageimpulses notwendig wäre — sehen die Unternehmer bei depressiven Erwartungen keinen Anlaß. Die expansive Ausgabenpolitik führt unter solchen Umständen zu einer »Sozialisierung« der Verluste, anstatt zu vermehrter Beschäftigung.

Eine restriktive Politik zerstört die Grundlagen für einen erfolgreichen Kurswechsel zugunsten expansiver Ausgabenpolitik. Je überzeugender der restriktive Kurs, je stärker seine beabsichtigte Wirkung auf die »kommerzielle Psyche«, desto geringer der Erfolg eines Kurswechsels. Eine entschiedene restriktive Wirtschaftspolitik verschlechtert die Steuerungsfähigkeit des ökonomischen Systems. Die keynesianistische Illusion — optimale Bremsung, dann Gegensteuerung — hat sich in der Rezession der siebziger Jahre als gefährlich erwiesen; diese Illusion findet bei Keynes' »Allgemeiner Theorie« allerdings kaum Nahrung.

4. Aus der Bedeutung kommerzieller Erwartungen für den Erfolg

expansiver Ausgabenpolitik folgt auch: *Der Wirkungskoeffizient expansiver Ausgabenpolitik steigt, wenn die Ausgabenerhöhung von der öffentlichen Hand angekündigt und für dauerhaft erklärt wird.* Der Wirkungskoeffizient steigt — nach Keynes — vor allem aus zwei Gründen. Erstens nimmt die Möglichkeit zur technisch-kommerziellen Anpassung an eine vermehrte Nachfrage zu; zweitens fassen die Unternehmer die sie erreichende Nachfrage nicht bloß als Zufallseignis auf. Dadurch steigt die Bereitschaft, nicht einfach die Lager abzubauen, sondern die Beschäftigung aufrechtzuerhalten oder sogar zu erweitern.

In der Ansicht über die positive Wirkung von Ankündigungen expansiver Ausgabenpolitik kommt der *Gegensatz zu den neoklassischen Monetaristen* deutlich zum Ausdruck. Die Monetaristen gehen davon aus, die Wirtschaft strebe ohnehin stets nach dem langfristigen Gleichgewicht — die »natürliche Arbeitslosigkeit« lasse sich nicht beseitigen —, weswegen die Beschäftigungswirkung expansiver Ausgabenpolitik auf einer vorübergehenden Geldillusion beruhe; die Ausgabenpolitik müsse daher im geheimen vor sich gehen, um überhaupt auch nur temporären Erfolg zu haben. Keynes dagegen sieht die Arbeitslosigkeit gerade durch einen Mangel in der Informations- und Anpassungsstruktur kapitalistisch organisierter Wirtschaften. Der Staat muß die Unternehmer von der kompensatorischen Wirkung seiner Eingriffe überzeugen, will er Erfolg haben.

5. Zuletzt sei noch auf eine unmittelbar politische Folgerung aus der Keynesschen Sicht ökonomischer Wirkungszusammenhänge verwiesen: *Jede Politik, die unmittelbar die Erhaltung der Beschäftigung von Arbeitskräften anstrebt, erhöht den Wirkungskoeffizienten staatlicher Ausgaben.* Eine Politik der unmittelbaren Arbeitsplatzsicherung ist nur dort möglich, wo — wie in der verstaatlichten Industrie — die Unternehmen gezwungen werden können, Arbeitskräfte auch dann in einer Rezession noch zu halten, wenn ein Abbau der Beschäftigung profitabler erscheint. Da Arbeitskraft sich nicht lagern läßt, erreicht der Fortpflanzungseffekt staatlicher Ausgaben unmittelbar ein Maximum; die Unternehmer können nicht mit einer Veränderung ihrer Kapitalstruktur den Impuls versickern lassen, sondern geben ihn unmittelbar weiter. Eine Politik der unmittelbaren Arbeitsplatzsicherung verringert nicht nur die gesamtwirtschaftliche Vergeudung von Ressourcen durch Arbeitslosigkeit — die zusätzlich individuell noch materielle und psychische Verarmung hervorruft —, sondern ist konjunkturpolitisch eine angemessene kurzfristige Maßnahme expansiver Wirtschaftspolitik.

ANMERKUNGEN

- 1 Exemplarisch Friedman 1968.
- 2 Dazu schon Anfang der sechziger Jahre Friedman/Meiselman 1963.
- 3 Eine Übersicht über elf große ökonomische Makromodelle und ihre dynamischen Multiplikatoren geben Fromm/Klein 1973. Die Multiplikatorwerte schwanken — nach fünf Quartalen — bei den verschiedenen Modellen zwischen 0,1 und 2,8.
- 4 Die durch Leijonhufvud 1968 angeregte Wiederaufnahme der Debatte um Keynes' »Allgemeine Theorie« spart die Diskussion der Multiplikatoranalyse aus. Leijonhufvud (1968, 21 f., 56 ff., 390 ff.) schloß sich in der Rezeption der Multiplikatoranalyse den »Keynesianern« an. Neuerdings hat Hicks 1974 in einer viel beachteten Interpretation von Keynes nicht nur implizit das traditionelle Multiplikatorverständnis übernommen, sondern sogar explizit die — Keynes zuwiderlaufenden — analytischen Argumente der frühen Keynesianer wiederholt; Hicks 1974, 10 ff. Von der dogmenhistorischen Inadequanz des Multiplikatorverständnisses der Keynesianer ließe sich leicht absehen, wäre nicht damit auch eine problematische Auffassung über ein zentrales konjunkturpolitisches Problem verbunden.
- 5 Das zeigt ein Vergleich zwischen drei Aufsätzen aus der Zeit unmittelbar nach der »Allgemeinen Theorie«: Lutz 1938, Machlup 1939, repräsentieren den einen Argumentationstyp, Samuelson 1939 dagegen den anderen.
- 6 Hicks 1937.
- 7 Robertson 1936, Lundberg 1937, Ch. 9, Metzler 1941.
- 8 Robertson 1936.
- 9 Zur Durchsetzung dieser Interpretation hat sicherlich das einflußreiche Lehrbuch von E. Schneider beigetragen. Die »dynamische« Deutung findet sich beispielsweise ungebrochen bei Rose 1967, aber auch in angloamerikanischen Lehrbüchern, beispielsweise bei Lipsey/Steiner 1969, 537 ff. Samuelson beschreibt dagegen den Diffusionsprozeß in der siebenten Ausgabe von »Economics« nur interpersonell, nicht aber zeitlich dynamisch, Samuelson 1969, 223 ff.
- 10 Besonders betont bei Schneider 1969, Bd. III, Kap. III, und Rose 1967.
- 11 Durch Einführung von Differenzgleichungen wird der komparativen Statik ein korrespondierender dynamischer Prozeß unterlegt.
- 12 Keynes 1936, Bk II, Ch. II; »Das sogenannte Saysche Gesetz besagt« (in einer vereinfachten Version): Jedes Angebot schafft sich selbst eine Nachfrage.
- 13 Keynes selbst hat sich dieser Vereinfachung bedient, sie aber als solche gekennzeichnet und darüber hinaus nicht auf die materielle Beantwortung der zweiten Frage vergessen.
- 14 Samuelson 1939.
- 15 Keynes 1936, Ch. 12.
- 16 So schreibt Hicks (1974, 10): »So the multiplier is not instantaneous; it takes time to operate«. Das steht im genauen Gegensatz zum folgenden Keyneszitat.
- 17 Keynes 1936, 122; meine Übertragung des folgenden Originalzitats: In general however, we have to take account of the case where the initiative comes from an increase in the output of the capital-goods industries which was not fully foreseen. It is obvious that an initiative of this description only produces its full effect on employment over a period of time. I have found, however, in discussion that this obvious fact often gives rise to some confusion between the logical theory of the multiplier, which holds good continuously, without time-lag, at all moments of time, and the consequences of an expansion in the capital-goods industries which take gradual effect, subject to time-lag and only after an interval.
- 18 Keynes 1936, Bk. II, Ch. 3. Die »effektive Nachfrage« bedeutet bei Keynes jenes Produktions- und Beschäftigungsniveau, das die Unternehmer auf Grund ihrer Erwartungen anstreben.
- 19 Keynes 1937, 121; meine Übertragung des folgenden Originalzitats: The theory can be summed up by saying that, given the psychology of the public, the level of output and employment as a whole depends on the amount of investment. I put it in this way, not because this is the only factor on which aggregate output depends, but because it is usual in a complex system to regard as the *causa causans* that factor which is most prone to sudden and wide fluctuation.

- 20 Keynes 1936, 117 f.; meine Übertragung des folgenden Originalzitats: An increment of investment in terms of wage-units cannot occur unless the public are prepared to increase their savings in terms of wage-units. Ordinarily speaking, the public will not do this unless their aggregate income in terms of wage-units is increasing. Thus their effort to consume a part of their increased incomes will stimulate output until the new level (and distribution) of incomes provides a margin of saving sufficient to correspond to the increased investment. The multiplier tells us by how much their employment has to be increased to yield an increase in real income sufficient to induce them to do the necessary extra saving, and is a function of their psychological propensities. If saving is the pill and consumption is the jam, the extra jam has to be proportioned to the size of the additional pill.
- 21 Hicks unterläßt zwar die präzise Unterscheidung zwischen Multiplikator und Fortpflanzungseffekt betont aber die Bedeutung der Lagerinvestitionen für den »Multiplikatoreffekt« (Hicks 1974, 12 f.).
- 22 Mit Struktur des Kapitalstockes ist hier insbesondere das Verhältnis von Lager- zu Anlageinvestitionen gemeint.
- 23 Keynes 1936, 116; Keynes hat mit der Vereinfachung Anlaß genug gegeben zum beschriebenen keynesianischen Umkehrschluß, zusätzlich staatliche Investitionen würden in vollem Ausmaß die effektive Nachfrage erhöhen.
- 24 Ebenda 123 f.
- 25 Ebenda 123, meine Übertragung des folgenden Originalzitats: »Thus an expansion in the capital-goods industries causes a series of increments in aggregate investment occurring in successive periods over an interval of time, and a series of values of the marginal propensity to consume in these successive periods which differ both from what the values would have been if the expansion had been foreseen and from what they will be when the community has settled down to a new steady level of aggregate investment. But in every interval of time the theory of the multiplier holds good in the sense that the increment of aggregate demand is equal to the product of the increment of aggregate investment and the multiplier as determined by the marginal propensity to consume.«
- 26 Ebenda.
- 27 Ebenda 123, 286 ff.
- 28 Ebenda 124.
- 29 Ebenda 287. Diese Definition der Produktionsperiode entspricht nicht dem Konzept der »Umwegigkeit« der Wiener Schule. Das Keynessche Konzept kommt eher dem impliziten Produktionsperiodenbegriff nahe, den Leontief in seinen empirischen Schätzungen der »Dynamischen Inversen« verwendet. Leontief 1972.

LITERATUR

- Carter, A., Brody, C., eds. (1972): *Contributions to Input-Output-Analysis*, Amsterdam 1972.
- Ehrlicher, W., et al., eds. (1969): *Kompandium der Volkswirtschaftslehre*, Bd. I, Göttingen.
- Friedman, M. (1968): *The Role of Monetary Policy*, AER 58, 1—17.
- Friedman, M., Meiselman, L. (1963): *The relative stability of monetary velocity and the investment multiplier, 1897—1958*, in: *Commission on Money and Credit*, ed., »Stabilization Policies«, Englewood Cliffs, 1963.
- Fromm, G., Klein, L. R. (1973): *A Comparison of Eleven Econometric Models of the United States*, AER 63, 385—401.
- Gordon, R. A., Klein, L. R., eds. (1966): *Readings in Business Cycles*, London 1966.
- Hicks, J. R. (1937): *Keynes and the »Classics«: a Suggested Interpretation*, Ecm 5, 147—159.
- Hicks, J. R. (1974): *The Crisis of Keynesian Economics*, Oxford 1944.
- Kahn, R. F. (1931): *The Relation of Home Investment to Unemployment*, EJ 41.
- Keynes, J. M. (1936): *The General Theory of Employment, Interest and Money*, (in: »Collected Writings«, Vol. VII), London.
- Keynes, J. M. (1937): *The General Theory of Employment*, QJE 51, 209—223 (in: »Collected Writings«, Vol. XIV, 109—123).
- Leijonhufvud, A. (1968): *On Keynesian Economics and the Economics of Keynes (A study in monetary theory)*, New York 1968.
- Leijonhufvud, A. (1973): *Effective Demand Failures*, Swedish Journal of Economics, 75, 27—48.
- Leontief, W. (1970): *The Dynamic Inverse*, in: »Carter-Brody«, eds. (1970), 17—46.
- Lipsey, R. G., Steiner, P. O. (1966): *Economics*, New York.
- Lundberg, E. (1937): *Studies in the Theory of Economic Expansion*, London.
- Lutz, F. A. (1938): *The Outcome of the Savings-Investment Discussion*, QJE 52, 588—614 (dt.: *Das Ergebnis der Diskussion über Sparen und Investieren*, in Weber, ed. [1967], 111—132).
- Machlup, F. (1939): *Period Analysis and Multiplier Theory*, QJE, 1—27 (dt.: *Periodenanalyse und Multiplikatortheorie*, in: Weber, ed. [1967], 144—169).
- Metzler, L. A. (1941): *The Nature and Stability of Inventory Cycles*, REStat 23, 113—129 (in: Gordon/Klein, eds. [1966], 100—129).
- Robertson, D. H. (1936): *Some Notes on Mr. Keynes' General Theory*, QJE 51, 168—191.
- Rose, K. (1967): *Einkommens- und Beschäftigungstheorie*, in: Ehrlicher, W., et al., eds. (1969), 193—247.
- Samuelson, P. A. (1967): *Economics (An Introductory Analysis)*, New York 1967.
- Samuelson, P. A. (1939): *Interactions Between the Multiplier Analysis and the Principle of Acceleration*, REStat 21, 75—78 (dt.: *Wechselwirkungen zwischen der Multiplikatoranalyse und dem Akzelerationsprinzip*, in: Weber, ed. [1967], 235—241).
- Schneider, E. (1969): *Einführung in die Wirtschaftstheorie*, Bd. III (11. Aufl.), Tübingen 1969.
- Weber, W., ed. (1967): *Konjunktur- und Beschäftigungstheorie*, Köln 1969.

Zur Kapitalismus- kritik und Kapitalismus- überwindung

Eine Antwort
an F. Lacina und Th. Prager¹

Ota Šik

Es sei mir erlaubt, zu dem Kommentar von F. Lacina und Th. Prager in »Wirtschaft und Gesellschaft«, betreffend meinen Artikel »Zur Konvergenzproblematik«² Stellung zu nehmen. Die beiden Autoren beziehen sich nur auf diesen Artikel, obwohl es ihnen um eine grundsätzliche Differenzierung nicht nur von meiner Analyse der kapitalistischen Ökonomik, sondern, vor allem im zweiten Teil des Kommentars, von meinen Vorstellungen über Systemreformen geht.

Zuerst nun zu den Argumenten betreffend die kapitalistische ökonomische Entwicklung.

Wenn ich in dem erwähnten Artikel von einem relativen Kapitalüberfluß spreche, dann im Sinne eines eingetretenen, langfristig sich durchsetzenden neuen Verhältnisses vom Kapital zu dem Angebot an Arbeitskräften in industriell hoch entwickelten kapitalistischen Ländern. Es geht mir also nicht um jene — im Kapitalismus periodisch auftretenden — Situationen, in wel-

chen produktives Kapital als auch Geldkapital zum Teil überflüssig, ungenutzt liegen, weil der Markt, also die Absatzmöglichkeiten, vorübergehend hinter den Produktionspotenzen zurückgeblieben sind. Es geht hingegen um die Entstehung einer so mächtigen kapitalistischen Produktionsbasis, bei welcher — trotz weiterhin wachsender technischer Zusammensetzung des Kapitals³ — der Umfang des gesamten variablen Kapitals schneller wächst als die Zahl der zur Verfügung stehenden Arbeitskräfte. Mit dieser kapitalistischen Entwicklung wurde Marxens aus der Akkumulation des Kapitals gezogene Schlußfolgerung widerlegt, gemäß welcher die Arbeiterklasse gesetzmäßig schneller wachsen würde als das sie beschäftigende variable Kapital, und es daher mit dem Wachstum des gesamten Kapitals auch zu einem Wachstum der industriellen Reservearmee kommen werde.⁴

Durch die Entstehung einer so ausgedehnten kapitalistischen Produktion wurde auch das variable Kapital derart erweitert, daß die Nachfrage nach Arbeitskräften in industriell hoch entwickelten Ländern während einer relativ langen Nachkriegsperiode schneller wuchs als das heimische Angebot an Arbeitskräften. Auch wenn die zyklische Entwicklung der kapitalistischen Produktion nicht überwunden wurde und diese ein inhärenter Bestandteil des kapitalistischen Systems ist, was ich in meinen Arbeiten immer wieder betone,⁵ hat sich dennoch die Entwicklung der industriellen Reservearmee wesentlich geändert. Nur während der Nachkriegsrezessionen entstand jeweils ein relativ kleines Überangebot an Arbeitskräften, während in den Konjunkturperioden die Nachfrage größer war als das Angebot. Dies ist ein wesentlicher neuer Faktor gegenüber der früheren kapitalistischen Ent-

wicklung und auch noch gegenüber der Zeit zwischen beiden Weltkriegen, in welcher auch während der Konjunkturperiode eine Massenarbeitslosigkeit existierte.

Die nach dem Zweiten Weltkrieg un-
gemein erweiterte Industriebasis, der
relative Kapitalüberfluß sowie der
schnelle technische Fortschritt sind
selbstverständlich gleichzeitig entschei-
dende Faktoren für eine beschleunigte
Kapitalakkumulation. Je mehr pro-
duktives Kapital und je höher die Pro-
duktivität der Arbeit, desto größer
auch der Mehrwert, aus welchem wie-
der das Kapital erweitert werden
kann.⁶ Dies zu dem Einwand beider
Autoren: »Zunächst ist nicht einzu-
sehen, wieso Kapitalüberfluß die Akku-
mulation begünstigen soll.« Selbstver-
ständlich habe ich aber immer wieder
darauf hingewiesen, daß die Kapital-
entwicklung von innerlich wider-
sprüchlichen Faktoren abhängig ist —
auf der einen Seite eben von der kapi-
talistischen Produktionsbasis und der
Mehrwertschöpfung selbst, auf der an-
deren Seite aber von der Marktent-
wicklung, also den Absatzmöglichkeiten
für die Produktion, die eben im
Kapitalismus nicht immer den Produk-
tionspotenzen entsprechen können. Es
ist vor allem die Entwicklung der Kon-
sumtion der breiten Massen der Be-
völkerung, die ihrerseits wieder vor
allem von der Entwicklung der realen
Lohnquote abhängt, die auch letzten
Endes die Entwicklung der Kapital-
akkumulation bestimmt. Auch wenn
die Kapitalakkumulation, vor allem
die Nettoinvestitionen, eine *relative*
Selbständigkeit haben und jeweils eine
bestimmte Zeitlang unabhängig von
der Konsumtionentwicklung wachsen
können, hängen sie doch in entschei-
dendem Maße mit dem Absatz und der
Produktion von Konsumgütern zusam-
men, und diese verursachen eben auch
große Schwankungen der Akkumula-
tion, periodische Reduzierungen oder
sekuläre Beschleunigungen.⁷

Eben dieser Zusammenhang zwi-
schen der Verteilung des Bruttoein-

kommens auf Löhne und Mehrwert,
daher auch der Entwicklung der Lohn-
quote und der von ihr entscheidend
beeinflußten Konsumtionsentwicklung
auf der einen Seite, und der Verwand-
lung von Mehrwert in Nettoinvesti-
tionen, daher der realen Kapitalakku-
mulation auf der anderen Seite, wird
von der bürgerlichen Ökonomie nicht
aufgedeckt. Daß es eben die Lohnquote
ist, die entscheidend die Konsumtions-
und damit auch letzten Endes die In-
vestitionsentwicklung bestimmt, wird
geflissentlich übersehen, und dies über-
sehen auch beide Autoren in ihrer Kri-
tik meiner Darstellung der Spezifik
der Verteilungsprozesse im Neukapi-
talismus.

Natürlich hat eine wesentlich geän-
derte Entwicklung der Konsumtions-
quote von ungefähr Anfang der fünf-
ziger Jahre viele einzelne konkrete
Ursachen, und wenn ich diese nun
nicht alle in dem Artikel eingehend
behandle, dann ist dies nur auf seinen
beschränkten Umfang zurückzuführen.
Bestimmt wäre es interessant, die ge-
änderte Rolle und Wirkung der Ge-
werkschaften auf die Lohnentwicklung
in verschiedenen kapitalistischen Län-
dern nach dem Zweiten Weltkrieg
eingehend zu untersuchen. In dem be-
sagten Artikel mußte ich mich jedoch
darauf beschränken, eine geänderte
gewerkschaftliche Organisation der
Lohnempfänger und ihre allgemein ge-
stiegene Rolle im Kampf um das Lohn-
wachstum zu konstatieren. Aber eben
auch diese vergrößerte Wirkung der
Gewerkschaften hat — neben relativ
selbständigen politischen Einflüssen —
eine entscheidende grundlegende Ur-
sache, und die ist eben darin zu sehen,
daß in den Industriestaaten das Phä-
nomen der wachsenden industriellen
Reservearmee verschwunden ist, der
Konkurrenzdruck und die gewerk-
schaftliche Zersplitterung innerhalb
der Arbeiter sich ungemein verklei-
nert hat und auf Grund dessen eben
auch die Stärke der Gewerkschaften
und ihre Wirkung auf die Lohnent-
wicklung stark gewachsen ist. Dies

alles ist dann letzten Endes wieder auf die Entstehung des relativen Kapitalüberflusses auf der einen Seite und einer geänderten Marktentwicklung auf der anderen Seite zurückzuführen.

Ich werde hier nun nicht all jene Hauptfaktoren wiederholen, die im Artikel als Triebkräfte einer wesentlich geänderten Konsumtionsentwicklung im Neukapitalismus aufgezeigt werden. Wenn nun beide Kritiker diese geänderte Konsumtionsentwicklung anzweifeln und mit dem Argument der höheren Investitionsquote nach dem Zweiten Weltkrieg aufwarten, dann beweisen sie nur, daß sie den Unterschied zwischen kurzfristigen und langfristigen Änderungen in der Einkommensverteilung, die ich eben zu erklären versuchte, nicht verstanden haben. Eine jede kurzfristige Steigerung der Konsumquote, bei welcher die nominelle Nachfrage schneller wachsen sollte als die reale Konsumgüterproduktion, wird natürlich sofort durch Preissteigerungen ausgeglichen, so daß die statistische Erfassung, welche diese kurzfristigen Schwankungen gar nicht exakt widerspiegeln kann, nur eine mehr oder weniger gleichbleibende Konsumquote aufweist. Wie ich anderswo bereits aufzeigte,⁸ müssen die Preissteigerungen gar nicht immer nur als Folgen einer kurzfristig gewachsenen Konsumquote in Erscheinung treten, sondern können in einer bereits einmal verlaufenden Inflationsentwicklung auch der Steigerung der konsumausgerichteten Einkommen vorauseilen. Die entsprechende Steigerung dieser Einkommen muß dann jedoch wieder folgen, kann eventuell wieder ihrerseits die Preissteigerungen überholen, um dann wieder von Preissteigerungen überholt zu werden und so weiter, so daß in der Praxis Ursache und Folge überhaupt nicht mehr zu unterscheiden sind. Die statistische Erfassung der Konsumquote kann dann diese kurzfristigen Schwankungen überhaupt nicht wahrnehmen.

Die langfristig wesentlich höhere In-

vestitionsquote nach dem Zweiten Weltkrieg gegenüber der Vorkriegszeit ist dann eben nur die Bestätigung der von mir dargestellten wesentlichen Änderung in der kapitalistischen Entwicklung. Auf der einen Seite die un- gemein erweiterte Produktionsbasis mit der schneller wachsenden Produktivität und auf der anderen Seite die langfristig nicht mehr hinter der Produktion zurückbleibende Konsumtionsentwicklung, so daß eine größere Investitionsquote und die mit ihr gegebene schnellere Produktionssteigerung relativ langfristig auch von einer entsprechend proportionell wachsenden Konsumtion absorbiert werden konnte. Nur jemandem, der die spezifischen Ursachen der weit stärkeren und längerfristigen Dynamik der Nachkriegsentwicklung, die wesentlich neue Entwicklung des Verhältnisses zwischen Investitions- und Konsumtionsquote nicht versteht und diese nicht erklären kann, wird die alleinige Feststellung dieser Dynamik banal erscheinen.

Es ist nicht immer entscheidend, wie groß der Anteil der Konsumtion am Brutto- beziehungsweise Nettosozialprodukt ist, sondern entscheidend ist die Entwicklung dieses Anteiles im Verhältnis zu dem Umfang der produzierten Investitionsgüter. Solange die Konsumgüterproduzenten die für sie produzierten Investitionsgüter absorbieren können, und die Produzenten dieser Investitionsgüter für die Gruppe Pr_C (für die Konsumgüterproduktion) wieder ihrerseits alle für sie produzierten Investitionsgüter abnehmen und so weiter, solange kurz und gut alle produzierten Investitionsgüter (bei der gegebenen Investitionsquote) abgesetzt werden können, solange wird auch eine kapitalistische Produktion ohne Krisenunterbrechungen schnell wachsen können. Die Tatsache, daß vom Anfang der fünfziger Jahre bis 1974 die kapitalistische Produktion nicht nur ungemein schnell gewachsen ist, sondern auch die immerhin eingetretenen Rezessionen relativ schwach

und kurzfristig waren, ist eben vor allem auf die genügend schnell wachsende reale Konsumtion zurückzuführen. Daß dies nur innerhalb eines Kampfes um die Einkommensaufteilung zwischen Interessengegnern, innerhalb sich abwechselnder Überziehungen der nominellen Einkommensgruppen (Lohn-, Kapital- und Staatseinkommen) gegenüber dem realen Produktionswachstum, also innerhalb einer inflationären Entwicklung vor sich gehen konnte, ist der Ausdruck der kapitalistischen Unmöglichkeit, die qualitativen und quantitativen Zusammenhänge zwischen den unterschiedlichen Produktionsgruppen sowie den ihnen entsprechenden Einkommensgruppen zu respektieren und die erforderlichen Proportionen planmäßig optimal zu regulieren.

Die Bemerkungen von F. Lacina und Th. Prager zu den angenommenen Entwicklungstrends der Produktionskostenbestandteile zeugen dann von einem vollkommenen Unverständnis der Zusammenhänge zwischen den beiden großen Produktionsgruppen (Pr_I und Pr_C), den unterschiedlichen Einkommensgruppen sowie den dargestellten Gleichgewichtsbedingungen. Wenn ein Teil der Erlöse für verkaufte Waren der Gruppe Pr_C , der den Materialkosten entspricht, benützt werden muß, um von den Produzenten der Gruppe Pr_I jene Produktionsmittel wieder einzukaufen, mit welchen die verbrauchten Materialien ersetzt werden können, und wenn eine wertmäßige Gleichheit zwischen den von Gruppe Pr_I für die Gruppe Pr_C produzierten Produktionsmitteln (in Werthöhe von $L_I + St_I$) und den von der Gruppe Pr_C eingekauften Produktionsmitteln (in Werthöhe von $M_C + G_C$) als Gleichgewichtsbedingung erforderlich ist, dann ist es schon sehr wohl wichtig, in welchem Tempo sich die zwei gegensätzlich auszutauschenden Wertgrößen entwickeln, wie also auch die Materialkosten in Pr_C wertmäßig wachsen. Wenn es richtig ist, daß die Gleichgewichtsbedingung $L_I + St_I = M_C + G_C$ lautet und

M_C sich zusammensetzt aus den Abschreibungen plus Materialkosten in den Produkten der Gruppe Pr_C , dann ist es wohl auch ersichtlich, daß die Entwicklung der Materialkosten und jede Veränderung der Quote dieser Materialkosten in der Gruppe Pr_C von Bedeutung für die Erhaltung beziehungsweise Störung der Gleichgewichtsbedingung ist.

Da aber das M_C , wie gesagt, auch die Abschreibungen in der Gruppe Pr_C einschließt, ist natürlich auch die Entwicklung der Kapitalproduktivität (das heißt auch ihres umgekehrten Ausdruckes des Kapitalkoeffizienten) wichtig. Wenn die Kapitalproduktivität das Verhältnis von Nettoprodukt (Nationaleinkommen) zum angewandten Kapital $\frac{Y}{K}$ darstellt und der Kapital-

koeffizient der Quotient aus $\frac{K}{Y}$ ist, dann drückt die sinkende Tendenz des Kapitalkoeffizienten die Tendenz eines verhältnismäßigen Wachstums des Nationaleinkommens im Verhältnis zum angewandten Kapital aus. Hier lehne ich mich an die Berechnungen von E. Helmstädter an, die in einer langen Zeitreihe bis zum Jahre 1962 reichen, und die ich auch in meinem Buch »Der dritte Weg« wiedergegeben habe. Es entspricht also nicht der Wahrheit, daß ich für diese Annahme kein empirisches Material angeführt habe. Die beiden Autoren hätten sich schon die Mühe geben müssen, den im Artikel angeführten Hinweis zumindest zu beachten. Auch wenn leider über das Jahr 1962 weiter hinausführende Angaben nicht beschafft werden konnten, habe ich aus der langen Zeitreihe eine Weiterführung der angeführten Tendenz angenommen.

Warum aber aus einer steigenden Kapitalproduktivität beziehungsweise einem sinkenden Kapitalkoeffizienten notwendigerweise ein steigender Gewinntrend gemäß der Autoren abgeleitet werden muß, ist wirklich nicht ersichtlich. Unmittelbar wird eine steigende Kapitalproduktivität das Netto-

produkt im Verhältnis zum Wert der verbrauchten Produktionsmittel (also auch im Verhältnis zu den Abschreibungen) vergrößern, und nur wenn die Lohnquote gleich bleibt beziehungsweise weniger steigt als das Nettoprodukt, wird auch die Gewinnquote steigen. Ich nehme jedoch an, daß im Neukapitalismus die *nominellen Löhne im Verhältnis zur Produktivität wachsen* und daß der Anteil der Lohn- und Steuersummen zusammen am Bruttoeinkommen, also die Lohn- und Steuerquote *vorübergehend* schneller als das Nettoprodukt wachsen. Ich spreche bewußt von der Produktivität als solcher, im Sinne eines Wachstums der Produktion pro Arbeitseinheit, ungeachtet dessen, durch welche Faktoren dies hervorgerufen wird.

Die in der bürgerlichen ökonomischen Theorie übliche Unterscheidung zwischen Kapitalproduktivität und Arbeitsproduktivität ist eine vereinfachende Abstraktion, die auch für die Praxis nicht relevant ist. Eine jede Vergrößerung der Produktion im Verhältnis zum angewandten Kapital mit Hilfe technisch fortgeschrittener Maschinen und ähnlichem ist fast immer gleichzeitig eine Vergrößerung der Produktion im Verhältnis zu der gegebenen Zahl an Arbeitskräften, also Arbeitsproduktivitätssteigerung. Eine gleichzeitig vor sich gehende relative Ersparnis an Rohstoffen, Energie und ähnlichem durch diesen technologischen Fortschritt führte meist nicht zu einer absoluten Verkleinerung des verbrauchten Materials, sondern zu einer Steigerung der Produktion bei absolut wachsendem, aber relativ sinkendem Materialverbrauch. Bleibt dann die Zahl der Arbeitskräfte unverändert, so ist es wieder gleichzeitig eine Steigerung der Arbeitsproduktivität. (In der marxistischen Theorie wird auch richtigerweise nur von der Arbeitsproduktivität als solcher gesprochen, bei der Verfolgung der Produktionssteigerung im Verhältnis zu der »vergangenen« als auch »lebendigen« Arbeit beziehungsweise beiden zusam-

men.) Und es ist nun eine Tatsache, daß in den vergangenen Jahren eine jede Steigerung der Produktivität, durch welchen Faktor auch hervorgerufen, sobald sie sich in einer Steigerung der Produktion pro Erwerbstätigen ausdrückte, von entsprechenden Lohnsteigerungen begleitet wurde, die eher noch schneller als langsamer verliefen.⁹

Die im Artikel angeführten Faktoren führen dann dazu, daß die Lohn- und Steuersummen noch schneller wachsen als die durchschnittlichen Löhne, so daß sich immer kurzfristig, vorübergehend, die Lohn- und Steuerquote (Anteil am Bruttoprodukt) vergrößert. Wenn dann daher die Lohn- und Steuersumme in Gruppe Pr_I vorübergehend schneller wächst als die Summe der Materialkosten und Gewinne in Gruppe Pr_C , also eine vorübergehend größere Nachfrage von $L_I + St_I$ gegenüber dem Konsumgüterangebot in Werthöhe von $M_C + G_C$ entsteht ($L_I + St_I > M_C + G_C$), dann kommt es notwendigerweise zu Preissteigerungen der Konsumgüter und aus diesen dann erst zu einem Wachstum der Gewinnquote in Pr_C . Da jedoch Preissteigerungen der Konsumgüter wieder zu allgemeinen Lohnsteigerungen führen, werden sehr schnell auch Preissteigerungen in Gruppe Pr_I folgen und so weiter. Soviel also zu der Bedeutung der relativen Materialkostensenkung für die Inflationserklärung.

Wenn F. Lacina und Th. Prager die Erklärung dieser *relativen* Materialkostensenkung, also einer vorübergehenden (vor Ausgleich durch Preissteigerungen) Verkleinerung der Materialkostenquote, als in Widerspruch stehend zu der weiter aufgezeigten wachsenden Verknappung von Rohstoff- und Energieressourcen betrachten, weiß ich überhaupt nicht mehr, ob dies ernst gemeint sein kann. Auch ein Nichtökonom merkt natürlich sofort, daß eine *relative* Senkung der Materialkosten, also die Senkung ihres Anteiles am Bruttoprodukt, nicht gleich-

zusetzen ist dem ungemein schnell wachsenden *absoluten* Verbrauch von Rohstoffen und Energie. Letzterer ist eben ein Ergebnis des schnellen Wachstums der Industrieproduktion auf der ganzen Welt, welches bei der überdies ziemlich einseitigen Konsumtion und Produktion in den hoch entwickelten Industrieländern mehr als bedenklich ist. Die relativ sinkenden Materialkosten können den absolut wachsenden Verbrauch an Rohstoffen und Energie nur abbremsen, nicht aber aufhalten. Die Tatsache, daß alle Verknappungen in der geschichtlichen Entwicklung bislang immer gleichzeitig als Impulse für Innovationen und Aufdeckungen von Substitutionen wirkten, kann natürlich nicht die Kritik der kapitalistischen Mängel abschwächen und ändert nichts an der Erklärung der Inflationsursachen. Die Konstatierung meiner Kritiker, daß »eigentlich alles offen bleibt«, ist daher nur eine nichtsagende Floskel.

Der diskutierte Artikel wurde von mir Anfang 1974, vor dem eigentlichen Ausbruch der gegenwärtigen Wirtschaftskrise, geschrieben, in den Monaten, in welchen erst die ersten Anzeichen einer Branchenkrise in der Automobil- und Bauindustrie auftraten. Inzwischen zeigt sich immer deutlicher, daß die verheerende Inflationsentwicklung zwar mit einem langanhaltenden säkularen Konsumtionswachstum verbunden war, bei welchem eine wesentliche, allgemeine Überproduktionskrise relativ langfristig nicht stattfand (sofern wir die kleineren Nachkriegsrezessionen eben nicht so auffassen), daß sie aber schließlich doch nur zu einer sich verlangsamenden *realen* Konsumtionsentwicklung führte und in einer allgemeinen Überproduktionskrise ausartete.

Auf jeden Fall ist sowohl die moderne Inflationsentwicklung als auch die immer wiederkehrende krisenhafte Unterbrechung der kapitalistischen Produktionsentwicklung ein Ausdruck jener Entwicklung der Einkommensverteilung, bei welcher die kon-

sumtiv ausgerichteten Einkommen mit den investiv ausgerichteten Einkommen nicht so proportioniert werden können, um eine optimale Konsumtions- und Investitionsentwicklung zu sichern. Eine Investitionsentwicklung, bei welcher nur so viel Investitionsgüter produziert und benützt würden, als bei voller Beschäftigung aller Arbeitskräfte und Ausnützung des potentiellen technischen Fortschritts eben genügten, um eine maximale und möglichst kontinuierlich wachsende private und soziale Konsumtion beziehungsweise andere Lebensziele des Volkes (Umweltverbesserung, Arbeitszeitverkürzung usw.) zu sichern, würde eine optimale Investitions- und Konsumtionsentwicklung darstellen. Und dieser optimalen Investitions- und Konsumtionsentwicklung müßte eben auch die Aufteilung des Nationaleinkommens auf privatkonsumtiv, sozialkonsumtiv und investiv ausgerichtete Einkommen (bei Berücksichtigung der wahrscheinlichen privaten Ersparnisentwicklung) entsprechen. Aber eine solche optimale Aufteilung der Einkommen ist bei einem spontan und konfliktvoll verlaufenden kapitalistischen Aufteilungsprozeß nicht realisierbar und könnte nur mit Hilfe einer makroökonomischen Planung und in geänderten Eigentumsverhältnissen angestrebt werden. Und hier kommen wir bereits zu jener Problematik, die von den beiden Autoren in dem Abschnitt mit dem Titel »Systemdiagnose« behandelt wird.

Die mich kritisierenden Autoren stört am meisten meine Konstatierung, daß innerhalb der *Wirtschaftseinheiten, der Unternehmen und der Betriebe* im Kapitalismus sehr starke Impulse für eine dauernde Steigerung der Wirtschaftseffektivität existieren. So wörtlich habe ich die Problematik dargestellt, und diese Feststellung will ich auch gern verteidigen. Nicht verteidigen möchte ich jedoch die mir von den beiden Kritikern unterschwellige Formulierung, bei welcher einfach die jetzt von mir unterstrichenen Worte

ausgelassen wurden und die Sache so dargestellt wird, als ob ich »das Wesen des kapitalistischen Systems« so sehen würde, daß dieses »sehr starke Impulse für eine dauernde Steigerung der Wirtschaftseffektivität« biete... und so weiter... Dies mag vielleicht für jemanden ein kleiner Unterschied sein, für mich ist dies jedoch eine ganz wesentlich unterschiedliche Darstellung. Ich selbst betone nämlich immer, daß dem *kapitalistischen System* eine innerlich widersprüchliche Entwicklung eigen ist, die eben darin besteht, daß die sehr starken Effektivitätsimpulse innerhalb der kapitalistischen *Unternehmen* durch bestimmte Prozesse innerhalb der ganzen Volkswirtschaft beständig negiert werden, woraus dann wieder Effektivitätsverluste resultieren. Wenn ich dann diese Effektivitätsimpulse innerhalb der Unternehmen von der Erklärung der Ursachen gesamtwirtschaftlicher Verluste und Entwicklungshindernisse trenne, dann würde ich die — mit mir polemisierenden — Autoren bitten, diese Trennung auch exakt wiederzugeben.

Wenn ich von Eigentumsstrukturen spreche, dann bestehen diese für mich nicht nur aus *rechtlichen Fixierungen* des jeweils gegebenen Eigentums an Produktionsmitteln, sondern in marx'schem Sinne vor allem aus den jeweils gegebenen spezifischen Produktionsverhältnissen, mittels welcher Produktionsmittel und Konsumgüter produziert, verteilt und ausgetauscht werden, also relativ langfristig auf eine spezifische Art und Weise immer wieder bestimmten Menschen beziehungsweise sozialen Gruppen zugeteilt werden und diesen zur Disposition stehen und verbraucht werden können. Die so breit verstandenen Eigentumsstrukturen sind also vor allem Ausdruck der gesamten Produktionsverhältnisse¹⁰ und schließen daher auch die Verteilungsprozesse (Verteilung von Einkommen, Produktionsmitteln, Konsumgütern, Arbeit und so weiter) ein. Wenn ich daher bei dem Versuch, die innere Widersprüchlichkeit der

kapitalistischen Produktions- beziehungsweise Eigentumsverhältnisse zu konkretisieren und verständlicher zu machen, von bestimmten Impulsen spreche, die in den Unternehmen ein starkes Effektivitätsstreben hervorrufen, dann ist dies ganz bestimmt nicht eine einseitig positive Darstellung der kapitalistischen Eigentumsverhältnisse. Gleich weitergehend erkläre ich die gegensätzlichen, negativen Entwicklungsprozesse dieser Eigentumsverhältnisse, die zu Krisen, Inflation, Umweltverpestung, einseitiger Konsumtionsentwicklung und so weiter führen, die ebenso systeminhärent sind wie das Effektivitätsstreben in den Unternehmen.

F. Engels hat in seiner Arbeit »Die Entwicklung des Sozialismus von der Utopie zur Wissenschaft« bei einem Versuch der Formulierung der kapitalistischen Widersprüchlichkeit von dem »Gegensatz zwischen der Organisation der Produktion in der einzelnen Fabrik und der Anarchie der Produktion in der ganzen Gesellschaft« gesprochen.¹¹ Man kann ebensogut sagen, daß die planmäßige Organisation innerhalb der einzelnen Fabrik beziehungsweise Unternehmen verbunden ist mit einem Interesse und einem marktmäßigen Zwang zu höchstwirtschaftlicher Ausnützung aller Produktionsfaktoren, zu ständiger Verbesserung der Technik und Steigerung der Produktivität, zu Innovationen und Produktverbesserungen. Es existieren also Impulse für das Streben der Unternehmen nach möglichst effektiver Produktion, und dies kann nicht bestritten werden. Nur wer einmal erkannt hat, welche unersetzbaren Verluste für die Gesellschaft dort entstehen, wo solche Impulse nicht mehr existieren, gewinnt auch wieder das richtige Augenmaß für die Bedeutung dieser Impulse.

Gleichzeitig werden aber durch die Nichtexistenz planmäßig durchgesetzter gesellschaftlicher Interessen und ihrer ungenügenden Überordnung über die partiellen Interessen der einzelnen Unternehmen solche Produktionsent-

wicklungen forciert, die auf Kosten der Konsumenten und der ganzen Gesellschaft verlaufen. All das, was beide Kritiker auf S. 75 aufzählen, die Bedürfnismanipulation, die Obsoleszenz der Produkte, die Vergeudung der Ressourcen, die Umweltpervertierung und so weiter, können sie in meinem Buch »Der dritte Weg« kritisiert vorfinden.¹² Zwar wird dies hier nicht so emotional »hingeworfen«, aber dennoch konsequent als negative und die Gesellschaft immer mehr bedrohende Entwicklung dargestellt. Diese Seite der kapitalistischen Entwicklung ist für mich einer der wichtigen Faktoren, aus welchen ich die Schlußfolgerung für eine notwendige Reform des kapitalistischen Systems ziehe.

Ein weiteres Mißverständnis betrifft die Art, wie meine Lösungsvorschläge aus der Analyse beider Systeme dargestellt werden. Mein Artikel hatte natürlich schon überhaupt nicht das Ziel, diese Lösungsvorschläge darzustellen. Nur die grundlegendsten Prinzipien wurden hier stenographisch angedeutet, und nicht einmal die werden von meinen Kritikern seriös wiedergegeben. Gemäß ihrer Darstellung sehe ich den grundlegenden Weg zu einer Lösung nur in einer »geänderten Stellung der Lohnempfänger«. Daß ich aber die Vorstellung eines neuen, weder kapitalistischen noch kommunistischen Systems vertrete, dessen vier Grundsäulen erstens eine demokratische, makroökonomische Orientierungsplanung, zweitens ein Kollektivkapitaleigentum, drittens ein regulierter Markt und viertens eine vertiefte politische Demokratie sind, dies wissen natürlich beide Autoren nicht. Es sind nicht wenige Arbeiten, in welchen diese Vorstellungen von mir grundsätzlich dargelegt wurden.¹³

Was soll nun zu der Kritik meiner derart vereinfacht dargestellten »Lösungsvorschläge« noch gesagt werden? Die Kritik der Kapitalbeteiligungsexperimente zielt daneben, denn entscheidend ist vor allem die Unterscheidung zwischen solchen »Beteiligungen«,

deren eigentlicher Zweck die Erhaltung eines rein privatkapitalistischen Eigentums als auch des heutigen kapitalistischen Systems ist, von solchen Experimenten, in welchen es tatsächlich darum geht, neue Wege der Schaffung eines kollektiven Eigentums an Produktionsmitteln und der Überwindung der kapitalistischen Entfremdung der arbeitenden Menschen von ihrer Wirtschaftsbasis zu suchen. Meine Zielvorstellung ist auf jeden Fall die Vorstellung einer Gesellschaft, in welcher weder eine kleine Klasse privater Kapitaleigentümer noch eine neue Klasse kommunistischer Machtbürokraten über die gesamte Wirtschaftsentwicklung entscheiden könnte. Nur dann, wenn die arbeitenden Menschen zu kollektiven Eigentümern ihrer Betriebe und Unternehmen werden und mit Hilfe gewählter Vertreter über ihre Entwicklung werden entscheiden können, und nur dann, wenn sie mit Hilfe makroökonomischer Orientierungspläne auch über die grundlegenden Ziele der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung werden entscheiden können, nur dann kann man dies für einen neuen gesellschaftlichen Entwicklungsweg ansehen, in welchem der Prozeß einer Entfremdungsüberwindung wirklich begonnen hat.

Aber die konkretere Vorstellung eines solchen Wirtschafts- und Gesellschaftssystems und vor allem auch die Vorstellung eines realisierbaren Weges zu einer solchen Systemveränderung verlangt natürlich etwas mehr als nur die Fixierung erstrebenswerter Prinzipien. Auf jeden Fall braucht man dazu sehr eingehende Analysen beider Systeme, denn nur durch die möglichst komplexe Erkenntnis aller Ursachen negativer Entwicklungsercheinungen in beiden Systemen und durch die möglichst unvoreingenommene Aufdeckung all jener Zusammenhänge, die auf unterschiedliche Weise in beiden Systemen Wirtschaftsverluste und antisoziale Entwicklungen hervorrufen, kann man dann versuchen, konkretere Reformen von In-

stitutionen, Mechanismen und Strukturen zu entwerfen, mit deren Hilfe die aufgedeckten heutigen Systemmängel eventuell überwunden werden könnten. Mit ideologischen Lösungen kommt man nicht viel weiter als die heutigen östlichen Machthaber.

Die Verdammung eines »Unternehmenspartikularismus und -egoismus der Arbeiter«, welchen angeblich ihre Kapitalbeteiligung (natürlich muß diese als ein Prozeß zu einem Kollektivkapitaleigentum hin verstanden werden) hervorrufen müßte, hört man natürlich heute sehr oft als Argument von »linken« Kreisen. Es fragt sich nur, ob dieses Argument auch wirklich genügend die Erfahrungen und Erkenntnisse aus den kommunistischen Staaten beachtet hat und sich mit all jenen Argumenten auseinandergesetzt hat, die aus tiefergehenden Analysen der Arbeiterinteressen auf der heutigen Stufe der Produktivkräfteentwicklung entstanden sind. »Sozialistisches« Wunschenken hat leider bis heute nur zu unerträglichen praktischen Perverbierungen sozialistischer Ziele geführt und Egoismen hervorgerufen, die sich im Kapitalismus lebende Sozialisten überhaupt nicht vorstellen können.

Es ist nun einmal nicht zu ändern, daß auf der heutigen Stufe der Entwicklung die absolute Mehrheit der Menschen vor allem des Verdienstes wegen arbeitet und ohne die Bindung der Einkommen an die von der Gesellschaft benötigte Arbeit diese nicht durchgeführt würde. Nicht daß die Menschen untätig wären, aber bei arbeitsunabhängiger Einkommenssicherung würde die Mehrheit ihren Hobbys nachgehen beziehungsweise einfach Tätigkeiten und Beschäftigungen suchen, die auf keinen Fall die heutige, gesellschaftlich benötigte, leider noch zum größten Teil nur mittels schwieriger, monotoner und uninteressanter Arbeit gesicherte Konsumation erbringen würde. Diese — nun scheinbar banale — Feststellung muß aber bis zu Ende durchgedacht werden, wobei endlich auch von »sozialistischen«

Kreisen die zahlreichen Argumente der tschechoslowakischen Reformer beachtet und nicht nur an diesen immer rein ideologisch vorbei diskutiert werden darf.

Alle Erfahrungen zeigen, daß es nicht genügt, die Arbeiter und Angestellten nur gemäß der Menge und Qualifikation der Arbeit (wie in den Ostblockstaaten) zu entlohnen, während das ganze Produktionskollektiv durch die Liquidierung des Marktmechanismus vollkommen desinteressiert an der wirklichen Bedürfnisdeckung und an einer effektiven Produktionsentwicklung belassen wird. In sehr vielen Arbeiten habe ich aufgezeigt, warum der Marktmechanismus heute durch kein Planungssystem ersetzt werden kann und wozu die Liquidierung der realen Marktbeziehungen führt.¹⁴ Ein reines solidarisches Interesse aller Arbeiter und Angestellten an der Lohnentwicklung, ohne ihr Interesse und ihre Verantwortung für die Produktionsentwicklung und Bedürfnisdeckung durch ihre Betriebe, muß entweder von der Erhaltung des privatkapitalistischen Eigentums, mit der ökonomischen Verantwortung dieser Eigentümer für die Produktionsentwicklung begleitet sein, oder es setzt eine Verantwortung ökonomisch entfremdeter Staatsbürokraten für die Produktion und »Bedürfnisdeckung«, also ein Staatseigentum östlicher Prägung mit all seinen Folgen, voraus. Wo aber weder dies noch jenes erwünscht wird, wo also die Produktionskollektive selbst nicht nur für eine formelle Arbeitsmenge und Qualifikation entlohnt werden, sondern auch die wirkliche ökonomische Verantwortung für die Effektivität der Produktion tragen sollen, dort muß erstens ihr Einkommen an reale Marktergebnisse gebunden sein und zweitens müssen sie die Möglichkeit haben, direkt oder indirekt über die Entwicklung ihrer Betriebe beziehungsweise Unternehmen und ihre Produktion zu entscheiden.

Der Gewinn ist nun einmal eine Einkommensart, die eben von Marktergebnissen

taten abhängt, und die — bei einem wirklichen Funktionieren des Marktmechanismus — den Produzenten (sei es ein privater oder kollektiver Eigentümer des Kapitals) zwingt, möglichst marktgerecht und effektiv zu produzieren. Es geht nun eher um die Frage, ob solche Marktbedingungen geschaffen werden können, in welchen die verschiedenen wesentlichen Unvollkommenheiten des Marktes, monopolistische Einkommensverzerrungen, nichtäquivalente Einkommensentwicklungen, von den Produktionskollektiven unverschuldete Einkommensverluste und ähnliches in sozialistischen Marktbeziehungen vermieden werden können; ob mit anderen Worten ein Markt existieren könnte, dessen positive, gesellschaftlich erforderliche Funktionen erhalten bleiben würden, aber dessen negative, das Äquivalenzprinzip störende Prozesse beseitigt werden könnten. Ich bin überzeugt, daß ein solcher *regulierter* Markt möglich ist, und zu dieser Überzeugung führen mich nicht nur die Arbeiten, die wir einst noch in der Reformkommission und in den wissenschaftlichen Instituten der Tschechoslowakei durchführen konnten, sondern noch mehr die heute fortgesetzte Arbeit des erwähnten Forschungsteams in St. Gallen.

Es ist nun leider einmal so, daß diese Problematik der Marktregulierung derart kompliziert ist und ihre Erklärung ein solches Ausmaß erfordert, daß bisher darüber fast nichts publiziert werden konnte. In den bereits erwähnten Publikationen konnte ich jeweils nur einige Grundprinzipien dieser Marktregulation erwähnen, und erst die Veröffentlichung der vorbereiteten größeren Forschungsarbeit in einigen Jahren wird hier mehr Klarheit bringen. Auf jeden Fall halte ich eine Forschungsarbeit, die die Möglichkeit einer Verbindung des heute noch nicht zu beseitigenden ökonomischen Motives für die Arbeit von Millionen mit einem Plan- und Marktmechanismus aufzeigen würde, bei welchem die Produktion zu einem ge-

sellschaftlich erforderlichen Optimum gedrängt würde, für weitaus aussichtsreicher als jene Optimierungsverfahren, die vorrangig in den kommunistischen Staaten heute entwickelt werden, bei welchen weiterhin die Marktbeziehungen durch eine dirigistische »optimale« Planung ersetzt werden sollen. Die Ausnützung eines ökonomischen Interesses, das mit Hilfe von Makroplan und Marktregulierung auf demokratisch fixierte Entwicklungsziele ausgerichtet wird, kann viel mehr Initiative hervorrufen und mehr der Gesellschaft bringen als die Unterdrückung eines solchen Interesses und Initiative durch bürokratische Planung und Produktionsleitung.

Es bleibt hier nur noch die letzte Frage offen, ob die Entstehung eines solchen demokratischen, sozialistischen Plan- und Marktsystems nur gemäß der alten marxistisch-leninistischen Doktrin entstehen könnte, nämlich in den Bedingungen einer Diktatur des Proletariats mit Hilfe einer Enteignung und Verstaatlichung der Produktionsmittel, oder auf anderem Wege. Und hier bin ich auf Grund aller meiner Erfahrungen zu einem ganz entschiedenen Gegner des ersteren Weges geworden. Wenn erstens ein »sozialistischer« Weg nur mit Hilfe einer revolutionären Minderheit gegen den Willen einer Volksmehrheit und bei jahrzehntelanger Ausschaltung einer demokratischen Willensbildung dieser Volksmehrheit beschritten werden muß, kann er keine wirklich sozialistischen Freiheiten und Fortschritte bringen, auch wenn dies eine kommunistische Propaganda jahrzehntelang behaupten wird.¹⁵ Und zweitens würde eine Verstaatlichung der Betriebe und Unternehmen entweder eine ebensolche Bürokratisierung ihrer Leitung mit all den riesigen Wirtschaftsverlusten wie im Osten hervorrufen, oder die Betriebe und Unternehmen müßten in ein Kollektiveigentum umgewandelt werden, mit der gleichzeitigen Einführung all jener neuen Systemprinzipien, die ich kurz erwähnt habe. Und hier

fragt es sich, ob nicht ein anderer Weg in den westlichen entwickelten Industriestaaten heute gangbarer und leichter realisierbar ist?

Wenn heute in wachsendem Ausmaß immer mehr Unternehmen freiwillig auf eine Kapitalbeteiligung und Mitbestimmung in der oder jener Form eingehen und in dieser Richtung bereits Hunderte von Experimenten existieren, dann ist dies schon an und für sich ein wichtiges Symptom — auch wenn ich mir voll bewußt bin, daß viele Unternehmer damit eher die Erhaltung des privaten Kapitaleigentums verfolgen. Daß sie dennoch diese neuen Formen und Wege suchen, zeugt schon davon, daß mit dem alten kapitalistischen Druck auf die Arbeiter mit Hilfe einer Arbeitslosenarmee langfristig nichts mehr zu erreichen ist. Wenn sich nun die Gewerkschaften und andere Arbeiterorganisationen zielbewußt für eine fortschreitende Kapitalbeteiligung und Mitbestimmung einsetzen

würden, mit der klaren Vorstellung vor Augen, daß auch eine demokratische Makroplanung und Marktregulierung eingeführt werden müßten, wenn diese Beteiligungsprozesse in dem alten kapitalistischen Wirtschaftsmechanismus nicht ihre positive Wirkung verlieren sollen, dann hätte diese politische Entwicklung eine Realisierungschance.

Auf jeden Fall würde ich heute allen Wegen, auf welchen eine demokratisch entstandene politische Mehrheit gut vorbereitete und durchdachte Systemreformen durchsetzen würde, immer den Vorzug geben gegenüber allen jenen Bestrebungen, bei welchen zwar die Mängel des Kapitalismus radikal angeprangert werden, aber die konkreten Systemreformen, mit welchen der Kapitalismus zum *Vorteil* der arbeitenden Menschen ersetzt werden könnte, nicht mehr so wichtig erscheinen und nur mit abstrakten Losungen abgetan werden.

ANMERKUNGEN

- 1 F. Lacina und Th. Prager, *Unsere Differenzen mit Ota Šik*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Nr. 2/76, S. 73 ff.
- 2 O. Šik, *Zur Konvergenzproblematik*, in: »Wirtschaft und Gesellschaft«, Nr. 1/76, S. 21 f.
- 3 K. Marx, *Das Kapital*, Bd. I, Verlag Dietz, Berlin 1973, S. 640.
- 4 »Diese mit dem Wachstum des Gesamtkapitals beschleunigte und rascher als sein eigenes Wachstum beschleunigte relative Abnahme seines variablen Bestandteils scheint auf der anderen Seite umgekehrt stets rascheres absolutes Wachstum der Arbeiterbevölkerung als das des variablen Kapitals oder ihrer Beschäftigungsmittel.«
»Je größer der gesellschaftliche Reichtum, das funktionierende Kapital, Umfang und Energie seines Wachstums, also auch die absolute Größe des Proletariats und die Produktivkraft seiner Arbeit, desto größer die industrielle Reservearmee. Die disponible Arbeitskraft wird durch dieselben Ursachen entwickelt wie die Expansivkraft des Kapitals. Die verhältnismäßige Größe der industriellen Reservearmee wächst also mit den Potenzen des Reichtums. Je größer aber diese Reservearmee im Verhältnis zur aktiven Arbeiterarmee, desto massenhafter die konsolidierte Überbevölkerung, deren Elend im umgekehrten Verhältnis zu ihrer Arbeitsqual steht.«
K. Marx, a. a. O. S. 658 und 673.
- 5 Vgl. O. Šik, *Der dritte Weg*, Hamburg 1972, S. 292 ff.
- 6 »Indem das Kapital sich die beiden Urbildner des Reichtums, Arbeitskraft und Erde, einverleibt, erwirbt es eine Expansionskraft, die ihm erlaubt, die Elemente seiner Akkumulation auszuweiten jenseits der scheinbar durch seine eigene Größe gesteckten Grenzen, gesteckt durch den Wert und die Masse der bereits produzierten Produktionsmittel, in denen es sein Dasein hat. Ein anderer wichtiger Faktor in der Akkumulation des Kapitals ist der Produktivitätsgrad der gesellschaftlichen Arbeit.«
K. Marx, a. a. O. S. 630 f.
- 7 »Außerdem findet ... eine beständige Zirkulation statt zwischen konstantem Kapital und konstantem Kapital (auch abgesehen von der beschleunigten Akkumulation), die insofern zunächst unabhängig ist von der individuellen Konsumtion, als sie nie in dieselbe eingeht, die aber doch durch sie definitiv begrenzt ist, indem die Produktion von konstantem Kapital nie seiner selbst wegen stattfindet, sondern nur, weil mehr davon gebraucht wird in den Produktionssphären, deren Produkte in die individuelle Konsumtion eingehen.«
K. Marx, *Das Kapital*, Bd. III, Verlag Dietz, Berlin 1973, S. 316 f.
- 8 Vgl. O. Šik, *Argumente für den Dritten Weg*, Hamburg 1973, S. 91.
- 9 Siehe dazu: *Vergleich der Reallohn- und Produktivitätsentwicklung seit 1950*, in: J. Bretschneider / J. Husmann / F. Schnabel, *Handbuch einkommens-, vermögens- und sozialpolitischer Daten*, Köln 1975, S. E 13.
- 10 Siehe darüber mehr in: O. Šik, *Argumente für den Dritten Weg*, Hamburg 1973, S. 140 ff.
- 11 K. Marx, F. Engels, *Ausgewählte Schriften*, Verlag Dietz, Berlin 1974, S. 128.
- 12 Vgl. O. Šik, *Der dritte Weg*, Hamburg 1972, S. 192 ff.
- 13 Vgl. O. Šik, *Der dritte Weg*, S. 419 ff.; *Die vier Grundpfeiler einer demokratisch-sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung*, in: *Pluralismus, Konzeptionen und Kontroversen*, Hrsg. F. Nuscheler, W. Steffani, München 1972, S. 302 ff.; *Demokratische und sozialistische Plan- und Marktwirtschaft*, Zürich 1971; *Jenseits von Kommunismus und Kapitalismus*, in: *Für eine Wirtschaft ohne Dogma*, München 1974, S. 133 ff.
- 14 Vgl. O. Šik, *Argumente für den Dritten Weg*, Hamburg 1973; *Das kommunistische Machtsystem*, Hamburg 1976; *Zur Konvergenzproblematik*, ebd., S. 38 f.
- 15 Vgl. O. Šik, *Das kommunistische Machtsystem*, Hamburg 1976.

Aspekte gesellschaftlicher Ungleichheit

Walter Mayer

Die folgenden Bemerkungen beziehen sich auf den gleichnamigen Aufsatz von Peter Kreisky, Nr. 1/1976.

Soziale Schichten und soziale Gruppen

Erstere werden auf den Seiten 66 und 70 erklärt. Die Definitionen auf Seite 66 sind dabei klarer als jene der Seite 70. Die sozialen Gruppen werden nicht erklärt, sondern in einer Statistik (Anmerkung 35) auf Seite 74 eingeführt. Dort werden die, wie gleich gezeigt wird, verschiedenen Begriffe einander gleichgesetzt. Die nachstehende Tabelle a) zeigt die Zuordnungen.

Tabelle a)

Soziale Schichten (S. 66 und 70)

- I Oberschicht
 - II Mittelschicht
 - III Unterschicht
-

Soziale Gruppen (S. 74)

- III Weniger als 20 Prozent der Erfaßten
 - II Etwa 25 Prozent der Erfaßten
 - I Mehr als 50 Prozent der Erfaßten
-

Wie nötig die Klarstellung ist, zeigt das Diagramm auf Seite 70. Dort ist die Sozialgruppe III genannt, aber offensichtlich die Sozialschicht III, also die Sozialgruppe I, gemeint. Zur Vermeidung von Irrtümern wird in der Stellungnahme nur von »sozialen Schichten« gesprochen, obwohl dieser Begriff abzulehnen ist.

Kritik des Begriffs »soziale Schichten«

Der Begriff *Schicht* ruft die Gedankenverbindung *Wertung* hervor. Das wird durch die weiteren Begriffe *Oberschicht*, *Mittelschicht* und *Unterschicht* noch verstärkt. Wertungen schon in der Nomenklatur sind entschieden abzulehnen. Daher ist der Begriff *Gruppe* besser. Besonders, wenn klargestellt wird, daß eine Gruppe identisch mit einer *Menge* ist. Nun kann man von dieser Menge oder Gruppe nach einer vereinbarten Zuordnung Teilmengen, also Untermengen (Untergruppen) bilden, zum Beispiel die Menge (Gruppe) aller öffentlich Angestellten. Davon können weitere Untermengen (Untergruppen) gebildet werden, zum Beispiel die Menge oder Gruppe aller gewerkschaftlich Organisierten und so fort. Jede Wertung ist nun vermieden. Jedes Element der Menge, also jedes erfaßte Mitglied der ganzen Gruppe, kann und wird im allgemeinen mehreren Teilmengen (Untergruppen) angehören. So sind die auf Seite 69 des Aufsatzes von Peter Kreisky aufgezählten 11 Wohlstandskomponenten nichts anderes als Bezeichnungen für entsprechende Untergruppen (Teilmengen). Diese klaren Definitionen werden in der Kritik nicht benutzt. Dort wird weiterhin von Schichten gesprochen, um Irrtümer zu vermeiden.

Der soziale Aufstieg

Es ist zweckmäßig, die Tabelle 1 der Anmerkung 35 des Aufsatzes von Peter Kreisky neu zu schreiben. Das geschieht unten in der Tabelle b), wobei die gewählten Bezeichnungen benutzt werden.

Tabelle b)

Sozialschicht des Vaters	Sozialschicht der Söhne			Quersumme
	III	II	I	
III	596	101	23	720
II	128	122	81	331
I	44	87	118	249

Kreisky begnügt sich mit der Tatsache, daß nur 23 Söhne von 720 Vätern der Unterschicht die Oberschicht erreichen und daß dagegen von 249 Vätern der Oberschicht 118 Söhne in der Oberschicht verbleiben. Er stellt fest, daß also die Chancengleichheit nicht gegeben ist und man sie erreichen müsse. Das beste, eigentlich das einzige Mittel dazu scheint er in einer weitgehenden Schulreform zu sehen. Diese Vorstellung ist naiv, wie Tabelle c) zeigt. Man gewinnt sie durch Bildung der Zeilen- und Kolonnensummen aus der Tabelle b).

Tabelle c)

Sozialschicht	Vätergeneration	Söhne	Änderung in Prozent
III	720	768	+ 6,67
II	331	310	— 6,68
I	249	222	—12,62

Nun wird die Sache klar. Die Mittel- und vor allem die Oberschicht, um bei diesen Ausdrücken zu bleiben, werden kleiner. Die Unterschicht wächst. Es wird also eine Mobilität nach unten erzwungen. Es wäre arge Heuchelei, tiefsinnige Betrachtungen über den Grund der Bevorzugung des Nachwuchses der Oberschicht anzustellen. Rein menschlich betrachtet ist es doch selbstverständlich, daß für das Verbleiben oder gar den Aufstieg in höhere Schichten in allererster Linie Beziehungen maßgebend sind, also Verwandtschaft und Freundschaft. Letztere gewinnt man durch Mitgliedschaft

in Statusvereinigungen. Wissen und Können sind von untergeordneter Bedeutung. Höhere Schulbildung ist nur nützlich, um einer geeigneten Statusvereinigung beitreten zu können. Das gilt natürlich auch für die »Subschichten«.

Ausnahmen von dieser Tatsache gibt es wenige. Am besten sind Ellenbogen, also völlige Skrupellosigkeit — natürlich am besten in Verbindung mit einer Mitgliedschaft — und überragendes Wissen. Damit allein erreicht man aber wenig.

Man unterschätze die Schulbildung nicht, man überschätze sie aber auch nicht. Jeder hilft doch seinem Bruder früher als einem Fremden; auch wenn dieser gebildeter und geeigneter wäre.

Betrachtungen zur Tabelle c)

Die Tabellen b) und c) umfassen 60 Jahrgänge, nämlich vom 15. bis zum 75. Lebensjahr. Das sind sicher mehr als zwei Generationen. Gleiche Entwicklung vorausgesetzt, erhält man zum Beispiel für drei Generationen:

Tabelle d)

Sozialschicht	Väter	Söhne	Enkel	Gesamtänderung in Prozent
III	474	497	518	+ 9,28
II	222	214	204	— 8,82
I	171	156	144	—18,75

Für die Änderung des Umfangs von Sozialschichten über zwei Generationen dürfte ein exponentielles Wachstum noch annähernd stimmen. Ein allgemeines exponentielles Wachstum anzunehmen wäre natürlich ein Unsinn. Das gilt übrigens ganz allgemein. Nur das Wachstum der Mikroben kann, solange die Nährböden ausreichen, als exponentiell betrachtet werden.

Die Ausdehnung auf drei Generationen zeigt die überaus große Änderung des Sozialgefüges. Nun muß man aber

fragen: Was ist denn eigentlich gesellschaftliche Ungleichheit? Peter Kreisky reduziert das Problem auf die Einkommensungleichheit. Nur auf Seite 55 oben erwähnt er, daß eigentlich auch politische und wirtschaftliche Reformen zur Beseitigung der gesellschaftlichen Ungleichheiten nötig wären. Er stellt damit das Problem auf den Kopf. Gesellschaftliche Ungleichheit besteht zuallererst in politischer und wirtschaftlicher Ungleichheit, und das Einkommen ist sozusagen nur eine Störgröße und nicht mehr. Man denke nur an einen Primarius. Er kann ein Mehrfaches eines Spitzenpolitikers verdienen, sein politischer Einfluß ist praktisch Null; dafür hat er doch gar keine Zeit.

Vermutlich weil bei Peter Kreisky das Einkommen als wesentlicher Faktor gilt, stört es ihn nicht, daß bei der Definition der Sozialschichten die Berufspolitiker, die Spitzen der Interessenvertretungen und die Journalisten nicht vorkommen.

Würden die Einkommensungleichheiten identisch mit den gesellschaftlichen Ungleichheiten (man verwechsle nicht mit dem privaten Begriff Gesellschaft) sein, so wäre das eine böse Sache. Das hieße doch, daß von Generation zu Generation die politische Macht und der Einfluß darauf von immer weniger Menschen ausgeübt wird. Das gleiche gilt auch für die wirtschaftliche Macht und Einflußnahme darauf. Allerdings will die übergroße Mehrheit ihre politischen und wirtschaftlichen Interessen (und damit den Einfluß darauf) gar nicht selbst vertreten und delegiert sie an Parteien und Verbände. Oft nur an Zwischenglieder. Die sagen dann in großen zeitlichen Abständen »Ja« zu allem, was von den Einflußreichen gemacht wurde.

Die Einflußreichen selbst sind natürlich mit dieser Lage zufrieden. Aus eigenem Antrieb werden sie gewiß nichts daran ändern. Damit werden die gesellschaftlichen Ungleichheiten immer größer. Bedenklicher ist allerdings, daß dabei auch die Entfernung

von der Demokratie wächst. Solange sich die Gesellschaftsreformer begnügen, im verschiedenen hohen Einkommen die gesellschaftliche Ungleichheit zu sehen, wird sich an der Entfernung von der Demokratie nichts ändern.

Die beiden weiteren Tabellen der Anmerkung 35 des Aufsatzes

Ihre erste Betrachtung führt zu folgendem Ergebnis:

a) Die Söhne steigen leichter aus der »Unterschicht« in die »Oberschicht«, als die Väter es taten. Bei den Vätern waren es 9 Prozent, bei den Söhnen sind es schon 14 Prozent.

b) Die Söhne bleiben schwerer in der »Oberschicht«, als das bei ihren Vätern noch war. Bei den Vätern waren es noch 58 Prozent, bei den Söhnen sind es nur noch 50 Prozent.

Man ist überrascht. Die Zahlenwerte der Tabelle 1 der Anmerkung 35, also der Tabelle b) der Kritik, sagen, daß von 720 Mitgliedern der »Unterschicht« nur 23, das sind also 3,2 Prozent, in die »Oberschicht« aufsteigen. Dieser Wert ist von 9 oder gar 14 Prozent so weit entfernt, daß er auch mit den nicht bekannten Werten der 15 jüngsten Jahrgänge nicht erklärt werden kann.

Ähnliche Überlegungen gelten für die anderen Werte der beiden Tabellen. Ohne nähere Erklärungen sind sie unverständlich. Das trifft übrigens auch bei der Zeile »Alle« zu.

Zusammenhang zwischen Lohn und Lebensniveau

Auf Seite 70 des Aufsatzes ist ein im Jahre 1974 in Schweden erarbeitetes Diagramm wiedergegeben. Dabei wird die Bevölkerung vom 15. bis zum 75. Lebensjahr in vier Einkommensgruppen eingeteilt: unter 7 skr/h, von 7 bis 10 skr/h, von 10 bis 15 skr/h und schließlich alle über 15 skr/h.

Es fehlen die zur Beurteilung notwendigen Hinweise, daß die Fürsorgengrenze bei 8 skr/h lag und das mittlere Einkommen eines schwedischen Arbei-

ters etwa 20 skr/h betrug. Man erfährt auch nicht, wie groß die verschiedenen Einkommensgruppen sind. Es wird zwar mitgeteilt, daß der Nullpunkt einer nicht wiedergegebenen Prozent-skala im Mittelpunkt des Diagramms liegt, aber nicht, wo der 100-Prozent-Kreis ist. Damit ist das Diagramm wenig aussagefähig.

Mit einiger Wahrscheinlichkeit lassen sich aber folgende Schlüsse ziehen:

Die Mehrheit der in der Gruppe »Unter 7 skr/h« Erfaßten dürften Hausfrauen und Schüler sein. Die Mehrheit der in der Gruppe »Bis 10 skr/h« Erfaßten dürften Kranke, Arbeitslose und Pensionisten sein. Daraus kann man weiter folgern, daß die Ursache der Niedrigeinkommen in der Krankheit zu suchen ist, und nicht etwa die Krankheit eine Folge des Niedrigeinkommens ist. Ein deutlicher Hinweis ist, daß die Hälfte aller »Nöte-Pfeile« Krankheiten betrifft.

Die fehlenden Angaben verhindern eine wissenschaftliche Deutung des Diagramms. Gefühlsbetonte oder rein propagandistische sind natürlich möglich.

Auf den offenkundigen Fehler bei der Beschriftung des Pfeils »Zugehörigkeit des Vaters zur Sozialgruppe III« wurde schon im ersten Abschnitt der Kritik hingewiesen.

Ein Diagramm dieser Art wäre ein großer Behelf, aber nur bei sorgfältiger Ausführung. So taugt es nichts. Schade!

Zusätzliche Bemerkungen

Die Sozialschichten bei Kaufmann (S. 66) bilden ein nach Einkommen geordnetes Berufsschema. Die Schweden (S. 70) behalten diese Einteilung und stören sie durch die einkommens- und einflußmäßig bedeutungslosen Gruppen von Hausfrauen, Schülern und Pensionisten ohne Erwerbstätigkeit in jeder Schicht. Dr. Kreiskys abschließende Bemerkungen (S. 71/72) weichen dem im Titel des Aufsatzes gestellten Problem ganz aus. Oder soll man den Punkt 6 »Teilnahme, Parti-

zipationschancen im politischen Bereich, im öffentlichen Leben (Öffentlichkeit, Medien)« als Weg zu einer Lösung betrachten? Das wäre bescheiden.

Die Beseitigung der materiellen Armut

Peter Kreisky beschäftigt sich in seinem Aufsatz an keiner Stelle ernsthaft mit den »Aspekten gesellschaftlicher Ungleichheit«, also mit dem Titelproblem. Er unterlegt seinen Untersuchungen Schichtmodelle, die ausschließlich nach Einkommensunterschieden geordnet sind. Berufe, die wesentlichen gesellschaftlichen Einfluß haben, also Politik und Wirtschaft, werden ausgeklammert. Es ist daher nicht verwunderlich, wenn er auf Seite 57 folgendes Zitat bringt:

»Würden die obersten fünf Prozent der Einkommensbezieher zum Beispiel sechs Prozent ihres Nettoeinkommens opfern, so könnte man damit die Einkommen der untersten fünf Prozent um die Hälfte erhöhen... Zweifellos würden die obersten fünf Prozent sauer reagieren — und härter arbeiten. Was bliebe ihnen denn sonst übrig?«

In Österreich müßten Einkommens- und Lohnempfänger betrachtet werden. Wer sind denn nun diese fünf Prozent? Nun alle, deren Einkommen mehr als 500.000 Schilling im Jahr beträgt. Außer den Vorständen der Großunternehmen, deren Direktoren und natürlich einer größeren Zahl von Unternehmern gehören noch dazu: Ärzte, Universitätsprofessoren, Spitzenbeamte des öffentlichen Dienstes, führende Journalisten, Spitzen der Verbände und natürlich die meisten Berufspolitiker. Das ist eine Auswahl. Fraglich ist nur, ob einer in der Auswahl weniger als 60 Stunden in der Woche arbeitet.

Wie zitierte Kreisky: »Sie würden sauer reagieren und härter arbeiten. Was bliebe ihnen denn sonst übrig?« Damit qualifiziert sich das Zitat selbst als kabarettreifer Gag, aber bestimmt nicht als Aspekt gesellschaftlicher Ungleichheit.

Was ist überhaupt materielle Armut?

In der Einleitung seines Aufsatzes sagt Peter Kreisky ungefähr: »In der Periode wirtschaftlichen Wachstums konnten in fast allen europäischen Ländern die krassen Erscheinungen der materiellen Armut beseitigt werden. Andererseits verblieb ein beträchtliches Maß an materiellem Elend.« Da Elend die krasseste Form der Armut ist, liegt in der Aussage ein Widerspruch. Aber man kann darüber hinwegsehen. Versäumt wurde die Klarstellung des Begriffs »materielle Armut«.

Es ist merkwürdig. In vielen gesellschaftlichen Bereichen gibt man keine Definitionen der benützten Begriffe und nimmt offenbar an, daß der Leser schon wüßte, was gemeint ist. Damit ist aber dem Gefühl und der Ideologie freier Lauf gelassen. Die Ideologie sollte aber bestimmend für die Definition sein und nicht bei der Auslegung des nicht definierten Begriffs.

Materielle Armut beginnt offenbar, wenn das Einkommen gerade zur Stillung der dringendsten Lebensbedürfnisse reicht. Reicht das Einkommen nicht dazu aus, so liegt materielles Elend vor. Hier kann nur Fürsorge, Verwandtenhilfe und schließlich Bettel helfen. Die materielle Armut wird also je nach Entwicklung der beobachteten Gesellschaft bei ganz verschiedenen hohen Einkommen beginnen und enden. Die obere Grenze kann zur Verhinderung des Eintritts materieller Armut zum Beispiel durch gesetzliche Maßnahmen gesteuert werden.

Diese Definition hat den Vorteil, daß sie elastisch genug ist, um unabhängig von der Staatsform und unabhängig von der Wirtschaftsform und der wirtschaftlichen Entwicklung angewendet werden zu können.

Damit taucht aber das Problem der Beschaffung der Mittel zur Beseitigung

oder auch Verhinderung von materieller Armut und materiellem Elend auf.

In einer Agrargesellschaft sind die Verhältnisse einfach. Soziale Fürsorge oder ähnliches ist unbekannt. Alte, Kranke und Arbeitslose müssen von den Familien erhalten werden. Sind die nicht da, bleibt nur die Bettelerei. In den Entwicklungsländern mit geringer Industrialisierung sind die Verhältnisse genau gleich. Von diesem Zustand ausgehend muß man auch das Geburtenproblem sehen. Wer soll denn für die Fürsorge aufkommen, wenn kein Nachwuchs da ist? Welche Begleitmaßnahmen gibt es denn bei Reduzierung der Geburten? Wie sagte doch Alvin M. Weinberg, Oak Ridge: »Malthusianer sind bei den Satten populärer als bei den Hungernden.« (Zeitschrift des Vereins Deutscher Ingenieure, 1971, Heft 8.)

In der Industriegesellschaft sind ausreichende Dienstleistungen möglich. Sie kann sich diese sozusagen leisten. Damit sind erst Kranken- und Altersfürsorge und Pensionen möglich. Nun erkennt man, daß der Umfang der Versorgung und Fürsorge vom Stand der industriellen Entwicklung eines Staates abhängt. Damit ist natürlich nicht gesagt, daß alles staatlich geregelt sein muß. Früher oder später wird es aber dazu führen. Das verlangt schon das Risikenproblem. Man sieht leicht ein, daß Vor- und Fürsorge zwar der industriellen Entwicklung nacheilen können, aber nicht voreilen sollen. Ohne weiteres Wirtschaftswachstum gibt es jedenfalls kein Wachstum der Lösung von sozialen Fragen. Dazu zählen aber auch vermehrte Freizeit und deren Gestaltung.

Auf die heute so beliebten Schlagworte von Lebensqualität, Umweltzerstörung, Intelligenzabhängigkeit und so fort einzugehen, lohnt nicht. Das trägt nichts zur Lösung des Problems bei.

Zum Artikel »Alte Kartelle neu geprüft«

Dr. Rudolf Heil

Im Heft 4 des Jahrganges 1975 Ihrer geschätzten Zeitschrift bringen Sie den von Szecsi-Wehsely verfaßten Artikel »Alte Kartelle neu geprüft«. Als Vorsitzender des Kartellgerichtes beim Oberlandesgericht Wien habe ich hiezu im Einvernehmen mit den Beisitzern des Gerichtes folgendes mit dem Ersuchen um Veröffentlichung zu sagen:

Von einer Stellungnahme zu dem Inhalt des Artikels aus rechtlicher Sicht soll abgesehen werden, obwohl manches bemerkt werden könnte, zum Beispiel, daß die Einschaltung des Paritätischen Ausschusses für Kartellangelegenheiten (PAfKA) im Mißbrauchsaufsichtsverfahren gegen marktbeherrschende Unternehmen, die gefordert wird (S. 44), ohnedies im Gesetz vorgesehen ist (§ 96 Abs. 2 Z. 2, Abs. 3 Z. 2 KartG) und gehandhabt wird. Zwei Ausführungen können aber nicht unwidersprochen hingenommen werden.

Es wird behauptet (S. 36), daß im PAfKA »für die Arbeitnehmervertreter ein einseitiger Kompromißzwang bestehe, weil im Falle der Nichteinigung (geteiltes Gutachten) die Chancen auf eine für sie günstige Entscheidung des Gerichtes erfahrungsgemäß minimal« seien. Dazu ist zunächst zu sagen,

daß im Hinblick auf das Erfordernis der Einstimmigkeit der Begutachtung (§ 92 Abs. 2 KartG) — sei sie dem Antrag zustimmend oder ihn ablehnend — die gleiche Situation für die von der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft nominierten Ausschußmitglieder besteht, daß also von »Einseitigkeit«, etwa im Sinn einer Benachteiligung, keine Rede sein kann. Alle Mitglieder des PAfKA sind — ungeachtet ihrer Nominierung durch die Bundeskammer beziehungsweise den ÖAKT — über Vorschlag der Bundesregierung vom Bundespräsidenten ernannte, weisungsgebundene Sachverständige (§ 91 Abs. 1 KartG). Daher sind die Bezeichnungen »Arbeitnehmervertreter« oder »Unternehmervertreter« nicht angebracht, die Ausschußmitglieder sind weder »Interessenvertreter« noch sind »für sie günstige Entscheidungen« denkbar, weil sie weder Parteien noch Parteienvertreter sind. Wenn in der weit überwiegenden Zahl der Fälle einstimmige Gutachten zustande kommen, ist dies offenbar sachlich begründet. Auch wird übersehen, daß in den Fällen, in denen ein Gutachten des PAfKA nicht zustande kam, der Vertrag nachträglich meist geändert und damit den erhobenen Bedenken Rechnung getragen wird, so daß durch das Kartellgericht schließlich ein zum Teil anderer Vertrag eingetragen wird, als er dem PAfKA vorlag.

Befremden erweckt der Inhalt der Fußnote 9 (S. 46), in der es heißt, der ÖAKT habe »seinen Standpunkt in keinem einzigen Verfahren von nennenswerter Bedeutung gegen die von den Vertretern der Bundeskammer (als Beisitzer) unterstützten Kartellanten durchsetzen« können. Das Kartellgesetz bezeichnet als Beisitzer ausschließlich die nichtberufsrichterlichen Mitglieder des Kartellgerichtes und des Kartellobergerichtes (§ 55 KartG); die Angehörigen des PAfKA bezeichnet das Gesetz als »Mitglieder« (§ 90 Abs. 2). Die Beisitzer des Gerichtes werden in einem der Bestellung von

Berufsrichtern analogen Verfahren (nach Nominierung durch die Bundeskammer, den Arbeiterkammertag und die Präsidentenkonferenz) über Vorschlag der Bundesregierung durch den Bundespräsidenten ernannt (§§ 56, 58 KartG). Sie geloben eidlich, »die Pflichten des übertragenen Amtes gewissenhaft, unparteiisch und uneigennützig mit allem Eifer und aller Kraft zu erfüllen, sich stets die gebotene Rücksicht auf das Wohl der Allgemeinheit und des einzelnen vor Augen zu halten, ... sich bei ihrer Amtsführung ohne Unterschied der Person stets nur von Recht und Gesetz leiten zu lassen und das Amtsgeheimnis treu zu bewahren (§ 21 GOG; Anhang V Z. 5 des Dienstbuches der GeO). Die Pflicht zur Amtsverschwiegenheit ist in § 66 KartG für die Mitglieder der beiden in Kartellsachen tätigen Gerichte, die gerichtlichen Hilfspersonen, Schriftführer und Sachverständigen (also auch für die Mitglieder des PAfKA) noch besonders vorgeschrieben. Die gerichtlichen Beratungen sind nicht öffentlich und unterliegen der absoluten Verschwiegenheitspflicht. Es kann also außer den jeweiligen Mitgliedern des kartellgerichtlichen Senates niemand wissen, auf welche Weise die Gerichtsbeschlüsse zustande gekommen sind, ob mit Stimmeneinheit oder mit Stimmenmehrheit und wie die Mehrheit gebildet wurde (ob mit der Stimme des Vorsitzenden und eines Beisitzers, mit der welchen

Beisitzers, ob gegen die Stimme des Vorsitzenden). Wenn die Verfasser des Artikels nicht ausdrücken wollen, daß die Mitglieder des Gerichtes (freundlicherweise wird wenigstens deren »bewußte Parteilichkeit« verneint) das Beratungsgeheimnis verletzt haben (anders könnten die Verfasser nicht informiert worden sein), werden sie zugeben müssen, daß im Schlußsatz der Fußnote 9 lediglich eine Vermutung enthalten ist, für die sie Tatsachen nicht anführen können.

Soweit in dem Artikel der Vorwurf einer unsachlichen, vor allem einer parteiischen Rechtsprechung enthalten sein könnte, wird er ganz entschieden zurückgewiesen. Es sollte bedacht werden, daß nicht immer die jeweilige subjektive Auffassung gerechtfertigt sein muß.

Dieses Schreiben dient dem Zweck, das Entstehen von unbegründeten (und von den Verfassern vielleicht nicht einmal gewollten) Auffassungen im weniger orientierten Publikum zu verhindern, weil dies insbesondere nicht im Interesse des vom Gericht und den anderen am kartellgerichtlichen Verfahren Beteiligten aller Art zu pflegenden Kartellwesens in Österreich liegen kann.

Der Vorsitzende
des Kartellgerichtes
beim Oberlandesgericht Wien
Senatspräsident Dr. Rudolf Heil

FRITZ KLENNER

DENKANSTÖSSE ZUM ÜBERLEBEN

**Diskussionsbeitrag zu einem
neuen SPÖ-Programm**

172 Seiten, Paperback, S 128,—

Klenners Systemkritik ist hart, aber tolerant in den vorge-schlagenen Methoden der Überwindung der Systemfehler, wobei er alle Bereiche des gesellschaftlichen, wirtschaftlichen und kulturellen Lebens einzubeziehen sucht. Er will einen »österreichischen Weg« zwischen freiheitsbedrohenden Alternativen zeigen. Mittels revolutionärer Reformen sollen Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten so zur Bewältigung der immens wachsenden Aufgaben verändert werden, daß die freie Gesellschaft überleben kann.

Europaverlag



EGON MATZNER

NOTIZEN ZUR GESELLSCHAFTS- REFORM

**Aufruf zu einem
zeitgemäßen Humanismus**

92 Seiten, Paperback, S 68,—

Der Autor zeichnet ein humanistisches Menschenbild, das allein geeignet ist, den von vielen empfundenen Sinnverlust des Lebens zu überwinden. Er ruft die Sozialdemokratie auf, die Hegemonie bürgerlicher Werte im Bündnis mit schöpferischer Kunst und kritischer Wissenschaft zu überwinden. Das engagierte Buch eines fortschrittlichen Wissenschaftlers.

ALBRECHT K. KONECNY

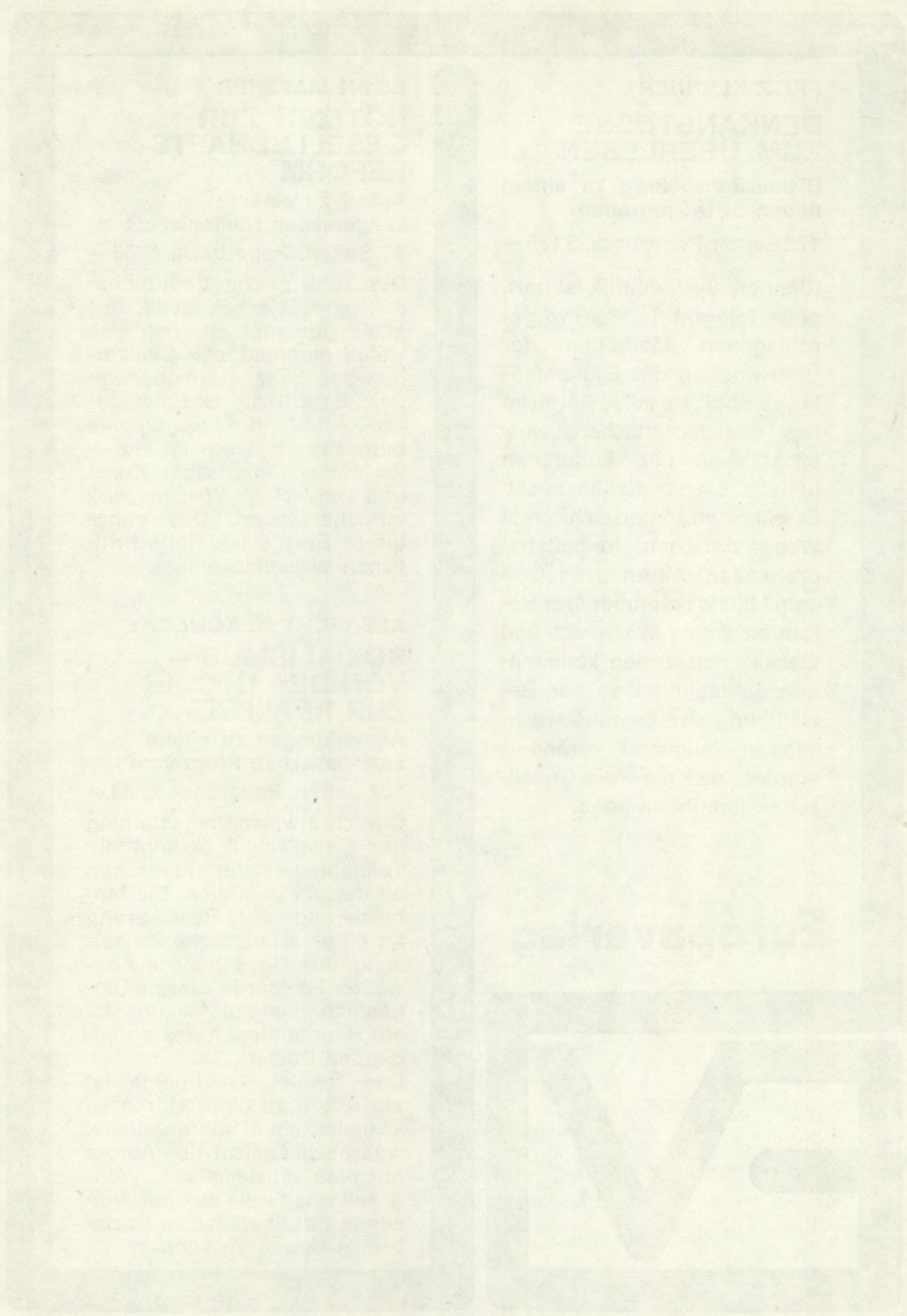
SOZIALISMUS — VON DER UTOPIE ZUR REALITÄT

**Anmerkungen zu einem
sozialistischen Programm**

104 Seiten, Paperback, S 68,—

Die schrittweise Umgestaltung der Gesellschaft bedingt die Teilnahme vieler Menschen an diesem Bemühen. Die Mobilisierung der Bevölkerung für eine sozialistische Zielsetzung, ihre Gewinnung als bewußter Partner in diesem Umgestaltungsprozeß — das ist ein Hauptanliegen des vorliegenden Buches.

Das zweite Hauptthema ist ein Aufruf zu einer stärkeren sozialistischen Internationale, weil nach Ansicht des Autors nur eine »sozialistische Weltgesellschaft« die zukunftsweisende Faszination des Sozialismus bewahren kann.



osteuropa

osteuropa

ist eine Zeitschrift für alle Gegenwartsfragen des Ostens. Sie berichtet über die Sowjetunion, die osteuropäischen Länder, aber auch über andere kommunistisch regierte Staaten und den Weltkommunismus insgesamt. Darüber hinaus behandelt sie übergreifende weltpolitische Themen.

osteuropa

dokumentiert im Archivteil aktuelle Vorgänge mit Hilfe von Materialien in deutscher Übersetzung und vermittelt damit dem Leser die Möglichkeit selbständiger, fachlich fundierter Urteilsbildung. Die Dokumente stehen häufig in direkter Verbindung mit den Aufsätzen, diese illustrierend und ergänzend.

osteuropa

wurde 1925 von **Otto Hoetzsch** in Berlin gegründet. 1951 wurde die Zeitschrift von **Klaus Mehnert** in Stuttgart wiederbegründet.

osteuropa

wird von der Deutschen Gesellschaft für Osteuropakunde herausgegeben.

osteuropa

informiert unter anderem über Politik, Ideologie, Wirtschaft, Gesellschaft, Kultur, Bildungswesen, analysiert laufend neue Entwicklungen und kommentiert wichtige Ereignisse.

osteuropa

vereint Lesbarkeit mit wissenschaftlicher Genauigkeit. Es wird nicht nur für den Wissenschaftler oder nur für den Praktiker (Publizisten, Politiker, Wirtschaftler, Lehrer, interessierten Laien usw.) geschrieben, sondern dient dem Wissenschaftler **und** dem Praktiker.

osteuropa

ist heute die umfang- und materialreichste unter den vergleichbaren Zeitschriften der Welt.

osteuropa

erscheint monatlich. Preis des Einzelheftes DM 7,50. Jahresabonnement DM 60,-, zuzüglich Versandspesen. Für Studenten, Schulen und ähnliche Institutionen im Abonnement jährlich DM 40,-, zuzüglich Versandspesen. Bestellung durch den Buchhandel oder direkt beim Verlag.

Probehefte kostenlos bei der

Deutsche
Verlags-Anstalt
dva

Postfach 209, 7000 Stuttgart 1

